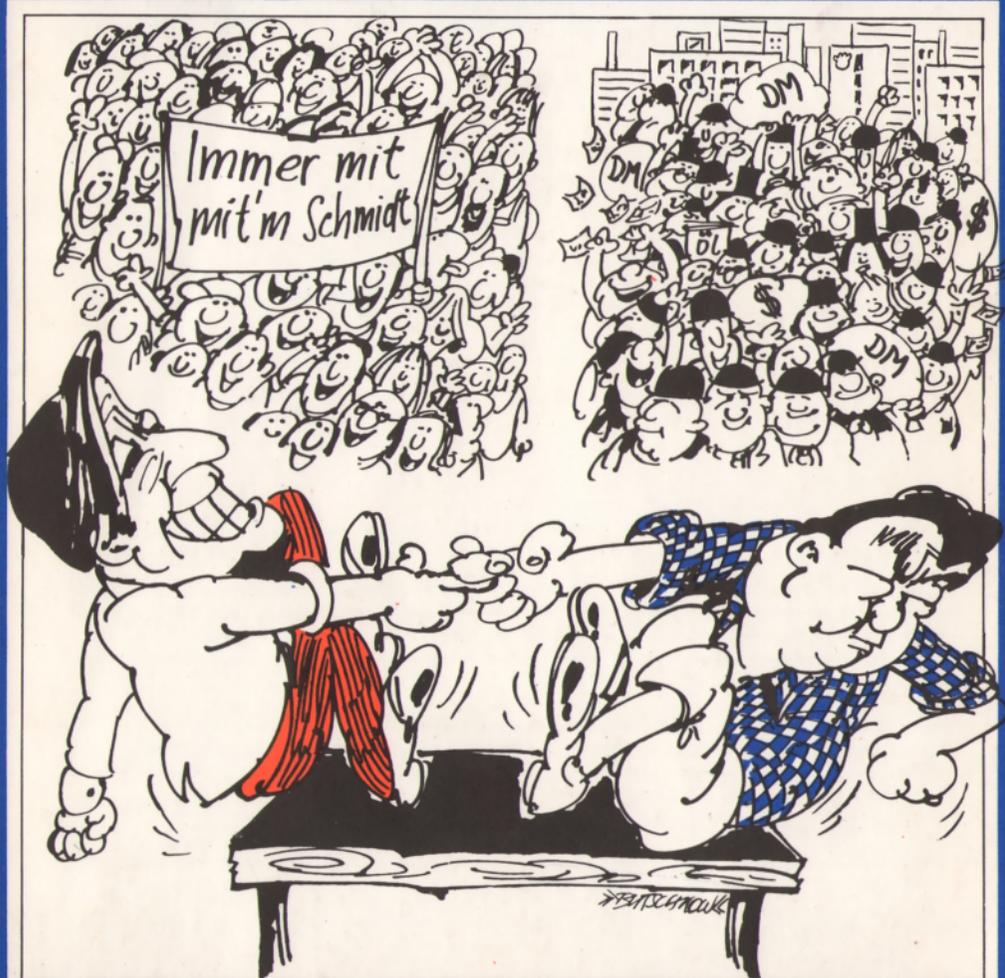


Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw - 7



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Harsewinkel), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West),

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Wiesbaden), Arno Brandt (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Bodo Fritz (Marburg), Joachim Günther (Berlin-West), Mechtild Jansen (Bremen), Hans-Dieter Keil (Hannover), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hannover), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Münster), Jochen Zimmer (Strasbourg) Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Ilse Bettstein, Robert Brögeler, Karin Gauer, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Michael Zenz.

Sekretariat: Ilse Bettstein, Karin Gauer, Frank Heidenreich, Christiane Rix-Mackenthun

Redaktion und Vertrieb: Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel.: (030) 8342422

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Königsweg 310, 1000 Berlin 39, HRB 13699.

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: MovimentoDruck, Berlin-Kreuzberg. Umschlaggestaltung: Nils Larsen/Peter Butschkow. — Auflage: 1.-3. Tausend Juni 1980

Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich mit einem Gesamtumfang von mindestens 420 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 7,70 DM, in der Republik Österreich 60,— ÖS, in der Schweiz 8,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 5,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 6,— DM (45,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 35 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 18 Manuskriptseiten umfassen.

Konto-Nr. Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält Prospekte der Demokratischen Volkszeitung (DVZ) und des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF) sowie in Teilaufgabe einen Prospekt des Argument-Verlags Berlin und eine Zahlkarte des spw-Verlages.

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Statt eines Editorials..... | 5 |
| Aktueller Kommentar | |
| <i>Leopold Spira</i> | |
| F.J. Strauß aus österreichischer Sicht..... | 7 |
| Diskussionsschwerpunkt: »Wahlentscheidung gegen Rechts« | |
| <i>Autorenkollektiv der spw</i> | |
| Schmidt gleich Strauß?..... | 10 |
| <i>Knut Krusewitz</i> | |
| »Zehn gute Gründe für die SPD« | |
| Zur Umwelt- und Friedensprogrammatik der SPD-Wahlplattform..... | 32 |
| <i>Stan Zofka</i> | |
| Eine ernsthafte Alternative? | |
| Zur aktuellen Auseinandersetzung mit den Grünen..... | 40 |
| <i>Gerald Mackenthun</i> | |
| Nach der ökologischen Verschmutzung jetzt die geistige?..... | 48 |
| Außerhalb des Schwerpunktes: | |
| Zur Diskussion gestellt: Leserbrief/Rüdiger Deißler..... | 62 |
| <i>Bernhard Pollmeyer</i> | |
| Zur Arbeit von Marxisten in der SPD..... | 63 |
| <i>Josef Hindels</i> | |
| Bruno Frei und der Austromarxismus..... | 67 |
| <i>Michael Krätke</i> | |
| Die Vernichtung des Austromarxismus | |
| Der jüngste Akt eines alten Trauerspiels..... | 73 |
| Interview mit Tony Benn..... | 88 |
| Berichte | |
| <i>Rainer Frank</i> | |
| Landtagswahlen 1980: Überraschung in Baden-Württemberg?..... | 96 |
| <i>Axel Horstmann und Bernhard Pollmeyer</i> | |
| Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen..... | 100 |
| Dokumentation | |
| <i>Axel Horstmann</i> | |
| Die Aufgaben der Jungsozialisten im Bundestagswahlkampf 1980. Referat auf der Landeskonferenz der Berliner Jungsozialisten am 15.3.1980..... | 103 |
| Rezensionen | |
| <i>Helmut M. Bien</i> : Georg W. Alsheimer: Eine Reise nach Vietnam; Vietnamesische Lehrjahre..... | 109 |
| <i>Gerd Würzburg</i> : A.G. Frei: Kultur und Politik. Der Beitrag Antonio Gramscis zur theoretischen Grundlegung der politisch-kulturellen Transformation Italiens..... | 111 |

SOEBEN ERSCHIENEN
Sonderpreis für spw-Abonnenten 5,50 DM einschl. Postversand

spw



HERFORDER THESEN

Zur Arbeit von Marxisten
in der SPD.

Wesentlich überarbeitete,
erweiterte Ausgabe
herausgegeben vom Bezirksvorstand
der Jungsozialisten
in der SPD Ostwestfalen-Lippe.

SONDERHEFT 2

Statt eines Editorials

Als wir 1978 anfangen, *spw* zu produzieren, hatten wir kaum redaktionelle und keinerlei technische Erfahrung im »Machen« einer Zeitschrift. Seither sind sieben Ausgaben von *spw* und ein Sonderheft erschienen. In dieser Zeit haben wir die redaktionelle Arbeit in den Griff bekommen, unser Sekretariat funktioniert und die Technik — die uns viel Zeit kostet, auch wenn man dies dem Heft nicht direkt ansieht — läuft. Wir haben nun Kapazität für andere Probleme frei und wollen sie auch angehen.

Im besonderen beschäftigt uns die Frage, was mit dem Heft nach der redaktionellen und technischen Produktion, nach Vertrieb an Abonnenten und Vertriebsagenten geschieht.

Die politische Wirksamkeit von *spw* hängt nicht alleine von uns — der Redaktion und den Autoren — ab, sondern in hohem Maße von der kritischen Diskussion zentraler Artikel eines jeden Heftes. Wir erhalten leider nur wenige kritische Anregungen und so wissen wir sehr wenig über die Leseerfahrungen der Genossinnen und Genossen und die Umsetzung von *spw* in der Organisation — oder kann die Zeitschrift gerade diesen zentralen, ausdrücklichen Anspruch nicht erfüllen? Bleibt die Rezeptionshaltung eine individuelle, werden berechtigte Zweifel nicht ausdiskutiert, bleiben notwendig entstehende Fragen ohne Antwort, kann dies sehr leicht in Abgrenzung statt gemeinsamer Entwicklung umschlagen.

Wie kann nun die politische Auswertung der »*spw*« durch kollektive Rezeption in die Praxis umgesetzt werden? — Natürlich läßt sich eine gemeinsame Verarbeitung nicht mit dem ganzen Heft betreiben, es ist daher erforderlich, eine Auswahl zu treffen. Der Redaktion sind bisher zwei Möglichkeiten eingefallen, einen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen. Als Anregung, wie dies geschehen könnte, haben wir Beispiele aus Heft 5, 6 und 7 gewählt, die wir im folgenden darstellen wollen. Angesprochen sollen sich nicht nur die »ständigen Mitarbeiter/innen fühlen, sondern alle in der politischen Arbeit aktiven Genossinnen und Genossen:

- a) Die Juso-AG (im OV/Abt.) oder ein Arbeitskreis beschließt, für die Behandlung des Themas der nächsten Versammlung einen Beitrag aus *spw* als Textgrundlage zu nehmen. (Also: Diskussionsvorbereitung, ggf. Formulierungshilfe für Anträge.)
 - Aus *spw* 5 eignen sich zum Thema »Gewerkschaftsentwicklung in der BRD« die Beiträge von K.P. Wolf, Paul Oehlke und H.-D. Bamberg.
 - Aus *spw* 6 eignen sich zum Problem »Gewerkschaftspolitik und Ökologie« der Aufsatz von Knut Krusewitz, zur »Einschätzung der BRD-Militärpolitik« der Beitrag von Wolfgang Biermann.
- b) *spw* wird eingebaut in den Rahmen einer umfassenderen Schulungsreihe auf Stadtverbands-/UB- bzw. Kreisebene. Beispiele:

- Zu »Programmatik der westdeutschen Linken und Bündnisperspektiven«: Beiträge von Neumann/Wehr zu den »Göttinger Thesen« und Alexy/-Bouwer zum DKP-Programm von 1978 in: *spw* 5
- im Rahmen eines Kurses »Geschichte der Arbeiterbewegung«: Beiträge von Brauns, Kisker u.a. zur Entwicklung der westdeutschen Sozialdemokratie und von W.F. Haug zu Marxismus und Sozialdemokratie, beide in: *spw* 5.
- Im Rahmen eines Kurses »Politische Ökonomie/Marx'sche Kritik«: die hinsichtlich einer marxistischen Theorie der Produktivkraftentwicklung kontroversen Beiträge von Ulf Skierke und Linke/Westermann/Westphal, beide in: *spw* 6 (die Artikel begründen sehr unterschiedliche Politikvorschläge).

Zum Thema Anti-Strauß könnte sich als Diskussionsgrundlage der Artikel der Redaktion aus diesem Heft eignen.

Um *spw* fester in der Organisation zu verankern und auch den Diskussionsprozeß zwischen Lesern und Redaktion und Autoren zu vertiefen bzw. erst in Gang zu bringen (Autoren und Redaktion sind ja auch ein Teil der Organisation und lange nicht so »abgehoben«, wie dies manchem Leser erscheinen mag), schlagen wir vor, die Autoren zu Schulungen einzuladen, mit ihnen gemeinsam die in den Artikeln aufgegriffenen Probleme zu diskutieren. Beide können davon nur profitieren: bei den Lesern können oft berechtigte Zweifel ausgeräumt werden, die Autoren bekommen neue Anregungen und erfahren Resonanz. Sie wollen ja ihre Artikel nicht nur für sich und einen Kreis von »Auserwählten« schreiben, sondern ihre Erfahrungen und Kenntnisse der Organisation zur Verfügung stellen, Argumentationshilfe für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner liefern.

Bei Versuchen in dieser Richtung bitten wir Euch um kurze Erfahrungsberichte und sind auch für weitere Vorschläge dankbar, die das Problem der mangelnden Umsetzung von *spw* in der Organisation lösen helfen.

Zum ersten Mal drucken wir in *spw* einen Leserbrief ab, der sich mit unserer Zeitschrift kritisch-solidarisch auseinandersetzt (S.62) und wir bitten Euch, uns dazu Eure Meinung wissen zu lassen, eventuelle weitere Kritik anzubringen, Vorschläge zu machen.

Die Redaktion

Aktueller Kommentar

Leopold Spira

F.J. Strauß aus österreichischer Sicht

Die politischen Ausscheidungskämpfe, die den Präsidentenwahlen in den USA vorangehen, erregen in der ganzen Welt Interesse, denn es ist natürlich nicht gleichgültig, wer in den nächsten Jahren an der Spitze der USA stehen wird. Das periodische Rätselspiel, wie krank Breschnjew ist und wer sein Nachfolger sein könnte, findet — aus ähnlichen Gründen — immer wieder interessierte Teilnehmer. Aber das bewegt sich alles auf dem Gebiet der Außenpolitik. Wen die Parteien in der Bundesrepublik an die Spitze stellen — und natürlich auch, wer dann gewählt wird — hat für ein mitteleuropäisches Land neben der außen- auch eine innenpolitische Komponente. Das gilt in besonderem Maße für Österreich, dessen Parteien in der Vergangenheit sehr stark von der deutschen Entwicklung beeinflußt wurden. Diese Beeinflussung, die manchmal zu direkter Abhängigkeit wurde, ist zwar in den letzten zwei Jahrzehnten geringer geworden, aber das bedeutet nicht, daß sie nicht wieder zunehmen könnte. Vor allem dann, wenn größere wirtschaftliche Probleme auftauchen und wieder eine Atmosphäre des Kalten Krieges spürbar wird und in der Bundesrepublik gesellschaftspolitisch und ideologisch reaktionäre, aggressive Tendenzen überhand nehmen, die, der deutschen Tradition entsprechend, an den Grenzen nicht Halt machen würden. Kurz und gut, die Tatsache, daß das deutsche Bürgertum sich auf Franz Josef Strauß als potentiellen Führer geeinigt hat, ist auch für Österreich ein Alarmsignal.

Zwei Komponenten der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands sind es, die sich stets auf Österreich ausgewirkt haben: einerseits die imperiale deutsche Gesinnung des Bürgerblocks mit ihren verschiedenen Konsequenzen, von der sich reaktionäre Kreise in Österreich mehr als einmal ins Schlepptau nehmen ließen, und andererseits die deutsche Arbeiterbewegung, die als Vorbild galt, dem man allerdings nicht immer folgte. Wenn man davon ausgeht, daß in unserer Zeit ökonomische, politische und auch militärische Verflechtungen die Kooperation sozialistischer Kräfte in Europa (und über den Kontinent hinaus) dringender machen denn je, so bedeutet die bundesdeutsche Situation einen entscheidenden Schwachpunkt für die Linke in Europa. Die SPD versucht ihre Orientierung auf die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder zu übertragen, die deutsche Linke bringt ihren Freunden in anderen Ländern mehr Sorge als Inspiration. Die »Grünen« sind zu neu und noch zu wenig klar profiliert, um ihre Ausstrahlung beurteilen zu können.

Die politische Situation in Österreich unterscheidet sich nicht unwesentlich von der bundesdeutschen. Das hat mehrere Ursachen: Die österreichische Bourgeoisie ist relativ schwach (Schwerindustrie und Großbanken sind verstaatlicht), und die ökonomische Schwäche bedeutet auch eine politische. Die Neutralität,

die seit einem Viertel Jahrhundert besteht, macht sich auch innenpolitisch bemerkbar; es ist nicht gleichgültig, ob man der NATO angehört oder nicht. Die Kirche hat seit 1945 darauf verzichtet, sich parteipolitisch zu engagieren, sehr zum Bedauern der großen bürgerlichen Partei, die sich nicht mehr als »christlich« deklarieren kann. Das alles macht die Stabilität der sozialdemokratischen Mehrheit erklärlich, die ihrerseits wieder die bürgerlichen Parteien ideell und personell erschüttert. Als bei der Nationalratswahl vor einem Jahr die bürgerlichen Parteien versuchten, aus der Defensive auszubrechen und ein Klima zu schaffen, in dem sich ein Franz Josef Strauß wohlfühlt — er wurde von der ÖVP auch als Wahlredner eingesetzt — endete das mit einer neuerlichen Niederlage der Rechten. Ein erfolgreicher Strauß wäre zweifellos eine starke Ermutigung für sie und würde dazu beitragen, mit demselben Konzept, das 1979 nicht zum Ziel führte, nochmals anzutreten.

Aber es geht nicht einfach um die innenpolitischen Nuancen. Für die kapitalistische Welt reift eine Krisensituation heran, die existentiellen Charakter hat. Sie erfaßt alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens. Eine sozialistische Lösung setzt voraus, daß sie autonom ist, das heißt, sich nicht nur frei macht vom Einfluß des amerikanischen Imperialismus, sondern auch imstande ist, den Integrationsbemühungen der Sowjetunion Widerstand zu leisten. Das setzt voraus, daß die großen Parteien — sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische — ein gemeinsames Konzept suchen, und das setzt auch voraus, daß konservative Lösungsversuche nach dem Muster Thatcher/Strauß abgewehrt werden. Obwohl die Krisenerscheinungen in Österreich weniger zu fühlen sind als in den meisten anderen kapitalistischen Ländern, zumindest bis jetzt, haben sie doch viele Menschen beunruhigt. Weder die Sozialdemokratie noch die Linke waren imstande, seit Ende der Naziherrschaft autoritäre, semifaschistische Vorstellungen und Gefühle auszumerzen. Bei einer Verschärfung der Krise würden diese Tendenzen politisch relevant werden. In Deutschland wie in Österreich wurde traditionell im Krisenfall nicht die progressive, sondern die reaktionäre Lösungsvariante gewählt. Für Österreich bedeutet das auch eine stärkere Anbindung an Deutschland, konkret an die Bundesrepublik. Auch ein siegreicher Franz Josef Strauß könnte zunächst bestimmte Grenzen nicht überschreiten, aber er würde versuchen, die ideologischen Voraussetzungen für eine reaktionäre Krisenstrategie zu schaffen. In einer solchen Situation geht die deutsche wie auch die österreichische Sozialdemokratie erfahrungsgemäß nicht nach links, sondern nach rechts. *Eine Niederlage von Strauß ändert an und für sich nichts an der gesellschaftlichen Realität in der Bundesrepublik. Aber sie schafft günstigere Bedingungen für die Entwicklung eines sozialistischen Problembewußtseins, und erst dadurch würden progressive Lösungen möglich.* Die Linke in Österreich ist womöglich noch schwächer als in der Bundesrepublik; aber hier wie dort steht sie vor der Aufgabe, Einfluß auf die öffentliche Meinung zu nehmen, das heißt, sich nicht auf die eigene Aktion zu beschränken, sondern sozialistische Gedanken zu formulieren und zu verbreiten. Wir wissen, daß beides nicht leicht ist.

Auch in der Auseinandersetzung mit Franz Josef Strauß oder besser, mit dem, was er bedeutet, hat die Linke eine eigene Funktion, wobei sie leichter Gehör finden kann als bei manchen anderen politischen Konfrontationen.

Vor kurzem erschien in Wien ein Buch »Rote Markierungen '80«, in dem führende Sozialdemokraten — das Vorwort schrieb Kreisky — ihre grundsätzlichen Vorstellungen über die weitere Entwicklung darlegen. Darin wiederholt Heinz Fischer, Obmann der sozialistischen Parlamentsfraktion und einer der möglichen Nachfolger Kreiskys, einen Gedanken, den er bereits 1972 in den damals erschienenen »Roten Markierungen« dargelegt hat:

»Die Sozialdemokratie als eine in die bestehende Gesellschaft integrierte politische Bewegung kann nicht ihr eigener linker Flügel sein. Sie kann aber auf gesellschaftskritische, systemtranszendente Ansätze nicht verzichten. Sie kann dem großen Druck der an der Aufrechterhaltung des bestehenden Systems Interessierten nur dann ohne Deformierung standhalten, wenn sie sich dem Druck progressiver Minderheiten, dem Druck kritischer Fragen und dem Druck aus der Konfrontation mit den eigenen langfristigen Zielsetzungen und Utopien nicht verschließt.«

Es besteht wenig Aussicht, daß in der Bundesrepublik wie in Österreich die progressiven Minderheiten in absehbarer Zeit zu Mehrheiten werden. Es besteht auch wenig Aussicht, daß die Sozialdemokratie in diesen beiden Ländern aufhört, in das bestehende System integriert zu sein. Umso wichtiger ist es für die Linke, gesellschaftskritische und systemüberschreitende Gedanken nicht nur allgemein, sondern vor allem in konkreten politischen Auseinandersetzungen so zu formulieren, daß sie massenwirksam werden. Die Konfrontation mit Franz Josef Strauß bietet dazu eine gute Gelegenheit.

Autorenkollektiv der *spw*

Schmidt gleich Strauß?

Das Kreuzchen am 5. Oktober dieses Jahres bereitet vielen Genossen zunehmend Bauchschmerzen. Fragen nach der Relevanz und Perspektive der Grünen Partei, nach ihrer Bündnisfähigkeit und Fortschrittlichkeit auf der einen, nach der Funktion und Perspektive der Linken innerhalb der SPD sowie deren Veränderbarkeit auf der anderen Seite werden gestellt, aber bleiben oft unbefriedigend beantwortet. Der Gegenstand ist kontrovers innerhalb der Organisation. Er ist es auch innerhalb der Redaktion der *spw*.

Gerade deshalb sind wir der Ansicht, daß diese Kontroversen auf breiter Ebene diskutiert werden müssen. Die *spw* versteht sich als Diskussionsforum und der vorliegende Artikel als Aufforderung zur Auseinandersetzung mit den angesprochenen Fragen.

Die Konsequenzen einer Strauß-Kanzlerschaft werden hier anhand relevanter Problemfelder skizziert. Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik, gewerkschaftliche Interessenvertretung, demokratische Rechte und Friedenspolitik sind die Themenbereiche. Auch die Bündnisfrage mit den Grünen und die Perspektive der Linken ist Gegenstand dieses Artikels.

Folgende Autoren zeichnen für die einzelnen Abschnitte verantwortlich: *Karnatz/Rix-Mackenthun*: Entwicklung der Kräfteverhältnisse in der BRD — *Brögeler*: Wirtschaftliche Krise und die Konsequenzen für gewerkschaftliche Interessenvertretung — *Zenz*: Demokratische Rechte und Innere Sicherheit — *Heidenreich*: Bündnisperspektiven — *Alle Autoren*: Einleitung, Schlußfolgerungen.

0. Einleitung

Die Organisationen der Arbeiterbewegung und andere fortschrittliche Kräfte der Bundesrepublik sehen sich 1980 einer schwierigen Aufgabe gegenüber: Sie müssen den politisch-ideologischen Generalangriff der Rechtskräfte abwehren und eine CDU/CSU-Bundesregierung mit Strauß als Kanzler verhindern. »Diese Offensive ist nicht auf den unmittelbaren Erfolg bei den bevorstehenden Wahlen ausgerichtet, sondern auf längerfristige politische Ziele... Eine knappe Niederlage der Union bei den Bundestagswahlen hat dennoch eine weitere Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach rechts zur Folge.«¹ Den Sozialdemokraten — und vor allem den Parteilinken — ist die Frage gestellt: Wie ist die SPD auf diese Auseinandersetzung vorbereitet? Werden die Mitglieder sich der politischen Folgen eines Strauß-Wahlsieges bewußt sein, werden sie Alternativen gegen rechts erarbeiten und motiviert kämpfen, oder werden sie Zuschauer der Gladiatoren-Schau »Schmidt contra Strauß« sein, da sie mit den Widersprüchen sozialdemokratischer Politik nicht fertig werden?

Der Berliner Parteitag vom vergangenen Dezember hat in Sachen »Strategie gegen rechts« viel Hilflosigkeit gezeigt. »Auch die Linke versäumte es, sich

gründlich mit der Politik des Rechtsblocks und mit dem bisherigen verhaltenen Reagieren der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen.«² Mit der Ausarbeitung alternativer Anträge zu den zentralen Problemen der Kernenergienutzung und der Friedens- und Abrüstungspolitik sowie in ihrem Widerstand gegen die Verstaatlichung der Partei³ entwickelte sie Ansätze, die sie künftig zu einer neuen Stärkung antikapitalistischer Kräfte in der SPD nutzen kann. Die Abstimmungsniederlagen erzeugten aber auch Resignation und lähmende Diskussion der Organisationsfrage: Jochen Steffen und Doris Liebherr, Mitglied im Frankfurter Juso-Unterbezirksvorstand, waren nur die prominentesten einer Reihe von parteilinken Genoss(inn)en, die insgeheim und seit längerem gehegte Absichten oder öffentliche Ankündigungen wahr machten und die Partei verließen. Die meisten behielten das Mitgliedsbuch — aber auch ihre Zweifel: Kann ich mich nach dem letzten Parteitag noch mit aller Kraft für die Wahl der SPD einsetzen? Wenn die Parteitagsbeschlüsse »... die SPD in wesentlichen Politikfeldern schwerer von den Unionsparteien unterscheidbar (machen)«⁴, was nützt die Wahl von Schmidt gegen fortschreitende Rechtentwicklung? Die Klärung dieser Fragen erfordert neue Anstrengungen marxistischer Sozialdemokraten in der Analyse der verschiedenen politischen Kräfte und ihrer jeweiligen Perspektiven. Linkssozialdemokratische Politik muß sich dabei dem Problem stellen, »...sowohl in der eigenen Partei als auch in der Wählerschaft auf keine Basis mit entwickeltem Klassenbewußtsein zurückgreifen zu können.«⁵ Auf dem linken Flügel der Partei schließlich ist eine Haltung verbreitet, die Handlungsmöglichkeiten innerhalb der westdeutschen Sozialdemokratie bestreitet. In einem Interview mit der Illustrierten »Quick« des Hamburger Bauer-Verlags, einem wichtigen Finanzier des CDU/CSU-Wahlkampfes, sprach Jochen Steffen kurz vor dem Bundesparteitag das so aus:

»Ich halte die Frage, wer regiert, für völlig nebensächlich. Denn Schmidt und Strauß machen im Prinzip die gleiche Politik.« Und: »Auch ich werde nicht SPD, sondern grün wählen.«⁶

Daß die Gleichsetzung von Schmidt und Strauß, von SPD und CDU/CSU falsch ist, also keine schlüssige Begründung für die Wahl der Grünen bildet und daher politisch fehlorientiert, versucht dieser Artikel zu zeigen. Eine marxistische Begründung der SPD-Wahl wird das Entwicklungsverhältnis der politischen Kräfte zueinander und von SPD zu den Gewerkschaften als der umfassendsten Organisation der Arbeitnehmer prüfen und in konkreten Politikfeldern der Frage nachgehen, worin die Unterschiede von SPD und CDU/CSU liegen. Wahlaussage und darüber hinausweisende politische Perspektiven der sozialen Bewegung in diesem Lande sind auf der konkreten Grundlage des Standes der wirklichen Klassenauseinandersetzungen zu formulieren. Was also wird in den Wahlen 1980 entschieden?

1. Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik

Mit der Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten und der Nominierung von F.J. Strauß haben die Klassenkämpfe in der BRD eine neue Qualität

angenommen: Die bundesrepublikanische Rechte ist zur Großoffensive in allen wichtigen Politikfeldern übergegangen. »Die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß ... hat bereits als solche eine Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik bewirkt und muß zugleich als Ausdruck der Rechtsentwicklung in der »Union« wie im bürgerlichen Lager insgesamt bewertet werden.«¹ Die Gewichtsverlagerung innerhalb des christdemokratischen Spektrums zugunsten des rechtskonservativen Flügels ist wiederum nur vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Krise sozialliberaler Politik begreifbar.

1.1 Die sozial-liberale Reformpolitik

Die Wahlen von 1969 brachten eine Koalition von SPD und FDP an die Regierung, eine SPD, die zum ersten Mal nach dem Krieg über 40% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, und eine FDP, die sich im Wandel von einer national-liberalen zu einer links-liberalen Partei befand.

Die Koalition stellte sich als dynamische Kraft dar, die die Politisierung und das damit verbundene kritische Verhältnis insbesondere der jüngeren Generation gegenüber dem bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen System sowie auch breiter Kreise der sogenannten liberalen Öffentlichkeit aufgriff und in ein Programm der inneren Reformen sowie einer den Status quo anerkennenden Ostpolitik münden ließ. Die CDU/CSU zeigte sich demgegenüber unfähig, die neuen Bedingungen in politische Praxis umzusetzen und den zerstörten Glauben an ein unbegrenztes Wachstum sowie die Unererschütterlichkeit der »freien Marktwirtschaft« programmatisch zu verarbeiten.

Neben den Erfolgen der sozial-liberalen Koalition in der Ostpolitik wurden auch Versprechungen zur Humanisierung und Demokratisierung der Gesellschaft im Sinne von Ausweitung der sozialen Dienste (Ausbau des Bildungs- und Gesundheitssystems, Kindergärten usw.) zunächst eingelöst. Sozialpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und anderer Teile der Bevölkerung wurden durchgesetzt (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, 2. Rentengesetz, Kündigungsschutz, Jugendarbeitsschutz). So gelang es auch, die 1969 noch sehr schwache Regierungsmehrheit bei den Bundestagswahlen 1972 auszubauen und zu festigen. Einer Fortsetzung der Reformpolitik schien nichts mehr im Wege zu stehen.

1.2 Allgemeine Faktoren der Rechtsentwicklung

Schon Anfang 1973 zeichnete sich die bis dahin schwerste ökonomische Krise seit Bestehen der Bundesrepublik ab. Das Ende des sogenannten Wirtschaftswunders, das sich bereits 1966/67 angekündigt hatte, wurde immer deutlicher. So heißt es schon in der Regierungserklärung vom 18.1.1973 vorahnungsvoll: »Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen, taugt wenig«, und es wurde aufgefordert, »im Zuwachs des persönlichen Verbrauchs auch einmal langsamer« zu treten.

Die Inflation stieg, die Wachstumsraten wurden geringer, damit verringerten sich auch die Staatseinnahmen. Ein voller Staatssäckel war aber die Voraussetzung der Reformpolitik. Willi Brandt formulierte diese Situation bereits 1971: »Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß Reformen nur bei Stabilität und stetigem Wachstum verwirklicht werden können.«²

Mit Verschärfung der Krise 1974/75 verengt sich der wirtschaftliche Spielraum sozialliberaler Reformpolitik. Willi Brandts Rücktritt ist denn auch ein Zeichen resignierter Aufgabe. An seine Stelle tritt Helmut Schmidt, der am 17.5.1974 erklärt: »In einer Zeit weltweit wachsender Probleme konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite.«³

Der Übergang von der Brandt'schen Reformpolitik zum Schmidt'schen »Pragmatismus« kennzeichnet eine entscheidende Wende in der sozialdemokratischen Regierungspolitik. Führende Sozialdemokraten verzichteten angesichts des wachsenden Drucks der Massenarbeitslosigkeit und der Schwierigkeiten, die sozialpolitischen Errungenschaften zu sichern, darauf, die erkämpften Reformen entschlossen zu verteidigen und neue reformpolitische Strategien auszuarbeiten, die den veränderten ökonomischen Bedingungen in der Krise Rechnung tragen würden. *Statt durch Benennung der Kräfte, die jetzt die Reformpolitik bedrohten, die Wählerschaft politisch zu mobilisieren und die 1972 vorhandene Massenbasis auszubauen, verwaltete die sozialliberale Koalition die Krise auf Kosten der abhängig Beschäftigten.* Die SPD verhinderte die Orientierung der Lohnabhängigen, sie tat nichts zur Herausbildung von Klassenbewußtsein: »(...) Der Durchmarsch von Strauß (ist) auch ein Zeichen ... für das Versagen der Organisationen der Arbeiterbewegung, insbesondere der Sozialdemokratie.«⁴ Versprochene Reformen wurden zugunsten »pragmatischer«, kapitalfreundlicher Politik entweder zurückgenommen oder in eine Form gebracht, die den ursprünglichen Forderungen der SPD nur noch begrenzt entsprach (Steuerreform, Mitbestimmung u.a.m.). Enttäuschung bei den Wählern und in den Gewerkschaften war die Folge.

Nicht allein die Inhalte der Regierungspolitik hatten sich aber seit 1974 grundlegend gewandelt, auch die die Regierung tragenden Parteien waren und sind einem Veränderungsprozeß unterworfen.

Der Widerstand, auf den die Schmidt'sche Politik insbesondere in der Linken zunächst stieß, wurde zurückgedrängt. Die Regierung entledigte sich eines außerparlamentarischen und gewerkschaftlichen Potentials, das Bemühungen zur Verteidigung der Reformpolitik hätte unterstützen können.

Das Engagement innerhalb der SPD und FDP ist insgesamt stark zurückgegangen. Diejenigen in ihnen, die sich der Rechtsentwicklung widersetzen, sind entweder herausgedrängt worden oder von Isolierung bedroht. Andere haben sich dieser Alternative durch freiwillige Anpassung an den Schmidt-Kurs entzogen.

Mit der von Schmidt durchgesetzten sogenannten »pragmatischen« Politik ist es zwar bisher gelungen, die Regierungsmacht zu behaupten, aber die Einkrei-

sung durch die Reaktion ist dennoch forciert weitergegangen. Durch das permanente Nachgeben von SPD und FDP und die durch die Disziplinierung der eigenen kritischen Kräfte erfolgte Selbstentwaffnung wurde dem oppositionellen Rechtsblock ermöglicht, immer weitergehende Forderungen — beispielsweise im Bereich des Abbaus demokratischer Rechte — zu stellen.

So konnten die Wahleinbrüche der Koalitionsparteien bei den Landtagswahlen 1974/75 nur teilweise wieder ausgeglichen werden, verfügt die CDU/CSU im Bundesrat auch weiterhin über eine absolute Mehrheit, und das Bundesverfassungsgericht spielt sich immer ungenierter als Gesetzgebungsorgan auf.

In den ideologischen Auseinandersetzungen wurden die während der Reformpolitik gemachten Fortschritte (vor allem im Schul- und Universitätsbereich) zum großen Teil zurückgeschraubt. Die insgesamt stärkere Stellung des Rechtsblocks ist auf parlamentarischer Ebene durch die Übernahme der Ämter des Bundespräsidenten und des Bundestagspräsidenten offen demonstriert worden. Das offensive Vorgehen der Reaktion unter Führung der CSU beweist, daß trotz jeder Anpassungspolitik letztlich die Verdrängung der sozialliberalen Koalition von der Regierung das entscheidende Ziel aller Anstrengungen dieser Kräfte ist.

1.3 Durchsetzung der rechtskonservativen Kräfte

Der CDU/CSU gelingt es in dieser Zeit jedoch nicht, eine zum Schmidt'schen Krisenmanagement alternative und mehrheitsfähige Politik zu entwickeln. In ihr kommt es zu einer immer stärkeren Polarisierung zwischen zwei Flügeln. Während der eher reformerische Flügel versucht, eine einseitige Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Arbeitenden zu verhindern, vertritt der andere ohne diese Rücksicht die Interessen des Kapitals. Noch 1975 erringt in der CDU der sozialreformerische Flügel, gestützt vor allem auf die Sozialausschüsse, die Junge Union und die Frauenvereinigung, unter Helmut Kohl die Mehrheit und versucht, mit der Propagierung der »neuen sozialen Frage«⁵ neue Wählerschichten der CDU zu erschließen.

In dem Maße aber, in dem deutlich wird, daß auch die sozialliberale Koalition ihr Programm der inneren Reformen nicht mehr finanzieren kann, gewinnt der rechtskonservative Flügel, unterstützt von einer CSU, die in Bayern 62% der Stimmen erringt, an Einfluß. Die Politik der begrenzten Konfrontation mit der sozialliberalen Politik führt im Bundestagswahlkampf 1976 nicht zum Erfolg der von Kohl geführten Unionsparteien. Die innerparteiliche Kritik von rechts bot der Parteibasis die eindeutige antisozialistische Perspektive: Sie will kein Wetteifern um »Wohltaten« für den Bürger, sondern die grundsätzliche Wende, die »entscheidende politische Sanierung« (Stoiber). In seiner programmatischen Sonthofener Rede beschreibt F.J. Strauß 1974 den Kurs folgendermaßen:

»Wir müssen die Auseinandersetzung hier im Grundsätzlichen führen. Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontation schaffen. Ich kenne ja diese Stichworte: Wir kämpfen für die Freiheit, gegen den Sozialismus, für die Person und das Individuum, gegen das Kollektiv, für ein geeinigtes Westeuropa, gegen eine sowjetische Hegemonie über ganz Europa. Da muß

man die anderen identifizieren damit; daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren, und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft.«

Der Erfolg von Strauß ist auch der Erfolg einer politischen Konzeption, wie sie von der CSU spätestens seit dem spektakulären Trennungsbeschluß von Kreuth auch für die CDU gefordert wurde. Diese von der CSU durchgesetzte Veränderung der politischen Programmatik beinhaltet eine generelle Absage an jegliche fortschrittlich orientierte Reformpolitik zugunsten einer totalen Konfrontation gegenüber der sozialliberalen Koalition.

Die programmatische Durchsetzung der CSU stellt zugleich den Erfolg einer Parteikonzeption dar, die sich auszeichnet durch einen straff geführten Parteiapparat und massive Werbekampagnen im Stile amerikanischer Großfirmen. Der noch weitgehend auf Honoratiorenbasis arbeitende Apparat der CDU konnte dem nur wenig entgegensetzen.

2. Wirtschaftliche Krise und die Konsequenzen für die gewerkschaftliche Interessenvertretung

Die schon in den sechziger Jahren begonnene Strategie der Unternehmer, die Gewinne über verstärkte Kostensenkung, durch technologische und arbeitsorganisatorische Rationalisierung, also durch die Steigerung der menschlichen Arbeitsproduktivität zu realisieren, wird aktuell bei anhaltenden Nachfrageschwächen weiter verschärft. Als Konsequenz heißt das für die Lohnabhängigen, daß monotone und belastende Tätigkeiten, Intensivierung der Arbeit, Entwertung beruflicher Qualifikationen, Abgruppierungen (Lohnsenkung) zunehmen und sich die Arbeitslosigkeit drastisch erhöht. Schätzungen für die 80er Jahre gehen von über zwei Millionen Arbeitslosen aus.¹

Die Existenz einer riesigen industriellen Reservearmee führte auch dazu, daß die Unternehmerverbände mit dem Ziel der Reallohnsenkung bereits 1975 das Aufbrechen des sozialen Sicherungssystems gefordert haben. Eine »Entschlackungskur« sei vonnöten.

Mit der bewußten Konfliktverschärfung durch die die Tarifautonomie vernichtende Anwendung der Aussperrung sowie die Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz 1976 sollte erreicht werden, »die gewerkschaftliche Machtquote in ordnungspolitisch vertretbaren Grenzen zu halten.« (H.M. Schleyer 1976) Dieses Ziel soll erreicht werden durch

- die Einschränkung der Mitbestimmung²;
- Anwendung der Flächenaussperrung, um die gewerkschaftliche Kampfkraft zu schwächen, was einer Vernichtung der Tarifautonomie gleichkommt;
- die Zentralisierung der Tarifpolitik mittels der strikten Anwendung des Tabu-Kataloges³, wodurch eine erfolgreiche gewerkschaftliche Politik verhindert werden soll.

Schlagendes Beispiel ist die Strategie zur Verhinderung der 35-Stunden-Woche.

Auf der Tagesordnung der Unternehmerverbände steht offen die rigorose Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten, und um dies zu erreichen und abzusichern, die Einschränkung des demokratisch begründeten Handlungsspielraums der Gewerkschaften.

Zu den politisch übergreifenden Zielvorstellungen, die in dieser Konfrontationsstrategie zum Tragen kommen, schreibt die Frankfurter Rundschau vom 6. März 1978:

»... Das politische Motiv des dreisten Angriffs auf den sozialen Besitzstand und des Feldzuges für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, sieht Loderer (IG-Metall-Vorsitzender, d. Verf.) in der Schützenhilfe für die CDU/CSU, um ihr politisch in den Sattel zu verhelfen.«

Da die einheitliche Organisation der Lohnabhängigen in den DGB-Gewerkschaften wie auch die uneingeschränkte Tarifautonomie und die Sicherung der gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten eine entscheidende Voraussetzung für eine wirksame gewerkschaftliche Interessenvertretung ist, müssen die Programme der Kanzlerkandidaten Strauß und Schmidt an diesen Punkten bewertet werden.

2.1 Die Politik der sozialliberalen Koalition

Bezogen auf den sozialen Besitzstand konnte die sozialliberale Koalition in den letzten Jahren keine Glanzleistungen mehr vorweisen.

Der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stand die Regierung hilflos gegenüber. Nur wenige Initiativen, die zur Bewältigung des Problems hätten beitragen können, sind ergriffen worden. Die völlig unzureichenden Aktivitäten zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, u.a. durch die Nichterhebung der gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsplatzabgabe, ist kennzeichnend für eine Politik, die den wirtschaftlichen Interessengruppen keinen wirksamen Widerstand entgensetzt, sondern auf Kosten der Lohnabhängigen auf eine offensive Interessenvertretung verzichtet.

Jedoch muß die Politik der sozialliberalen Koalition unter Brandt und Schmidt in Bezug auf die gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung differenziert bewertet werden.

Durch die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 und die Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes 1976 sind — bei aller notwendigen Kritik — die Möglichkeiten der Einflußnahme durch die Gewerkschaften verbessert worden. Herausgestellt werden muß ferner, daß bei allen Aktivitäten des Wirtschaftsministers bezüglich der Werbung für Lohnzurückhaltung in den Tarifforderungen die Tarifautonomie weitgehend respektiert wurde. Die späte und zurückhaltende Verurteilung der Aussperrungspraxis durch die SPD-Spitze deutet zumindest eine Politik an, die gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten zu sichern sucht, wenn sie auch jede konsequente Offensive in dieser Richtung vermissen läßt.

2.2 Aktuelle Programmpunkte der CDU/CSU zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Der Politik der SPD/FDP-Koalition der Sicherung des sozialen Friedens im Spannungsfeld sozialdemokratischer Parteiprogrammatik und Kapitalinteressen wird von der CDU/CSU eine Wirtschaftskonzeption entgegengestellt, die in ihrem Kern eine Neubestimmung der Rolle des Staates beinhaltet. Noch 1973 forderte die CDU in ihrem Grundsatzprogramm »den ordnenden und regulierenden Einfluß des Staates überall dort, wo die Eigendynamik der gesellschaftlichen Entwicklung zu sozialer Benachteiligung führt oder Minderheiten und soziale Randgruppen nicht in der Lage sind, ihre Belange durchzusetzen.«⁴ Aus den aktuellen Aussagen und wirtschaftspolitischen Konzeptionen von Strauß, Biedenkopf u. a. läßt sich jetzt eine geradezu entgegengesetzte Strategie ableiten. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Aktivitäten des Staates werden als ursächlich für die wirtschaftlichen Probleme herausgestellt. Als Allheilmittel wird die Rückkehr zur unverfälschten »sozialen« Marktwirtschaft der 50er Jahre propagiert und gefordert. Dies sei Grundvoraussetzung für die Überwindung der wirtschaftlichen Probleme und damit auch für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

In der Bewertung der Ursachen der Arbeitslosigkeit, zuletzt durch *den* wirtschaftspolitischen Sprecher der Unionsparteien, Biedenkopf⁵, wird deutlich, wie staatliche Wirtschaftspolitik nach ihrer Vorstellung orientiert sein muß. Biedenkopf »analysiert«, daß die Arbeitslosigkeit bedingt ist durch Absatzprobleme von Industriegütern. Die Ursache dafür liege in den zu hohen Preisen. Um die aus der Analyse notwendig folgende Kostensenkung der Güter zu erreichen, müssen zuerst die Arbeitskosten als der Hauptkostenfaktor gesenkt werden. Vonnöten sei also eine Kurskorrektur in der Lohn- und Tarifpolitik. Als weitere Kostenbereiche werden angeführt: der »Sozialbereich« und »der Bereich der Kosten des Staates«.

Die von der CDU/CSU geforderte Strategie zur Behebung der wirtschaftlichen Stagnation läßt sich wie folgt charakterisieren:

- Anbindung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik an ein offensichtlich von der CDU/CSU, Sachverständigenrat und Unternehmer definiertes »Gemeinwohl«; notfalls durch ein Verbändegesetz, welches die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten einschneidend beschränken soll.
- Rigorose Einsparungen im Sozialbereich.
- Entstaatlichung, sprich Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Dienstleistungen zugunsten privater Anlage- und Profitmöglichkeiten. Die Verringerung der Staatsquote⁶ von derzeit 48 auf 40% wird angestrebt, was eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 1/6 bedeuten würde (z.B. Personaleinsparung in der öffentlichen Verwaltung).

Um einige Aspekte hat F.J. Strauß in »Deutschland deine Zukunft« das Programm erweitert. Mit seinen Worten formuliert:

»Was wirklich zur Gesundung zu geschehen hätte, läßt sich in drei Punkten umreißen: 1. muß dem Kostenanstieg Einhalt geboten werden, d.h.: Senkung der Steuerlasten, Begrenzung der sozialen Ausgaben, spürbare Mäßigung bei Lohnabschlüssen; 2. muß in der Frage der Mitbestimmung und der Vermögensbildung so vorgegangen werden, wie es der heutigen Wirtschaft entspricht. Man darf weder den Eigentumsbegriff bis zu Sinnlosigkeit aushöhlen, noch die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft untergraben; 3. muß ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, das nicht dauernd Unternehmern und Kapitalgebern das baldige Ende ihrer Existenz ankündigt.«

Die mit diesem Programm verbundenen Investitionsanreize für das Kapital einerseits, massive Kaufkraftreduzierung für die abhängig Beschäftigten, Einschränkung der Sozialausgaben, Einkommensumverteilung mittels Steuerpolitik zugunsten des Kapitals andererseits, werden — von einer möglichen kurzen Aufschwungphase abgesehen — nicht nur die Arbeitslosigkeit hochschnellen lassen, sondern eine generelle Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Masse der abhängig Beschäftigten zur Folge haben.

2.3 CDU/CSU-Politik und gewerkschaftliche Interessenvertretung

Der zentrale Unterschied in der Gewerkschaftspolitik zwischen einer Strauß- oder Schmidt-Regierung liegt zuerst in den unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die durch die staatliche Wirtschaftspolitik entscheidend mit beeinflußt oder bestimmt wird.

»Eine staatliche Politik, die eine erhöhte Arbeitslosenquote bewußt in Kauf nimmt und durch soziale Demontage die Abschreckungswirkung der schon jetzt auf Arbeitsplatzverlust gesetzten Strafen drastisch verstärkt, könnte, dies scheint das Kalkül zu sein, wirkungsvoll genug sein, bei den Arbeitnehmern gewerkschaftliche Solidarität zum Fremdwort werden zu lassen.«⁷

Im Gegensatz zur Politik der Regierungskoalition, die sich um einen Ausgleich mit den Gewerkschaften bemüht, steht bei der CDU/CSU die bewußte Inkaufnahme von erhöhter Arbeitslosigkeit auf dem Programm. Unter der Prämisse, das Investitionsklima wesentlich verbessern zu wollen, wird verlangt, daß sich die Gewerkschaft bei ihren Forderungen zu mäßigen hätte. Für Strauß ist die Politik der Gewerkschaften ohnehin Schuld an den Krisenfolgen: Strauß zum Jahresbeginn 1979:

»Die Gewerkschaften sind verantwortlich für die Verschärfung der politischen Atmosphäre, die volkswirtschaftlichen Verluste und für den gesellschaftlichen Rückschlag.«⁸

Die Forderung der Unionsparteien nach »konjunkturgerechten Tarifabschlüssen, die negative Haltung zur Arbeitszeitverkürzung, die Befürwortung der Aussperrungspraxis der Unternehmer, wie auch die Propagierung von Lohnleitlinien sind Merkmale einer Politik, die als erklärtes Ziel die Vernichtung der Tarifautonomie und des Koalitionsrechts zum Inhalt hat. Nachdem der Arbeitnehmerflügel in der CDU/CSU zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist, wird ebenfalls die Einschränkung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene gefordert.

»Dies ist auch ein Thema, das zur Unsicherheit in der Wirtschaft beiträgt, ohne daß es bei der Arbeitnehmerschaft wesentliche Pluspunkte bringt. Es ist natürlich völlig falsch, wenn wir sagen, wir sind gegen Mitbestimmung.«⁹

Weiter meint Strauß, daß Mitbestimmung, wie sie der DGB fordere, mit dem Arbeitnehmer nichts mehr zu tun habe. Ebenso gibt es immer wieder Ankündigungen, im Fall der Regierungsübernahme werde man das Betriebsverfassungsgesetz so ändern, daß die Rechte der Betriebsräte und Belegschaften eingeschränkt würden.

Auch zur Politik der Vermögensbildung machte Strauß die aufschlußreiche Aussage:

»Eine der dümmsten Vorstellungen, die man haben kann, den Arbeitnehmer am Produktivkapital unbedingt beteiligen zu müssen... Wir müssen eine Politik betreiben, daß das Produktivkapital sich wieder rentiert.«¹⁰

Den Mangel an Ausbildungsplätzen schiebt Strauß, ebenso wie die Unternehmer, der Regierung mit der vielsagenden Bemerkung zu

»... man erlasse ein Jugendarbeitsschutzgesetz, wo es also 4 Wochen Urlaub gibt, und dann darf er bloß noch mit Herr angeredet werden, und mittags muß er zwei Stunden geregelte Ruhezeit haben, und dann eine Stunde Hobbyjob betreiben dürfen! Ja, wer soll denn da noch einen Lehrling einstellen...«¹¹

Offen zieht Strauß hier am selben Strang wie die Unternehmer, die gleichfalls fordern, daß alle sogenannten »ausbildungshemmenden Vorschriften« im Jugendarbeitsschutzgesetz und im Berufsbildungsgesetz gestrichen werden. Für Strauß und die Unternehmer steht eben nicht eine qualifizierte Berufsausbildung für alle Schulabgänger im Vordergrund, sondern die Sanierung der Wirtschaft zugunsten des Kapitals auch auf Kosten der Auszubildenden.

Um die Voraussetzungen für die Realisierung dieses Programms zu schaffen, wird auf allen Ebenen eine Einschränkung des gewerkschaftlichen Handlungsspielraumes gefordert und betrieben. In diese Politik reihen sich die Angriffe gegen die Einheitsgewerkschaft nahtlos ein. Wer in den CSU-Planspielen zur Spaltung der Einheitsgewerkschaft nur ein wahltaktisches Manöver sieht, verkennt die hinter der Kampagne gegen die DGB-Gewerkschaften stehende Strategie. Die Angriffe sind einmal als Versuch zu werten, die Gewerkschaften als machtvolle einheitliche Interessenvertretung in der Erfüllung ihrer Schutzfunktion gegenüber den abhängig Beschäftigten so zu schwächen, daß möglichst ohne großen organisierten Widerstand der Arbeitnehmer das Programm des »Gürtel-enger-schnallens« durchgesetzt werden kann. Die weitergehende strategische Funktion erläutert Hans Preiss, Mitglied des Vorstandes der IG-Metall:

»Die Angriffe gelten (...) nicht in erster Linie irgendwelchen Organisationen, es sei denn, ihre politische Programmatik hat erklärtermaßen die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel. ... Politischer Druck ... durch Spaltungsdrohung ist also das Ziel.«¹²

Sollten alle Anstrengungen zur »Disziplinierung« der Gewerkschaften unwirksam bleiben, können mit einem schon seit langem geforderten Verbände-gesetz die Gewerkschaften gesetzlich auf ein »Gemeinwohl« verpflichtet werden, was nicht nur eine Einschränkung der Tarifautonomie wäre, sondern auch vorhandene Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte drastisch beschneiden würde.

Als Faktor einer so »Formierten Gesellschaft« wären die Gewerkschaften

nicht mehr in der Lage, den ihnen von den Mitgliedern zugewiesenen Auftrag zu erfüllen, einmal die Lebens- und Arbeitsbedingungen wirksam zu schützen und zu verbessern, und zum anderen — wie im Grundsatzprogramm des DGB formuliert — über den Kampf um die Ausweitung der Mitbestimmung eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erwirken.

Jeder muß sich heute darüber im klaren sein, daß eine Kanzlerschaft von F.J. Strauß nicht nur die Schwächung der Gewerkschaften und logisch folgend die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Mehrheit der Lohnabhängigen bedeuten würde, sondern darüberhinaus auch eine Veränderung des politischen Grundmusters der Bundesrepublik.

3. Demokratische Rechte und Innere Sicherheit

»Von unmittelbarer Bedeutung ist im Bundes- und Landtagswahlkampf 1980 die Frage nach dem Erhalt der politischen Demokratie.«¹ Wird eine mögliche CDU/CSU-Regierung unter Strauß den Abbau demokratischer Rechte forcieren, evtl. heute noch nicht angetastete Freiheitsrechte einschränken? Bietet eine Wahlentscheidung für die SPD die Perspektive, die Aushöhlung des Grundgesetzes zu stoppen, gar rückgängig zu machen und kann sich die demokratische Bewegung so ihren Handlungsspielraum erhalten? Bisher schien zwischen SPD und CDU/CSU ein weitgehender sicherheitspolitischer Konsens zu bestehen. In der Frage der Berufsverbote ebenso wie im Bereich »Innere Sicherheit« zeigen sich Unterschiede.

3.1 Berufsverbote

3.1.1 Politik der sozialliberalen Koalition

Die Berufsverbote wurden nicht erst mit dem Ministerpräsidentenbeschuß von 1972 erfunden, sondern waren spätestens seit dem Adenauer-Erlaß von 1950 ständige Praxis der jeweiligen Bundesregierungen. Der von Brandt geführten SPD/FDP-Regierung gebührt jedoch die zweifelhafte Ehre, diese verfassungswidrige Praxis mit dem Beschuß von 1972 in eine zeitgemäße Form gebracht zu haben. Was damals Konsens zwischen SPD/FDP und CDU gewesen zu sein schien, führte in den folgenden Jahren, verfassungsrechtlich scheinbar abgesichert durch den »Radikalenbeschuß« des BVerfG², zu einer Einstellungspraxis, die selbst kühnste Träume fanatischer Kommunistenhasser übertroffen haben dürfte. Mit dem Druck wuchs jedoch auch der Widerstand gegen die zunehmende Schnüffelpraxis des Verfassungsschutzes. Die wachsende Kritik aus dem In- und Ausland, seitens der Gewerkschaftsbewegung und in der Partei selbst³ sowie nicht zuletzt die Betroffenheit von Sozialdemokraten wie Charlotte Nieß und Edgar Vögel, ging an der SPD-Führung nicht spurlos vorbei. Die einsetzende Diskussion führte erst zur Kritik⁴ und schließlich zur Aufkündigung des Ministerpräsidentenerlasses durch die SPD-regierten Länder.

Diese in den Grundsätzen zur Einstellungspraxis vorgenommene vorsichtige Lockerung der Berufsverbote durch Abschaffung der Regelanfrage und das Ab-

stellen auf die Persönlichkeit des Bewerbers vollzieht sich aber in der SPD derzeit noch sehr widersprüchlich. So wurden in Hamburg Bemühungen des Bürgermeisters Klose, diese Parteibeschlüsse umzusetzen, von der SPD angehörenden Beamten unter Beifall von CDU und Springer-Presse verhindert.⁵ Bundesminister Gescheidle betreibt seine eigene Berufsverbotepolitik munter weiter, und auch die SPD/FDP-Regierung von NRW versucht weiterhin, ihre restriktive Einstellungspraxis gegen die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte aufrechtzuerhalten.⁶ Insgesamt läßt sich aber feststellen, daß die Ablehnung der Berufsverbotspraxis innerhalb der SPD — wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen — zunimmt.⁷ Es bedarf weiterer Anstrengungen inner- und außerhalb der SPD, um die Berufsverbote endgültig zu Fall zu bringen. Die Entwicklung der SPD-Haltung hat jedoch gezeigt, daß die Front SPD/CDU in dieser Frage aufgebrochen ist und daß sich die SPD in ihrer inneren Widersprüchlichkeit dem Widerstand gegen die Berufsverbote letztlich nicht widersetzen konnte.

3.1.2 *Position der CDU/CSU*

Die Position der CDU/CSU in dieser Frage ist hingegen klar und eindeutig: Die Mitgliedschaft in einer als »verfassungsfeindlich« eingestuften Partei oder Organisation schließt automatisch die Mitgliedschaft im öffentlichen Dienst aus. Damit geht die CDU/CSU sogar über die Position des BVerfG hinaus, das im »Radikalenbeschuß« die Mitgliedschaft in einer politischen Partei als ein mögliches Indiz für »mangelnde Verfassungstreue« bezeichnet hat:

»Ein Stück des Verhaltens, das für die Beurteilung der Verfassungstreue des Bewerbers erheblich sein kann, kann auch der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder die Betätigung in einer politischen Partei sein.«⁸

Auf die Persönlichkeit des Bewerbers, insbesondere seine fachliche Qualifikation, wird nicht mehr abgestellt, entscheidend ist allein die Einstufung seiner Organisation. Und hier reicht, wie das Beispiel »Vereinigung Demokratischer Juristen (vdj)« zeigt, die tatsächliche oder unterstellte Mitgliedschaft einiger Kommunisten aus, um die Organisation per se als kommunistisch und damit verfassungsfeindlich zu erklären. Diesem Automatismus, wie er von CDU/CSU gefordert und praktiziert wird, mochte sich noch nicht einmal das als Hort überkommener Beamtentraditionen bekannte Bundesdisziplinargericht anschließen, das in dem keineswegs fortschrittlichen Urteil im Fall Hans Peter jedenfalls die Mitgliedschaft der DKP allein als Grund für »mangelnde Verfassungstreue« nicht gelten lassen wollte.¹⁰ Reaktion der CDU: Diese »höchst problematische Entscheidung« zeige, wie dringend es geboten sei, von vornherein nur noch zweifelsfrei verfassungstreue Bewerber einzustellen.¹¹ Im Klartext heißt dies: Die CSU will die derzeitige Berufsverbotspraxis nicht nur belassen, sondern — wieder — verschärfen.

3.2 Innere Sicherheit

3.2.1 Politik der sozialliberalen Koalition

»Selten ist unsere Rechtsordnung in einem Jahrzehnt so grundlegend erneuert worden, wie in den Jahren von 1969 bis 1979.«¹² Dieser Ausspruch, mit dem Bundesjustizminister Vogel 10 Jahre sozialliberaler Rechtspolitik positiv kennzeichnet, gewinnt in Ansehung des Bereichs Innere Sicherheit eine bedrückende Bestätigung. Gingen noch 1969/70 die Bestrebungen der SPD dahin, die politischen Straftatbestände zu verringern und im Strafprozeßrecht — laut BVerfG »angewandtes Verfassungsrecht« — durch die kleine StPO-Reform 1969 die Rechte der Verteidigung gegenüber der Staatsanwaltschaft zu stärken¹³, so schlug dieser »überschäumende Eifer der Aufbruchphase«¹⁴ spätestens 1974 völlig um.

Die Durchsetzung des »der pluralistischen Ordnung des Grundgesetzes gemäß(n) Toleranzgebots«¹⁵ begann im Bereich des Strafrechts mit dem 14. Strafrechtsänderungsg von 1976. Die seit 1974 diskutierten §§ 88a und 130a wurden Gesetzeswirklichkeit. Durch sie wurde im Zusammenhang mit bereits existierenden gesetzlichen Bestimmungen und dem in der Rechtsprechung vertretenen extensiven Gewaltbegriff¹⁶ ein großer Teil von gesellschaftskritischen Diskussionsbeiträgen potentiell kriminalisiert. Ebenfalls 1976 wurde durch das »Anti-TerrorG« der § 129a (Bildung terroristischer Vereinigungen) ins StGB eingefügt, um einen Anknüpfungspunkt für die gleichzeitig verabschiedeten strafprozeßrechtlichen Sonderregelungen zu schaffen.¹⁷

Die StPO wurde seit 1974 in den die Innere Sicherheit betreffenden Bereichen gleich fünfmal geändert. Zunächst wurden 1975 im Zuge der »Neubekanntmachung der StPO von 1877«¹⁸ die Stellung des Staatsanwaltes wieder gestärkt sowie das Verbot der Mehrfachverteidigung in die StPO aufgenommen. 1976 brachte das Anti-TerrorG unter Bezug auf § 129a StGB neue einschneidende Erschwerungen für die Verteidigung. Durch das KontaktsperreG¹⁹ während der Schleyer-Entführung wurde die Möglichkeit geschaffen, nach § 129a StGB Verdächtige von der Außenwelt hermetisch abzuriegeln. Das sogenannte »RazienG« von 1978 erweiterte extensiv die polizeilichen Durchsuchungsbefugnisse und beschnitt die Verteidigerrechte ein weiteres Mal. Durch dieses Gesetz wurde auch die bis dahin zumindest theoretisch bestehende recht strikte Trennung zwischen strafprozeßrechtlichen und polizeilichen Befugnissen aufgegeben. Diese »Verpolizeilichung« der StPO drängt ihre eigentliche Aufgabe, das Strafverfahren zu regeln und für einen umfassenden Rechtsschutz des Beschuldigten zu sorgen, immer mehr hinter die Funktion eines polizeilichen Handlungsinstrumentes zurück. Mit der Beschleunigungsnovelle vom Oktober 1978 schließlich wurde die Beweislage der Verteidigung verschlechtert und die Möglichkeiten von Ehrengerichtsverfahren gegen Strafverteidiger erweitert. Auch im dritten Hauptbereich der Inneren Sicherheit, dem polizeilichen Überwachungs- und Handlungsinstrumentarium, ist die Koalition nicht untätig geblieben. Zu nennen sind hier

zum einen der 1976 von der Innenministerkonferenz einstimmig (!) verabschiedete »Musterentwurf für ein einheitliches PolizeiG«, der insbesondere den Schußwaffengebrauch gegen Personen ausweitet²⁰; zum anderen die Neufassung des Gesetzes über den Bundesgrenzschutz (BGS) von 1972, die dem BGS seinen militärischen Status beläßt, ihm aber unter Änderung des Art. 35 Abs. 2 GG (Amtshilfe) originär polizeiliche Befugnisse zuweist. Im Zusammenhang mit Neuregelungen im Bereich des Melde- und Datenwesens und dem Ausbau des Bundeskriminalamtes²¹ verfügt die BRD somit nach einem Jahrzehnt sozialliberaler Innenpolitik über einen der modernsten und schlagkräftigsten Polizeiapparate der Welt.

Auch im Bereich Innere Sicherheit scheint sich jedoch — wie bei den Berufsverböten — zumindest ansatzweise ein Umdenkungsprozeß innerhalb der SPD in Gang zu setzen. Hierfür dürften mehrere Gründe ausschlaggebend sein. Zum einen hat sich die Zustimmung zu den angeführten Gesetzen in der SPD nie bruchlos vollzogen, jedem der angeführten Gesetze ging ein heftiger innerparteilicher Diskussionsprozeß voraus. Die Durchsetzung der Regierungsposition — insbesondere der Vogels — wurde zudem durch die allgemein herrschende und von CDU/CSU sowie Springer-Presse noch angeheizte Terroristenhysterie begünstigt, durch die Vertreter anderer Auffassungen zu Staatsfeinden abgestempelt wurden. Zum anderen haben mehrere Bestimmungen durch ihre extensive Anwendung seitens eines überwiegend konservativen Justiz- und Polizeiapparates eine ungeahnte, mit der demokratischen Tradition der SPD nicht mehr vereinbare Eigendynamik entfaltet, die an die Sozialistengesetze erinnert. Auch das — zum Teil wahltaktisch bedingte — Vorpreschen der FDP setzte die SPD unter Handlungsdruck. So scheinen sich FDP und SPD über eine Streichung des § 88a geeinigt zu haben, während hinsichtlich des KontaktsperreG, dessen Aufhebung die FDP ebenfalls fordert, die SPD-Fraktion sich offensichtlich noch sperrt.²² Feststellen läßt sich jedenfalls auch für den Bereich Innere Sicherheit, daß die Position der Gesamtpartei durch inner- und außerparteilichen Druck zu verändern ist. Hier stellt sich gerade linken Sozialdemokraten die Aufgabe, eine der Anti-Berufsverbotskampagne vergleichbare Bewegung aufzubauen. Aktivitäten in dieser Richtung sind umso notwendiger, als bei neuerlichen Vorfällen weitere Forderungen nach noch schärferen Maßnahmen zu erwarten sind.

3.2.2 Die Position der CDU/CSU

Auch und gerade für den Bereich Innere Sicherheit gilt, was Justizminister Vogel für die gesamte Rechtspolitik postuliert: Gesetze wurden »in aller Regel von einer breiten Mehrheit der Parlamentarier getragen«²³. So wurde z.B. das KontaktsperreG als gemeinsame Vorlage aller drei Fraktionen eingebracht. Und auch für andere Gesetzesvorhaben zur Inneren Sicherheit kann man feststellen, daß von der CDU/CSU eingebrachte Vorlagen von der Koalition zunächst wegen mangelnder Vereinbarkeit mit rechtsstaatlichen Prinzipien zurückgewiesen wurden, um sie schließlich in Teilen als »liberale Variante« selbst einzubringen.²⁴

Grundsätzliche Unterschiede zwischen Forderungen der Opposition und den Vorstellungen der Koalition bestanden bis dato nur in zwei Punkten:

So wurde von der Koalition eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes ebenso abgelehnt wie die Sicherungsverwahrung für terroristische Ersttäter.²⁵ Alle anderen — weitergehenden — Vorstellungen der CDU wurden zumindest im Kern von der Koalition übernommen, so z.B. die Erschwerung der Kommunikation zwischen Verteidiger und Mandanten und die Schaffung des § 129a StGB. Trotzdem wertet der Vorsitzende des Arbeitskreises Rechtspolitik der CDU/CSU diese »Maßnahmen nur als Minimalprogramm« und hält sie für unzureichend.²⁶ »Verantwortungslos« ist nach CSU-MdB Spranger die beabsichtigte Streichung des § 88a.²⁷ Eine Liberalisierung bestehender Gesetze ist von der CDU/CSU mit Sicherheit nicht zu erwarten. Inwieweit sie bei einer Machtübernahme weitere Verschärfungen im Bereich der Inneren Sicherheit durchsetzen würde, ist schwer vorauszusagen. Sicher steht eine verschärfte Anwendung des von der sozialliberalen Koalition geschaffenen Instrumentariums zu erwarten. Geht man allerdings realistischerweise davon aus, daß sich unter einem Kanzler Strauß die innenpolitischen Konflikte — z.B. die Durchführung von Arbeitskämpfen oder von Protestaktionen gegen KKW's — verschärfen werden; oder bieten sich mögliche neue terroristische Gewaltakte zur Legitimation an, so wird sich die CDU/CSU die Gelegenheit nicht nehmen lassen, um ihre lang gehegten Pläne zur Verschärfung des politischen Strafrechts und des Versammlungsrechts in die Tat umzusetzen. Von rechtsstaatlichen Bedenken daran wird sie sich kaum hindern lassen.

3.3 Fazit: SPD nur kleineres Übel?

Eine positive Wahlentscheidung für die SPD, allein begründet im Bereich Demokratische Rechte und Innere Sicherheit, läßt sich kaum treffen. Die sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen haben sich in den letzten 10 Jahren wenn nicht als Vorreiter, so doch als allzu bereitwilliger legislativer Vollstrecker beim Abbau bürgerlicher Freiheitsrechte betätigt, z.T. im trauten Zusammenwirken mit der CDU/CSU. Trotzdem lassen sich Unterschiede festmachen, die eine Gleichstellung von Schmidt und Strauß auch und nun gerade in diesem Politikfeld als unreflektierte, falsche und letztlich auch gefährliche, weil die Handlungsfähigkeit aller demokratischen Kräfte gefährdende Position ausweisen.

1. Für alle demokratischen und sozialistischen Kräfte in der BRD wäre ein weiterer Abbau der im Grundgesetz garantierten bürgerlichen Freiheitsrechte existenzbedrohend. Dies gilt insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung, gegen die sich jederzeit die schärfsten Angriffe von rechts richten. Ihre Unterdrückung oder Vernichtung könnte dem kapitalistischen Staat erst die Möglichkeit eröffnen, den sich anbahnenden inneren Konflikten mit noch repressiveren Maßnahmen entgegenzutreten.

2. Der SPD sind, bedingt durch ihre soziale Wählerbasis, ihre Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung und ihre demokratischen und antifaschistischen

Traditionen, Handlungsgrenzen gesetzt, die einen weiteren Abbau demokratischer Rechte durch sie nicht zuletzt deswegen schwer möglich erscheinen lassen, weil bereits jetzt in bestimmten Bereichen Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung selbst in Grenzbereiche der Illegalität geraten. Die CDU/CSU hat hier von ihrem Potential einen ungleich höheren Spielraum, den sie im Zweifel nutzen wird, ohne auf rechtsstaatliche Bedenken Rücksicht zu nehmen. Überlegungen, die SPD würde sich in der Opposition möglicherweise eher nach links entwickeln, lassen diese auf Machtsicherung und Machterhaltung gerichteten Aktivitäten einer CDU/CSU-Regierung völlig außer Betracht.

3. Die SPD bietet in ihrer — auch inneren — Widersprüchlichkeit Ansatzpunkte zur Beeinflussung und Veränderung ihrer Position durch inner- und außerparteiliches Vorgehen; Teilerfolge im Bereich Berufsverbote konnten bereits errungen werden. Die Einflußmöglichkeiten demokratischer Kräfte auf die CDU/CSU sind derzeit gleich Null, eventuelle Ansatzpunkte wie die Sozialausschüsse, kirchlich/humanitäre Kreise oder liberalere Politiker sind entweder auf Strauß-Kurs eingeschwenkt oder aber von der politischen Bildfläche verschwunden.

4. Die SPD ist derzeit — in Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung — die einzige politische Kraft, die einen Marsch der BRD in den autoritären Staat verhindern und damit weitergehende demokratische und sozialistische Perspektiven offenhalten kann. Auch wenn der derzeitige Zustand der SPD, insbesondere ihr halbherziges Reagieren auf Strauß und die durch ihn repräsentierten Kräfte, scharfe Kritik erforderlich macht: Ihre reale Verankerung bei der lohnabhängigen Bevölkerung einerseits, ihre innere Widersprüchlichkeit und Beeinflußbarkeit andererseits weisen der SPD bei der Abwehr der Offensive von rechts einen Stellenwert zu, der von keiner anderen demokratischen Kraft in der BRD — mit Ausnahme der Gewerkschaften — auch nur annähernd erreicht wird.

4. Einige Aspekte zur Entspannungspolitik — Positionen von CDU/CSU und SPD

Die Ostpolitik der CDU/CSU war von Anfang an von der Einstellung geprägt, daß der einzig dauerhafte Schutz gegen soziale Veränderungen im Innern die Aufrechterhaltung einer zumindest ideologischen Konfrontation mit den sozialistischen Ländern sowie die Anlehnung an die Politik der USA ist. Schon der Adenauer-Regierung ging es in erster Linie darum, den Anti-Kommunismus zur Staatsdoktrin der Bundesrepublik zu erheben. In den 50er Jahren ging es deshalb um die äußere Anpassung an die US-Globalstrategie des »Roll-Back« bzw. der »Eindämmung des Kommunismus«, die von der CDU/CSU nur als Ergebnis einer langfristigen Stärkung des gesamten Westens betrachtet wurde. Die Wiedervereinigung war unter diesen Voraussetzungen von Anbeginn ein Phantomziel, das hauptsächlich für antikommunistische Propagandazwecke benutzt werden konnte.

In den 60er Jahren geriet die Ostpolitik der CDU/CSU jedoch in zunehmenden Widerspruch zur »Friedensoffensive« der USA. Die alte Honoratiorenpartei erwies sich als zu unflexibel, ja unfähig, sich an eine veränderte Weltlage und -strategie anzupassen. Bis Ende der 60er Jahre beharrte sie auf dem Standpunkt, daß eine Entspannungspolitik erst nach Lösung der »nationalen Fragen«, d.h. dem Anschluß der DDR und der Revision der Ostgrenze möglich sei. So ist denn die Ostpolitik der CDU/CSU in den 60er Jahren bis in die Anfänge der 70er Jahre hinein gekennzeichnet von massivem Widerstand gegen jegliche Entspannung und Annäherung zwischen Ost und West. Der Widerstand richtete sich nicht nur gegen Schritte zur Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen wie z.B. gegen die Passierscheinregelungen des Westberliner Senats, gegen die Verträge mit Warschau und Moskau, gegen den Grundlagenvertrag und seine folgenden Abkommen. Die CDU/CSU lehnte darüber hinaus als einzige nicht-faschistische Partei Europas die Ergebnisse der KSZE in Helsinki ab. Die gegenwärtigen europäischen Grenzen sind trotz entsprechender Verträge für die CDU/CSU bis heute völkerrechtlich nicht verbindlich. Aber auch im Bereich der Rüstungspolitik steht die CDU/CSU international an der Spitze der Aufrüstungsfreunde: So unterzeichnete die Adenauer-Regierung erst unter massivem internationalem Druck das Verbot von Atomwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser von 1963. Die CDU-geführten Regierungen weigerten sich, das Verbot der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen von 1967 zu unterschreiben. Erst die sozialliberale Koalition unterschrieb es im Dezember 1969. Die CDU/CSU hat überdies bis heute keinen Verzicht auf eine deutsche Beteiligung an einer Atomstreitmacht ausgesprochen. Gleichzeitig fordert sie die Aufhebung der Waffenexportbeschränkungen der BRD, wohingegen der SPD-Bundesparteitag sich für eine Verschärfung aussprach.

Die SPD erwies sich demgegenüber in den 70er Jahren trotz massivem Widerstand von Seiten der CDU/CSU als fähiger, sowohl in Übereinstimmung und Anlehnung an die Politik der USA wie auch durch Auslotung und Berücksichtigung der östlichen Interessen entscheidend dazu beizutragen, Voraussetzungen für eine politische wie militärische Entspannung in Europa zu schaffen. Es gelang ihr zunächst, die Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern West- und Osteuropas weitestmöglich zu normalisieren, die BRD aus der in den 60er Jahren durch die Hallstein-Doktrin entstandenen internationalen Isolierung zu führen sowie den Status Quo in Europa völkerrechtlich anzuerkennen.

Ungeachtet aller Verdienste der deutschen Sozialdemokratie um die innenpolitische Durchsetzung ihrer Entspannungspolitik in den 70er Jahren muß festgehalten werden, daß sie die Unterstützung der USA und aller Westmächte hatte. Diese Interessenidentität mit den USA scheint zur Zeit gefährdet. Die USA befinden sich u.U. im Begriff, an die Strategie der »Vorne-Verteidigung« der 50er Jahre sowohl militärisch wie auch politisch wieder anzuknüpfen. Zwar wurde der NATO-Beschluß über die Einführung neuer atomarer, die UdSSR bedrohender Erstschlagswaffen (Pershing II) von der SPD mitgetragen und von Hel-

mut Schmidt mit initiiert, dennoch zeigt sich bei der Legitimation des Beschlusses bereits der Interessenkonflikt: Der Beschluß wurde gekoppelt mit einem Verhandlungs-»Angebot« an die UdSSR, obwohl dies wohl zumindest von den USA nicht ernsthaft als Ansatzpunkt für Verhandlungen gemeint war. Dennoch zeigt auch das Verhalten der Bundesregierung in der Frage des Olympia-Boykotts und ihrer Beteuerungen, daß trotz Afghanistan die europäische Entspannungspolitik weiterzuführen sei, daß hier ein Konflikt zwischen den amerikanischen und den bundesdeutschen Interessen entstanden ist.

Es wird also in den 80er Jahren darauf ankommen, die Bereitschaft innerhalb der Sozialdemokratie zur Weiterführung und Absicherung der Friedens- und Entspannungspolitik gegen den innenpolitischen wie US-amerikanischen Druck zu verteidigen und damit gleichzeitig Möglichkeiten zur Veränderung der sozialen und politischen Bedingungen in der BRD nicht wieder zuzuschütten.

5. Schlußfolgerungen

Wir waren ausgegangen von der Wahlempfehlung und ihrer Begründung durch Jochen Steffen:

»Ich halte die Frage, wer regiert, für völlig nebensächlich. Denn Schmidt und Strauß machen im Prinzip die gleiche Politik.« »Auch ich werde nicht die SPD, sondern grün wählen.«

Auf der Grundlage des bisher Entwickelten zeigt sich, daß die Steffen'sche Argumentation politisch unzutreffend ist. Seine Unfähigkeit, einen politisch handlungsrelevanten Unterschied zu machen, gründet in dem Mangel, die Verhältnisse nicht aus ihrer Entwicklung zu begreifen. Die Politik von SPD und CDU/CSU ist nicht gleichzusetzen, die Folgen einer Strauß-Wahl für die Lohnabhängigen und ihre Organisationen, für die Entwicklung der demokratischen Rechte und für die Zukunft der Entspannungspolitik in Europa wären schwerwiegende. Eine Schwächung der Einheitsgewerkschaft, wie sie die CDU/CSU mit ökonomischen und politischen Mitteln versucht und nach einem Wahlsieg erfolgreicher betreiben wird, wirft die Arbeiterbewegung in ihren Arbeitsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten um Jahre zurück. Gleiches gilt für die mit einer Unionsregierung verbundene qualitative Verschärfung des Abbaus der demokratischen Substanz des Grundgesetzes, die den derzeit noch vorhandenen Handlungsspielraum der demokratischen Bewegung in der BRD aufheben und sozialistische Politik in die Illegalität treiben könnte. Die Sicherung des Friedens in Europa als Form der Austragung des Systemkonflikts zwischen Imperialismus und Sozialismus wird in den kommenden vier Jahren eine der wichtigsten Aufgaben westdeutscher Regierungen sein. CDU und CSU schlagen in dieser Frage eine verantwortungslose Politik der Stärke vor¹, die im Schlepptau riskanter US-Weltpolitik liegt und den Interessen der Deutschen und anderer Völker zuwiderläuft. *Diese Argumente zwingen zur Wahl der SPD.* Sie müssen neben einer sozialistischen Kritik an der Regierungspolitik im Zentrum eines eigenständigen Wahlkampfbeitrages der Jungsozialisten stehen. Die Alternative zum dro-

henden autoritären Staat mit parlamentarischen Fassaden und populistischer Politik² ist nicht der »Sozialismus jetzt«, sondern die Garantie, daß durch einen Wahlsieg der SPD »... sozialistische Positionen in organisierter Form legal weiter vertreten werden können«³. Diese Einsicht muß gegenüber dem grünen Wählerumfeld offen ausgesprochen und erläutert werden. Denn kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die Steffen'sche »Theorie« die Köpfe vieler Strauß-Gegner beherrscht und auch in der nicht-marxistischen SPD-Linken ideologisch wirksam ist. Sie ermöglicht die Zuspitzung von Erfahrungen zu einem linken politischen Alltagsverstand, der in den Begriffen »alternativ/basisdemokratisch« versus »etablierte Parteien« oder »Schmidt gleich Strauß« denkt und damit die bestehenden Widersprüche innerhalb der Sozialdemokratie sowie zwischen SPD und Unionsparteien ausklammert.

6. Einige Überlegungen zur Bündnisperspektive

Die Fronten zwischen den Kräften der Umweltbewegung und der alternativen Kultur einerseits sowie SPD und DGB-Gewerkschaften andererseits sind auch nach Durchsetzung der Strauß-Kandidatur weiter aufgerüstet worden. Die Formierung eines Teils der Umweltbewegung in der bundesweiten Partei »Die Grünen« hat die Aussichten des Parteivorstandes auf kurzfristige Integration dieses Lagers in die SPD-Wählerschaft drastisch verringert. Das klare Eintreten für die Wahl der SPD darf daher politische Bündnisperspektiven über den Wahltag hinaus nicht verstellen. Nur eine positive politische Begründung, wie sie dieser Beitrag zu formulieren sucht, kann für die Wahl der SPD mobilisieren. Eine Argumentation in der Form: »Wer grün wählt, wird sich schwarz ärgern« oder: »Die Grünen sind objektiv zur fünften Kolonne oder zur vierten Partei von Strauß geworden.« (Hans-Jürgen Wischnewski, stellv. Vors. der SPD, in: Frankfurter Rundschau vom 8.4.1980, S.4) dagegen ist nicht nur unwirksam, sondern sogar schädlich: Organisations- und Kandidaturverbote vom Standpunkt der Wahlarithmetik an die Adresse der Grünen werden die gegen die SPD gerichtete Solidarität innerhalb des vielschichtigen Spektrums grüner und alternativer SPD-Kritiker nur verstärken. Sie tragen der berechtigten Enttäuschung vieler, vor allem junger Wähler gegenüber der SPD nicht Rechnung und erschweren den Kontakt zu diesen Kräften. Die Perspektiven liegen nicht in der Isolierung der Jungsozialisten von anderen Teilen der demokratischen Bewegung, sondern in der Erarbeitung von Übereinstimmungen für gemeinsames Handeln.

»Abgrenzungshysterie ist in der gegenwärtigen Situation und angesichts der Bedrohung, die Strauß für die Demokratie darstellt, fehl am Platze. Es könnte sich als großer historischer Fehler erweisen, wenn ein breites demokratisches Bündnis gegen rechts und Strauß ohne Abgrenzung von Organisationen nicht zustande kommt.«⁴

Die ostwestfälischen, die Hamburger und Berliner Jungsozialisten sehen denn auch im Unterschied zum Bundesvorstand in der »Beteiligung ... an parteipolitisch unabhängigen Anti-Strauß-Komitees für den Wahlkampf eine nützliche Funktion«.⁵ Auch mit Kräften der Umweltbewegung und der alternativen Kultur bestehen über den Kampf gegen Strauß hinaus weitere Möglichkeiten zur

Zusammenarbeit in Initiativen gegen Kernenergienutzung und atomare Aufrüstung sowie im Eintreten für demokratische und soziale Rechte. Probleme geben dabei die vielfältigen Widersprüche in der Arbeit von Bürgerinitiativen und in der Politik der grünen und alternativen Parteien auf. Relevante Teile der Grünen stehen — obgleich Protestbewegungen — unter bürgerlicher Hegemonie und könnten ihre politische Zukunft einmal in der Koalition mit CDU und CSU sehen. Sie haben sich kaum mit der Frage auseinandergesetzt, warum es Kernkraftwerke gibt und in wessen Interessen sie errichtet werden. Ihre Kontakte zu den Gewerkschaften, selbst zu den Kernkraftgegnern in ihnen, sind schlecht. Andere Kräfte, die im Augenblick eher die Mehrheit bilden, wie der letzte Parteitag der Grünen bewies, begreifen sich als Teil der sozialistischen Linken in der BRD. Sie kämpfen für die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens in neuen Formen politischer Aktivität von unten: gegen »bornierte Staatsvertreter« und »etablierte Parteifunktionäre«. Sie wollen die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse selbst in die Hand nehmen, statt sie länger fremden Interessen zu überlassen. Umweltbewegung und grüne Partei werden allein keine verallgemeinerbaren Perspektiven weisen. Es wird jedoch angesichts des Standes der Klassenauseinandersetzungen auch nicht möglich sein, ohne Einbeziehung ihrer Fragestellungen diese Ausarbeitungen vorzunehmen. Bündnisse in bestimmten Politikfeldern, in die die Umwelt- und die Bürgerinitiativ-Bewegung ihre Kampferfahrungen und ihre Mobilisierungsfähigkeit, die SPD-Linke ihr theoretisches und strategisches Wissen einbringen, wird diskussionswürdig sein. Von den Aktivitäten marxistischer Sozialdemokraten *außerhalb der Partei* und der daraus resultierenden Fähigkeit, politisch zu orientieren, wird auch abhängen, ob weitere Teile der Grünen im bürgerlichen Block enden oder ihren Standpunkt in der sozialistischen Bewegung finden werden. Eine politisch-ideologische Kampfaufgabe ist deshalb vor allem die Kritik antisozialistischer und antikommunistischer Haltungen, die nicht nur erneut in der Wahlkampf-führung der SPD-Rechten ihren Ausdruck finden werden, sondern auch unter Umweltschützern und Alternativen weit verbreitet sind. Im Prozeß der Organisierung gemeinsamer Kampferfahrungen muß die ideologische Führungsfähigkeit der Arbeiterklasse demokratisch begründet werden.

»Die Hegemonie der Arbeiterklasse, das ist ihre (und ihrer Vertreter) politische Einwirkung auf die anderen Elemente der Bevölkerung im Sinne der Reinigung ihres Demokratismus (falls Demokratismus vorhanden ist) von undemokratischen Beimischungen, im Sinne der Kritik an der Beschränktheit jedes bürgerlichen Demokratismus...«⁶

Die Perspektiven der Grünen und Alternativen sind schließlich vor allem von der Entwicklung der SPD abhängig, da langfristig nur die Arbeiterbewegung die Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen im Interesse der Allgemeinheit durchsetzen kann. Das Interesse an der SPD wird jedoch erst dann wieder stärker werden, wenn die Linke *innerhalb der Sozialdemokratie* handlungsfähiger wird. Hierfür stehen die Aussichten trotz des letzten Parteitags nicht schlecht: Innerparteilich dürfte es über theoretische Grundsatzdifferenzen hinweg mög-

lich sein, unter Bezugnahme auf gewerkschaftliche Forderungen Mehrheiten gegen die Gefährdung der Rechte der abhängig Arbeitenden, gegen die Aussperrung und für den Erhalt der Einheitsgewerkschaft zu gewinnen. Stärker als bisher kann für die Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik mobilisiert werden. Gelingt es der SPD-Linken, das Interesse an einer menschenwürdigen Umwelt im Einklang mit den Arbeitsplatzinteressen der Lohnabhängigen in der Perspektive demokratischer Kontrolle und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung zu vertreten, sind andere Parteitagmehrheiten in der Frage der Kernenergienutzung in eineinhalb Jahren denkbar.

Anmerkungen

Abschnitt: Einleitung

- 1 Beschluß der ordentlichen Landeskonferenz der Jungsozialisten in der SPD Hamburg vom 18./19.1.1980, S.10.
- 2 Klaus-Peter Wolf: Der SPD-Bundesparteitag in Berlin, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft *spw*, 3.Jg., Nr.6, Berlin (West), März 1980, S.106.
- 3 Dieser Begriff versucht, den Funktionsverlust der Partei als einer *gesellschaftlichen* Kraft zu erfassen. Der letzte Parteitag hat gezeigt, wie weit die Partei hinter Schmidt zurückgetreten, wie weit die Fortentwicklung sozialdemokratischer Perspektiven dem Standpunkt der Erhaltung der Macht im *Staat* untergeordnet ist. Einzelne Aspekte dieses Sachverhalts spricht die innerparteiliche Kritik in den Begriffen »Kanzler-Wahlverein« und »Filzokratie« aus.
- 4 Klaus-Peter Wolf, a.a.O.
- 5 Beschluß der Landeskonferenz..., a.a.O., S.12.
- 6 Quick, Wochenzeitung, Nr.47 vom 15.11.1979, S.153.

Abschnitt:

Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik

- 1 Beschluß des Bezirksvorstandes der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe vom 4.2.1980, S.2.
- 2 Brandt in der Reformdebatte vom 24.3.71, zit.n. Parlament Nr. 14 v.3.4.71, S.2.
- 3 Aus der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers Schmidt vom 17.5.1974, Presse und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Jahresbericht der Bundesregierung 1974, S.9.
- 4 Beschluß der Landeskonferenz, a.a.O., S.9.
- 5 Nachdem die »alte soziale Frage«, nämlich die wirtschaftliche und politische Benachteiligung der Arbeitnehmer weitgehend gelöst sei (so die These der CDU), wäre eine »neue soziale Frage« entstanden: die Interessen verschiedenster nichtorganisierter Schichten (Auszubildende, Schüler, Arbeitslose, Hausfrauen, Rentner). Ihre Interessen könnten oder wollten die schon fast allmächtigen und selbstsüchtigen Verbände (gemeint sind vor allem die Gewerkschaften) nicht vertreten. — Mit dieser Strategie, die eben auch stark antigewerkschaftliche Akzente hat, versuchte die CDU an existierende soziale Probleme anzuknüpfen und eine das Individuum betonende Reformpolitik zu entwickeln.

Abschnitt:

Wirtschaftliche Krise und die Konsequenz für gewerkschaftliche Interessenvertretung

- 1 Vgl. dazu den Beitrag von Hans Moll zur Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierung in: *spw*, 2.Jg., Nr.2, S.11ff.
- 2 Die Verfassungsklage war durchaus kein eindeutiger Erfolg für die Unternehmer. Vgl. den Aktuellen Kommentar von Kurt Neumann in: *spw*, 3.Jg., Nr.3., S.6ff.

- 3 Der Tabu-Katalog wurde von den Unternehmern formuliert, um bestimmte Regelungsbe-
reiche von vornherein von Tarifverhandlungen auszuschließen. Vgl. dazu auch den Beitrag
von U. Zachert zur Einschränkung der Tarifautonomie in: *spw*, 2.Jg., Nr.5, S.77ff.
- 4 Grundsatzprogramm der CDU von 1973, § 22.
- 5 Insbesondere wird diese Position im »Arbeitsmarktprogramm« von 1979 von Biedenkopf
deutlich.
- 6 Die Kapitale in Interessenidentität mit der CDU/CSU drängen auf Senkung des Teils des
Mehrwerts, der durch den Staat abgeschöpft wird.
- 7 Hajo Funke/Bodo Zeuner: Profit aus Angst, *Prokla* 38, 10. Jg. 1980, Nr.1., S.9.
- 8 Zit.n. »Spalte und Herrsche«, »metall«-Taschenbuch 1, hrsg.v. Vorstand der IG-Metall,
Frankfurt/M. 1979, S.45.
- 9 Dokumentation der Sonthofener Rede in »Blätter für Deutsche und Internationale
Politik«, H.8/79, Köln 1979, S.999.
- 10 Ebd., S.1000.
- 11 Ebd.
- 12 Zit.n. Blätter für Deutsche und Internationale Politik, H.10/79, Köln 1979, S.1191f.

Abschnitt:

Demokratische Rechte und innere Sicherheit

- 1 Beschluß des Bezirksvorstandes der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe vom
4.2.1980, S.6.
- 2 BVerfGE 39, 334ff.
- 3 »Fall Kolb«, *Die Neue* v.27.3.80.
- 4 SPD-Pressedienst vom 10.5.78.
- 5 *Die Neue* vom 27.2.80.
- 6 Paech/Stein in *Demokratie und Recht (DuR)* 4/79, S.416 mit Beispielen.
- 7 Z.B. jetzt Bayerns SPD-MdBs, *Die Neue* v.27.3.80.
- 8 BVerfG a.a.O.
- 10 Frankfurter Rundschau und *Der Tagesspiegel* v. 29.3.80.
- 11 So CSU-MdB Wittmann, zit.n. *Der Tagesspiegel*, a.a.O.
- 12 Justizminister Vogel (SPD), 10 Jahre sozialliberale Rechtspolitik, eine Zwischenbilanz, in:
Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP), 1/80, S.1.
- 13 Göddeke in *DuR* 3/79, S.325f.
- 14 Vogel, a.a.O.
- 15 Vogel, a.a.O.
- 16 Beispiele bei Paech, *spw* 5, S.100.
- 17 Prof. Grünwald in der Anhörung vor dem Rechtsausschuß des Bundestages am 2.4.76.
- 18 Art. 13 des 1.StVRG (Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts).
- 19 Zur politischen Funktion des KontaktsperreG: Ridder in *DuR* 2/79, S.184f.
- 20 Vgl. dazu Beschluß des Hamburger Juso-Bundeskongreß, dok. in *DuR* 3/77, S.352f.
- 21 Nähere Angaben bei Paech, *spw* 4, S.17.
- 22 So der Rechtsexperte der SPD-Fraktion im Bundestag, Emmerlich, lt. *Tagesspiegel* vom
27.3.80.
- 23 Vogel in *ZRPP* 1/80, S.3.
- 24 Schreiber in *DuR* 1/78, S.55.
- 25 Zu den CDU/CSU-Forderungen vgl. Benno Erhard, CDU-MdB, in *ZRP* 2/80, S.25ff.
- 26 Erhard, a.a.O., S.28.
- 27 zit.n. *Der Tagesspiegel* vom 27.3.80.

Abschnitte:**Schlußfolgerungen und Einige Überlegungen zur Bündnisperspektive**

- 1 Vgl. Alfred Dregger in der Bundestagsdebatte zur Lage der Nation vom 20.3.1980. Dregger (CDU-Vorsitzender Hessen) formulierte die außenpolitische Handlungsalternative der Unionsparteien zwischen »Gleichgewicht« — welche natürlich erst durch Aufrüstung und Eindämmungspolitik erreicht wird! — und »Entspannungspolitik«. Wer will da noch Entspannung, wenn man auf diesem Weg das Gleichgewicht verlieren und stürzen wird?
- 2 Vgl. zur Begriffsbildung Ernesto Laclau: Zu einer Theorie des Populismus, in: Das Argument 119, 22. Jg., Berlin/West 1980, S.33ff.
- 3 Beschluß des Bezirksvorstandes..., a.a.O., S.31.
- 4 Ebd., S.17.
- 5 Ebd., S.16; Beschluß der Landeskonferenz..., a.a.O., S.17; Antrag des Landesvorstands zur Landesdelegiertenkonferenz der Berliner Jungsozialisten am 14./15.3.1980, S.6f.
- 6 W.I. Lenin, in: Lenin Werke (LW), Bd.17, Berlin/DDR, S.63.

Knut Krusewitz

»Zehn gute Gründe für die SPD«*:**Zur Umwelt- und Friedensprogrammatik der SPD-Wahlplattform.****1. Programmstruktur**

Der SPD-Parteivorstand legte am 17. März 1980 seinen »Entwurf für das Wahlprogramm der SPD 1980« zur parteiinternen Willensbildung vor, den er auf die friedenspolitisch akzentuierte Formel »Sicherheit für Deutschland« gebracht hatte. Der außerordentliche Parteitag am 9./10. Juni in Essen muß erweisen, ob es der Parteibasis durch sorgfältige und kritische Erörterung der Hauptthesen des »Entwurfs« gelungen ist, sie von den größten politischen Ungereimtheiten, logischen Widersprüchen und technokratischen Halbherzigkeiten zu befreien.

Der 41-seitige Programmentwurf orientiert auf fünf Themenbereiche, die unterschiedlich gewichtet und ausdifferenziert worden sind (Rangfolge und Formulierung des »Entwurfs« werden übernommen):

- Zehn gute Gründe für die SPD (S.8-11).
- Unsere Hauptaufgabe ist, den äußeren Frieden zu sichern (S.12-19).
- Sorgsam wirtschaften ist lebenswichtig (S.20-25).
- In schwierigen Zeiten verlangt der soziale Friede mehr und nicht weniger Solidarität (S.26-30).
- Unser Land muß lebens- und liebenswert bleiben (S.31-40).

* Meinung des SPD-Parteivorstandes, wie sie im Entwurf zum Wahlprogramm 1980 vertreten wird.

Werden die jeweiligen programmatischen Aussagen zu den unterschiedlichen Bereichen parteiamtlicher und staatlicher Politik quantifiziert, läßt sich ihr Bedeutungsgefälle in der Programmstruktur erkennen.

- »Hauptaufgabe« (Friedens- und Sicherheitspolitik) = rd. 20%.
- »Sorgsam wirtschaften« (Energie- und Rohstoffversorgung, Nord-Südkonflikt, Vollbeschäftigungs-, Finanz- und Steuerpolitik) = rd. 15%.
- »Sozialer Friede« (Mitbestimmung, Rentenversicherung, Gesundheitswesen, Alten- und Ausländerhilfe) = rd. 13%.
- »Lebenswertes Land« (Umweltpolitik, Jugendintegration, Verkehrs-, Medien- und Rechtspolitik) = rd. 27%.

Die uns interessierenden Programmaussagen zu den Bereichen Umwelt-, Ressourcen- und Friedenspolitik machen fast 40% des Argumentationshaushalts im »Entwurf« aus. Zum Vergleich: Der staatliche Politikbereich »Hilfen für die Wirtschaft«, in der Regierungspraxis wohl das beherrschende Thema der Krisenmanager, muß sich mit 1,2% begnügen. Darüber spricht man in Vorstandskreisen offenbar ungern in Wahlzeiten, so etwas tut man lieber während der Legislaturperiode, worüber ein Blick auf die offiziellen Subventionsberichte belehrt. Die thematische Beschränkung meiner Kritik am »Entwurf« läßt sich doppelt begründen: Einmal hält der Vorstand selbst diesen Themenzusammenhang für wahlentscheidend; zum anderen soll, entgegen der parteiamtlichen Problemsicht, die inhaltliche Beziehung zwischen militärischer und ökologischer Sicherheitspolitik herausgearbeitet werden. Auch einige Bemerkungen zur Wahl meiner Untersuchungsmethoden (immanente Kritik und Kritik der politischen Ökonomie) mögen nützlich sein.

Die hier interessierenden Themen des »Entwurfs«, die Form, in der sie der Parteivorstand problematisiert, sowie die Rationalität seiner Begründungen für die SPD zu votieren, sollen an den Ansprüchen ihrer Verfasser gemessen werden. Ein zentraler Anspruch des Parteivorstands lautet: Seine thematische und methodische Problemsicht liefere Genossen, Delegierten, interessierter Öffentlichkeit und der Wahlbevölkerung rationale Prüfungskriterien zur Beurteilung seiner Behauptungen über »gute Gründe, SPD zu wählen«. Wir werden diesen Anspruch zunächst »immanent« kritisieren, verzichten mithin auf eine grundsätzlich, d.h. politisch-ökonomisch argumentierende Kritik. Dieser Kritiktyp will keine neuen politischen Erkenntnisse aus der Analyse des Wahlprogramms gewinnen oder den »Entwurf« mit bekannten konfrontieren, sondern er will versuchen, durch Nachweis der Widerspruchslogik, die den »Entwurf« beherrscht, seine politische Rationalität zu retten. Anders gesagt: Weil im Vorstandsentswurf durchaus plausible, gute Gründe für die SPD definiert (behauptet) werden, müssen sie von ihrer falschen oder widersprüchlichen Ableitung und Begründung gleichsam befreit werden. Sonst besteht die Gefahr, daß die Überzeugungsqualität des Gesamtentwurfs verspielt wird. Über Kritikmethoden läßt sich indes nur sinnvoll reden, wenn der kritisierte Gegenstand entfaltet wird.

2. Über richtige Einsichten und falsche Begründungen: Gleichgewichtig in die Katastrophe?

Sechs der zehn Gründe, die nach Ansicht des Vorstands die Wahl für die SPD einsichtig machen sollen, haben die Themen Friedens-, Entspannungs- und Umweltpolitik zum Inhalt:

1. Grund: »Die SPD ist die Partei des Friedens.« Denn: Sie schafft Sicherheit durch aktive Friedenspolitik (2); sie stärkt den Zusammenhalt der deutschen Nation (3); sie sichert den Frieden durch gerechten Nord-Süd-Ausgleich (4); sie ist die Partei der arbeitenden Menschen (5) und sie will die Zukunft menschlicher gestalten (7).

Die Priorisierung der Friedens- und Sicherheitspolitik ist Ausdruck der sich in den letzten Monaten rapide verschlechternden politischen Weltlage. Die Stichworte sind bekannt: NATO-»Nachrüstungsbeschluß«, US-Eingreiftruppe, Ausdehnung des »Verteidigungsbereichs« der NATO, Militarisierung der Energie- und Rohstoffversorgung, Handelsboykott, zunehmende Irrationalisierung der US-Außenpolitik gegenüber Iran, unverhüllter Druck der USA auf NATO-Verbündete, besonders auf die Bundesrepublik, schließlich der militärische Eingriff der Sowjetunion in die innerafghanischen Klassenkämpfe.

Wenngleich zweifelhaft ist, daß der Vorstand sich diese Krisenstichpunkte als ursächlichen Bedingungs-zusammenhang zu eigen machen wird, so muß er gleichwohl auf die objektive Krisendynamik politisch reagieren. Die Formel der parteioffiziellen Kriseninterpretation, mit der die sozialdemokratisch geprägte Friedens-, Sicherheits- und Entspannungspolitik in Europa gerettet werden soll, heißt: »aktive Friedenspolitik«.

Diese Politikkonzeption hat im wesentlichen vier Dimensionen: »Sicherheitspolitik im Bündnis« — »Entspannungspolitik« — »Rüstungsbegrenzung« — »Ausgleich zwischen Nord und Süd«. Diese Sicherheitspolitiken stehen für den Vorstand nun allerdings tatsächlich in einem kausalen Bedingungs-zusammenhang: Erst kommt die NATO, zuletzt die Dritte Welt. Eher abstrakt und unsystematisch ist an verschiedenen Stellen im »Entwurf« davon die Rede, daß auch die Verschlechterung der ökologischen Reproduktionsbedingungen zum Sicherheitsproblem werden kann. Betrachten wir, thesenartig zusammengefaßt, die wichtigsten sicherheits-, entwicklungs- und umweltpolitischen Programmaussagen des »Entwurfs«, die uns verteidigungswert erscheinen.

a) »Sicherheit für die Menschen in unserem Land gibt es nicht durch Konfrontation und Rückkehr zum Kalten Krieg, sondern nur (!) durch unseren soliden Beitrag zum Bündnis und das Bemühen um die Fortsetzung der Entspannungspolitik und Zusammenarbeit auch unter erschwerten Bedingungen.« (S.8)

b) »Ohne Entspannungspolitik und ihre Erfolge stünde es schlechter um die Möglichkeiten, Krisen zu begrenzen und zu beherrschen.« Und: »Es gibt zu dieser Politik keine verantwortliche Alternative.« Deshalb: »Die KSZE-Folgekonferenz soll der gesamteuropäischen Zusammenarbeit neue Impulse ge-

ben, so auf den Gebieten der Wirtschaft, der Energie und des Umweltschutzes.« (S.14)

c) »Jedes Land hat in eigener Verantwortung über Förderung und Verwendung seiner Bodenschätze zu bestimmen.« Es »wäre unverantwortlich, jenen zu folgen, die um der Rohstoffe willen auch den militärischen Konflikt riskieren würden.« (S.20) Deshalb: »Die SPD lehnt eine Ausweitung des Verteidigungsauftrages der NATO auf Regionen außerhalb des Vertragsgebietes ab.« (S.13)

d) »Sorgsamer Umgang mit wertvollen Rohstoffen ist genauso wichtig wie der Schutz der natürlichen Umwelt.« (S.9)

e) »Die SPD setzt sich für vorbeugenden Umweltschutz ein. (...) Die SPD wird solche Technologien und Wirtschaftsbereiche verstärkt fördern, die umweltfreundliche Verfahren und die Sicherheit der Arbeitsplätze miteinander verbinden.« (S.32)

Sowohl die definitorische Klarheit wie die politische Berechtigung dieser Programmaussagen bestechen zunächst. Sie verlieren an Rationalität und Glaubwürdigkeit, wenn ihre Ableitung und Begründung durchleuchtet werden. Dieser Ableitungs- und Begründungszusammenhang wird in den Passagen des »Entwurfs« vorgetragen, wo der Parteivorstand Argumente zur Krisenbewältigung entwickelt. In dem Teil des »Entwurfs« also, wo die programmatische Abgrenzung zu den Kalten Kriegern, die neuerdings gar nicht mehr so kalt auftreten, begründet wird.

Zwei Abgrenzungskriterien scheinen mir wesentlich: Einmal das der SPD als Friedenspartei und zum anderen das der SPD als Partei der arbeitenden Menschen. Keines der Kriterien gilt für die CDU/CSU. Wird dieser Anspruch des Vorstandes ernst genommen, dann müßte sich die Arbeitnehmerorientiertheit seiner Friedens-, Entwicklungs- und Umweltpolitik im Begründungsteil des Wahlprogramms nachweisen lassen. Im friedenspolitischen Teil wird dazu notiert: »Militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West ist eine zentrale Aufgabe der Sicherheitspolitik im Bündnis. Ohne ein solches Gleichgewicht ist Entspannungspolitik nicht möglich. Wir streben an, dieses Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Rüstungsniveau zu stabilisieren.« (S.13) Dies Versprechen steht in krassem Widerspruch zu dem NATO-»Nachrüstungsbeschluß« vom 12. Dezember 1979, der das gesamteuropäische Gleichgewicht entscheidend destabilisiert hat. Die Beurteilung dieses faktischen Aufrüstungsbeschlusses durch General Gerd Bastian, wonach dieser Beschluß nicht Ausdruck einer Sicherheitspolitik mit dem Ziel gesamteuropäischer Stabilität sei, sondern von Machtpolitik mit dem Ziel der Überlegenheit, ist dieser Tage erst von einem so hervorragenden Fachmann wie Prof. Klaus v. Schubert (Bundeswehrhochschule München) bestätigt worden.

Eine arge Zumutung ist auch das Versprechen vom Gleichgewicht auf »möglichst niedrigem Rüstungsniveau«. Einerseits wird stolz notiert: »Nach den USA leisten wir (!) den größten Beitrag aller NATO-Staaten zum Bündnis.« (S.13) und andererseits wird darüber lamentiert, daß sich die »Menschheit« (!) »zu To-

de rüsten« kann, »wenn es nicht gelingt, den Rüstungswettlauf (!) zwischen Ost und West und die Aufrüstung der Dritten Welt zu stoppen«. (S.15)

Warum hat der Vorstand, sonst mit Zahlen zu seiner Leistungsbilanz nicht kleinlich, den Betrag verschwiegen, den »unser« NATO-Beitrag in den letzten 10 Jahren gekostet hat? Holen wir's nach: Es waren 325 155 Milliarden DM (1969-1978). Das macht pro Kopf der Bevölkerung einen »Leistungsbeitrag« von 5330 DM. Rechnet man nur die steuerzahlenden Bürger, dann sind es rd. 13000 DM/Kopf. Noch eindrucksvoller, wenn nur die wert- und mehrwertproduzierenden Arbeitnehmer gerechnet werden (was wegen der Aneignungs- und Umverteilungsbedingungen realistischstes Kriterium ist): Sie müssen rd. 27000 DM/Kopf aufgebracht haben in den vergangenen zehn Jahren. Das ist der Bruttolohn eines Facharbeiters in einem Jahr. In zehn Jahren hat ein deutscher Facharbeiter ein Jahr lang nur für die NATO gearbeitet. Wofür? Für den »Rüstungswettlauf zwischen Ost und West« und den Rüstungsexport der bundesdeutschen Rüstungsunternehmen in die Dritte Welt. Mit der immer wahrscheinlicheren Aussicht, daß sich »die Menschheit zu Tode rüstet«.

Den materiellen Gehalt der behaupteten Arbeitnehmerorientiertheit sozialdemokratischer »Gleichgewichtspolitik« auf »niedrigem Rüstungsniveau« wird der Vorstand uns noch nachweisen müssen. Erklärungsbedürftig ist auch das Versprechen, wonach die »SPD weiterhin zu dem Vorrang des Verhandlungsangebots« steht, »das die NATO, verbunden mit ihrem Beschluß über die Modernisierung (!) ihres Mittelstreckenpotentials, gegenüber der Sowjetunion gemacht hat«. (S.16).

Wenn diese Vorstandsposition seriös interpretierbar werden soll, ist zuerst die parteiamtliche Rehabilitierung von General Gerd Bastian einzuleiten. Dies kann solidarisch durch die offizielle Würdigung seiner überaus verantwortungsbewußten, weil friedensfördernden, sicherheitspolitischen Lagebeurteilung geschehen. Möglich, daß einigen Vorstandsgenossen die Bastianschen Befürchtungen in einer anderen Version plausibler klingen. Zu den wahrscheinlichen Rückwirkungen des vorgeblichen NATO-Modernisierungsbeschlusses auf die beiden deutschen Staaten (Deutschlandpolitik) hat General Bastian das Nötige gesagt. Bei Prof. v. Schubert liest man:

»In der europäischen Sicherheitsregion tragen insbesondere die beiden deutschen Staaten aufgrund ihrer geographischen Lage, ihrer historischen Vergangenheit und ihrer politischen Zuordnung zu konkurrierenden Machtblöcken eine herausragende Verantwortung, der sie sich noch nicht hinreichend bewußt geworden sind, obwohl die gemeinsame Gefährdung inmitten des 'war theatre' evident ist.« (Klaus v. Schubert, Bedingungen des Überlebens, Beilage zu: Das Parlament, B 10/80 v. 8.März 1980, S. 35)

3. Über richtige Einsichten und falsche Begründungen:

Umwelt- und Ressourcenpolitik

Im »Entwurf« wird zu Recht ein Zusammenhang zwischen knappen und teuren Rohstoffen (Energie- und metallische Industrierohstoffe) und propagierter militärischer Eingreifmentalität gesehen. Warum nicht auch dessen Umkehrung,

der ständig steigende Rohstoffverbrauch für Rüstungsapparate, die solche Eingreiftruppen erst möglich machen?

Der Vorstand notiert: Es ist »lebenswichtig, in einer Zeit, in der Rohstoffe knapper und teurer werden, sorgsamer damit umzugehen«. (S.20) Nicht weniger lebenswichtig ist nach seiner Ansicht die Erhaltung reproduktionsfähiger Umweltverhältnisse und -bedingungen. Sehen wir uns die entsprechenden programmatischen Vorstellungen zur Problembewältigung an. »Sorgsamer« als in der Vergangenheit soll »vernünftiges Wachstum«, ermöglicht durch »Einsicht und Einfallsreichtum« (S.20), zukünftig mit knapperen und teureren Rohstoffen »umgehen«. Lassen wir außer acht, daß, analog zur militärpolitischen »Gleichgewichts«-Formel, kein Genosse im Vorstand sagen kann, was »vernünftiges« Wirtschaftswachstum ist, dann bleibt die Frage nach der politischen Konzeption, mit der eine gesamtwirtschaftliche Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs (»sorgsamer Umgang«) durchgesetzt werden könnte. Fast unnötig zu erwähnen, daß der Rüstungs- und Militärbereich als Großverbraucher »sensibler«, »strategischer« Rohstoffe, um deretwegen schon in der Vergangenheit Kriege geführt wurden, keine Rolle im Sparsamkeitskonzept des Vorstands spielt.

Im Gegensatz zum Beginn der sozial-liberalen Reform-Ära haben in ihrer Spätphase auch Ökonomie verändernde Überlegungen mit dem Ziel gesamtwirtschaftlich und entwicklungspolitisch rationaler Rohstoffversorgung und -verwendung keinen Platz mehr. 1971 las man noch in einem Rechenschaftsbericht des damaligen Vorstands:

»Die soziale Marktwirtschaft, wie sie die CDU/CSU verstand, war auf maximale Steigerungen des Privateinkommens und der Produktion programmiert. Nur der kurzfristige und kurz-sichtige Maßstab der jeweiligen Wachstumsrate zählte. Experimente und eine Neuorientierung der Wirtschaft zugunsten der Zukunftssicherung waren verpönt.«

1980 klingt es so:

»Die SPD wird solche Technologien und Wirtschaftsbereiche verstärkt fördern, die umweltfreundliche Verfahren und die Sicherheit der Arbeitsplätze miteinander verbinden.« (S.32)

Nach dem vorherrschenden Parteiverständnis von umweltfreundlicher Technologie und ökologiebewußtem Wirtschaftsbereich mit arbeitsplatzerhaltenden Effekten gehören dazu vor allem die Atomtechnologie und die Atomwirtschaft (S.21). Nach allem, was wir über die geringe Energieausbeute der laufenden Kernkraftwerke wissen (weitaus geringer als die konventioneller oder alternativer Kraftwerke), wird mit dieser Lösungsform eher weiterer Energie- und Rohstoffverschwendung das Wort geredet. Von den ökologischen und militärischen Folgen der Wiederaufbereitungs- und Brennstoffzyklusproblematik nicht zu reden. Ob man als arbeitnehmerorientierte Energie- und Rohstoffpolitik ausgeben kann, was die Bundesregierung, vor allem die SPD, der bundesdeutschen Wirtschaft als ihr Konzept der Rohstoffsicherung (Planung einer nationalen Reserve strategischer Rohstoffe) anbietet, darf auch bezweifelt werden. Ebenso, daß diese strategische Rohstoffreserve den Interessen der Rohstoffländer aus der Dritten Welt dient.

In diesen Zusammenhang gehört der jüngste rohstoffpolitische Beitrag von »Apels Rüstungsdirektor« (*Welt* v. 1.4.1980), der anlässlich der Reise von Hans Apel nach Japan und Australien in Australien nicht nur Gespräche über militärische Kooperation führte, sondern als Vertreter deutscher Rohstoffinteressen verhandelte. Nach Presseberichten soll die Bundesrepublik Waffen nach Australien exportieren und Rohstoffe von dort beziehen. Die Rede war von Mangan, Chrom und Vanadium, Metalle, die vor allem in der Rüstungsindustrie gebraucht werden. Dies kann als besonders eindrucksvolles Beispiel für das Programm der »Modernisierung der Volkswirtschaft« (S.23) gelten: Australien liefert Rohstoffe für die Rüstungsindustrie, und diese liefert Panzer und Fregatten nach Australien. »Sorgsamer Umgang mit wertvollen Rohstoffen ist lebenswichtig« — für wen?

Der Schutz der natürlichen Umwelt sei genauso wichtig wie der sorgsame Umgang mit wertvollen Rohstoffen. Deshalb werde die SPD sich »für vorbeugenden Umweltschutz« einsetzen (S.32). In den vergangenen Jahren hat sie durch widerspruchsloses Akzeptieren konjunktur- und weltmarktvermittelter Krisenzwänge genau das Gegenteil getan. Sowohl der Parteivorstand wie die Bundestagsfraktion haben die rohstoff-, energie- und umweltintensive »Entsorgungsvariante« staatlicher Umweltpolitik durchgesetzt. Im Gegensatz zur »Innovationsvariante« basiert diese Umweltpolitik auf dem ökonomischen Prinzip der Doppelproduktion. Formelhaft erklärt: Gesamtwirtschaftlich werden erst unzählige Umweltprobleme in Produktions-, Verteilungs- und Konsumbereich erzeugt, und gleichzeitig bieten Umweltschutzfirmen mit kräftiger staatlicher Förderung Umweltentsorgungstechnologien an, mit deren Hilfe ein geringer Teil der Schäden beseitigt werden soll. Die soziale Marktwirtschaft besteht, ökologisch gesehen, aus zwei Sektoren: einer »Sorgenwirtschaft« und einer »Entsorgungswirtschaft«. Die Innovationsvariante stellt im Gegensatz zur Doppelproduktion generell auf die Vermeidung von Umwelt- und Gesundheitsschäden ab, ist also im sozialdemokratischen Sinne energie- und rohstoffsparender. Ihr »Nachteil« in dieser Ökonomie: Sie bietet keinen Spielraum für nennenswerte staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Konzept antizyklischer Umweltpolitik (wie das Programm Zukunftsinvestitionen von 1977). Ihre gesamtwirtschaftlichen Effekte ähneln den Modernisierungs- und Rationalisierungsstrategien der Industrie. Der Widerspruch in der parteiamtlichen Begründung ist unabweisbar: Entweder stimmt die Aussage, wonach die Senkung des spezifischen und gesamtwirtschaftlichen Energie-, Rohstoff- und Umweltverbrauchs lebenswichtig sei — dann war die SPD-staatliche Förderung der Entsorgungsvariante falsch. Oder die Einbindung der Umweltsanierung in das staatliche Konzept der Konjunktur- stabilisierung war richtig, dann stimmt die Behauptung nicht, daß der sorgsame Umgang mit Rohstoffen lebenswichtig sei. Über diesen Widerspruch hilft der frohgemute Hinweis des umweltpolitischen Kassenwartes nicht hinweg, demzufolge Staat und Wirtschaft in zehn Jahren 120 Milliarden DM zur Umweltsanierung verausgabt hätten (S.5). Weitaus aufklärender wäre die Beantwortung sol-

cher Fragen: Wieviel weniger hätte die Innovationsvariante gekostet? Welche verteilungs- und stabilitätspolitischen Effekte (Inflation) hatte die Entsorgungsvariante? Wie hoch ist die Pro-Kopf-Belastung — zusätzlich zu den Rüstungskosten — der arbeitenden Menschen, deren Partei die SPD ist? Welchen sozialen und ökonomischen Interessen diene diese Form der Umweltsanierung? Wie hoch ist der Verbrauch an Energie, Rohstoffen und Umweltmedien (Wasser, Luft, Boden, Flora, Fauna) im Rüstungs- und Entsorgungssektor der Industrie, gemessen am Gesamtverbrauch?

4. Über richtige Fragen und bruchstückhafte Antworten

Spätestens an dieser Stelle erweist sich die Begrenztheit unseres Kritiktyps. Mit der Methode der immanenten Kritik lassen sich zwar Widersprüche im politischen Denken des Vorstandes benennen, aber zur ursächlichen Erklärung reicht sie nicht hin. Wenn erklärt werden soll, warum die SPD wider bessere historische und politische Einsichten (innovativer Umweltschutz durch Neuorientierung der Wirtschaft; Senkung des Rüstungspotentials durch Entspannungs- und Abrüstungsfortschritte) falsche, weil ausbeutungs- und raubbauintensive Sicherheits- und Umweltpolitiken betreibt, dann wird der Kritiktyp weiterentwickelt werden müssen zu dem der Kritik der politischen Ökonomie. Erst von dieser Erkenntnis- und Theorieposition her läßt sich eine Kritikmethode begründen, die programmatische Widersprüche im »Entwurf« nicht nur als politische Ungereimtheiten, logische Widersprüche oder technokratische Halbherzigkeiten begreift, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher und ökologischer Widersprüche erkennen und erklären kann.

Werden die aus dem monopolkapitalistisch geprägten Charakter der Organisation von Natur, Gesellschaft und Produktivkraftsystem notwendig resultierenden sozialen, naturalen und wissenschaftlichen Widersprüche nur im Kopf politisch-programmatisch gelöst, wie das im Vorstandsentwurf geschieht, verwandeln sich richtige Planungseinsichten kaum zufällig in moralische Appelle. Aus: »Sorgsam wirtschaften ist lebenswichtig« wird dann: »Nur(!) mit Einsicht und Einfallsreichtum werden wir(!) dies Problem meistern.« (S.20) Nicht wir, sondern beispielsweise die 25 größten Rüstungsunternehmen in der Bundesrepublik treten seit Jahren als Produzenten und Marktorganisatoren von Umweltschutztechnologien und ökologischem Forschungs- und Entwicklungswissen auf. Die Frage, wessen Einsichten welchen Einfallsreichtum produzieren, war also schon entschieden, als der Vorstand sie stellte.

Andererseits: Intellektuelle Redlichkeit und politisches Einverständnis mit wichtigen Positionen im Vorstandsentwurf gebieten uns (der Partei-Linken) den Verweis auf unser bruchstückhaftes sozialistisches Verteidigungs- und Umweltpolitikkonzept. Nach meiner Kenntnis hat die Linke innerhalb der SPD weder ein militär-, noch ein umweltpolitisches Gesamtkonzept, das den Vergleich mit fortschrittlichen bürgerlichen Studien, Gutachten oder Planungstheorien aushielte. Bis zum Wahlparteitag wird sich die Linke, da sie ihr Gegenkonzept noch

nicht, der Vorstand seines in der vorliegenden Form nicht mehr, glaubwürdig vertreten kann, darauf beschränken müssen, den Rationalitätsgehalt der Wahlplattform zu retten. Vor allem wollen wir das Datum zum Anlaß nehmen, die innerparteiliche Diskussion über ein sozialistisches, soziales und ökologisches Sicherheitskonzept zu entwickeln, das nicht in die fürchterlichen Sackgassen herrschender Doktrinen führt:

»Die Eliten in West und Ost sind ratlos angesichts der von ihnen entfesselten Dynamik der tatsächlichen Rüstung wie der potentiellen Konflikteskalation.« (v.Schubert)

Die staatlichen Umweltpolitiken in den westlichen kapitalistischen Ländern sind auch am Ende ihrer Weisheit. Indem sie die krisenverursachende Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur nicht einmal durch konsequente Strukturpolitiken zu reformieren wagten, reduzierte sich staatliche Umweltintervention auf Beiträge zur Finanzierungsregelung. Das Ergebnis nach zehn Jahren ist entsprechend: Die Hauptverursacher haben nicht nur über Inhalte, Methoden und Grenzen der Krisenregulierung bestimmt, wodurch viel von Ökonomie und wenig von Ökologie des Umweltproblems geredet wurde, sondern sie haben sich selbst zu den Profiteuren der Krisenbewältigung ernannt (Entsorgungsindustrie). Im Bewußtsein der Öffentlichkeit aber erschienen die sozial-liberale Regierung und die sie tragenden Parteien als die entscheidenden Instanzen der Krisenbewältigung, ein Trugschluß, den sie allerdings kräftig gefördert haben. Wenn in der Bundesrepublik die Fluß-Ökologie des Rheins zerstört wird, nimmt deshalb zu Recht ein SPD-Umweltminister seinen Hut, nicht der Vorstand des krisenverursachenden Konzerns. — Ein liebenswertes Land, Deutsch-Land eben.

Stan Zofka

Eine ernsthafte Alternative?

Zur aktuellen Auseinandersetzung mit den Grünen

»Ich wähle grün, weil ich gegen die Atomenergie bin«, Lehrerin, 32 — »Ich wähle grün, weil Lebensqualität bei uns nur noch ein Schlagwort ist«, Heilpraktiker, 31 — »Ich wähle grün, weil ich gegen den Schulstreß bin«, Schülerin, 19 — »Ich wähle grün, weil ich gegen den Schnüffelstaat bin«, Fernsehproduktionsleiter, 33 — »Ich wähle grün, weil die Parteipolitiker nur noch Roboter sind«, Regierungsdirektor, 40.

Diese Auswahl aus einer Sammlung von Zitaten aus dem *Stern* (Nr. 14/1980) belegt sehr eindringlich, daß die Grünen für viele Wähler zu der großen, längst ersehnten Alternative zu den abgehalfterten »etablierten« Parteien geworden sind. Alle Wünsche nach Veränderung der konkreten mißlichen Lebensumstände werden

auf diese Partei projiziert, jeder schneidert sich sein Bild von den Grünen zu recht, so wie es seinen eigenen Bedürfnissen entspricht. Das Bild von den »etablierten Parteien«, die bedenkenlos in einen Topf geworfen werden, erstarrt zu einem durch längst nicht mehr hinterfragten, von Vorurteilen geprägten, total verzerrten Klischee.

Aber nicht nur politisch relativ uninformierte Jungwähler werden von dieser Partei angezogen, sondern auch durchaus politisch geschulte und erfahrene Leute, vielfach sogar aktiv engagierte Genossen, suchen bei den Grünen eine neue politische Heimat: die von der Politik der Regierung und der SPD frustrierten, meist stark ökologisch orientierten Linken. Dies ist die Zielgruppe, um die es hier besonders geht. Konnte man im Laufe des letzten Jahres noch voll darauf vertrauen, daß die meisten dieser Linken angesichts der Strauß-Kandidatur doch noch einmal »die Kurve kratzen« würden und SPD wählen, so wird spätestens seit den Massenaustritten aufgrund der Beschlüsse des Berliner Parteitag und seit dem enttäuschenden Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg immer deutlicher, daß wir uns auf das Strauß-Argument allein nicht mehr verlassen können. Zu stark wird die Angst vor Strauß überlagert durch Frustration und Resignation. Die von den Anarchos in Umlauf gebrachte, von den Grünen freudig aufgegriffene Parole »Schmidt ist gleich Strauß« grassiert (siehe dazu den Beitrag in diesem Heft).

Die inzwischen angelaufene grüne Wahlagitation wendet sich natürlich auch, ja bevorzugt, an diese Zielgruppe »frustrierte Linke« und liefert mundgerechte Argumente:

»Wir haben die Grüne Partei gegründet, weil wir jetzt die Schnauze endgültig vollhaben, immer nur zwischen den beiden berühmten Übeln entscheiden zu können. Wir haben uns jetzt lang genug verscheißern lassen. Bei dieser Wahl lassen wir uns nicht mehr von irgend welchen Zahlenspielerereien beeindrucken, wir wollen nicht länger rumtaktieren, sondern endlich einmal klipp und klar sagen, was wir eigentlich wollen.«

Diese einfache Argumentation ist bestechend, sie trifft genau die Stimmungslage dieser Zielgruppe. Mit der Perspektive, die Grünen im Bundestag könnten — ohne feste Koalition — als Zünglein an der Waage den großen Parteien ein ökologisches Programm aufzwingen, wird die Wahl der Grünen schmackhaft gemacht. Und wenn sie die (natürlich ungerechte) Fünfprozenthürde nicht schaffen sollten? »Dann haben wenigstens viele Wähler für ökologische Ziele demonstriert und gesagt, was sie wirklich wollen, und sind einen geraden und ehrlichen Weg gegangen.« Sagen die Grünen. Dies allein sei in jedem Fall ein Erfolg (trotz Strauß!), und letztlich fast wichtiger als der Einzug ins Parlament. Die Auseinandersetzung mit dieser recht simplen, doch geschickten Argumentation, mit diesem Konglomerat von Emotionen und taktischen Spekulationen, fällt gar nicht so leicht. Wo soll man da ansetzen? Intellektuelle Überheblichkeit, die sich weigert, auf diesem Argumentationsniveau zu diskutieren, ist ebenso fehl am Platz wie ein unmittelbarer Einstieg in die Defensive. Nichts wäre hier falscher als der Versuch, Tatsachen zu beschönigen und zu entschuldigen. Es ist — hier — sinnlos, die Berechtigung der Enttäuschung über die SPD-Politik — implizi-

ter Ausgangspunkt der grünen Argumentation — zu hinterfragen. Niederlagen der Linken können nicht wegdiskutiert werden, die Defensivposition wirkt immer unglaubwürdig (sehr lesenswert in diesem Zusammenhang die Beiträge über den Berliner Parteitag von Dieter Scholz und K.P. Wolf in *spw* 6).

Zwecklos ist es auch, gegen die von den Grünen propagierte Auflehnung gegen das etablierte Parteiensystem mit seinen stark reduzierten Alternativen (»zwei Übel«) anzudiskutieren, oder den mehr oder weniger offen geäußerten Verdacht, dieses ganze Parteiensystem könne doch letztlich gar nichts anderes produzieren als den permanenten Wählerbetrug (»wir werden doch nur verscheißert...«) entkräften zu wollen. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, die katastrophalen Versäumnisse einer politischen Bildung auszumerzen, die sehr viel mehr Wert auf die Vermittlung von Institutionenwissen legt als auf die Aufklärung über die Hintergründe und Mechanismen gesellschaftlicher Willensbildung und Konflikte.

Uns bleibt nur der Weg in die — behutsame und umsichtige — Offensive. Dabei müssen wir uns auch der unangenehmen Aufgabe unterziehen, ein wenig an der »grünen Faszination« zu kratzen. Denn solange sich linke Resignation und Frustration mühelos in grüne Euphorie flüchten kann, ist eine nüchterne Diskussion über die linke Strategie in Sachen Ökologie — in Konkurrenz zum Ansatz der Grünen — kaum möglich.

Die neue Partei — ein Ausweg aus der Parteienverdrossenheit?

Die Chancen der Grünen liegen schon allein darin, daß sie als völlig neue Partei auftreten können. Viele in der Partearbeit gebeutelte Linke, vom »Organisationskram« abgestoßen, mit politischen Erfolgen nicht gerade verwöhnt, liebäugeln schon längst mit der Suche nach Alternativen. Es gibt so etwas wie eine latente Sehnsucht nach einer neuen Partei, in der alles anders ist und alles anders gemacht wird. Nun ist sie da, die neue Partei — wengleich auch nicht die so begehrte Variante »links von der SPD« — aber immerhin, eine neue Partei. Das heißt: ein neuer Beginn, neuer Schwung, vieles ist noch offen, lädt zur Mitgestaltung ein. Aber nicht nur das macht die Grünen attraktiv, noch wirksamer ist ihr Image als »Antipartei«, als Partei, die eigentlich gar keine ist (denn Parteien sind ja bekanntlich an sich schon etwas 'Verderbtes').

In ihrer Wahlagitation verstehen es die Grünen sehr gut, mit dem Parteienressentiment zu spielen, die anderen Parteien in die Pfanne zu hauen (damit haben sie vor allem bei den Jungwählern natürlich leichtes Spiel), und sich selbst als einen Typ von Partei darzustellen, die noch fest in der Bürgerinitiativbewegung verankert ist, sich eigentlich nur notgedrungen (um sich an der Wahl beteiligen zu können) als Partei formiert — nur Böswillige sagen: »etabliert« — hat, und sich im Grunde immer noch voll und ganz als Bürgerinitiative fühlt und versteht. Das ist zwar durch und durch irrational, denn das typische Charakteristikum einer Bürgerinitiative ist doch ihre Überparteilichkeit, doch es scheint trotzdem irgendwie anzukommen. Versteht sich von selbst, daß dieser neue Zwitter

zwischen Bürgerinitiative und Partei die Basisdemokratie für sich gepachtet hat, ja diese stellt geradezu eine ureigenste Erfindung der Grünen, ein ganz neues Element in der Parteienlandschaft dar.

Doch in Wirklichkeit haben die Grünen Schwierigkeiten mit der Basisdemokratie in der eigenen Partei. Sie müssen sie ja geradezu haben, aufgrund der Situation, in der sie sich befinden:

- sie stehen am Anfang, viele Mitglieder sind noch völlig unerfahren
- sie sind im Aufwind, die »Konjunkturritter« werden angezogen wie die Fliegen
- sie sind organisatorisch noch nicht so festgefügt, die Kader früherer Parteien und Gruppierungen treten geschlossen ein, besetzen ganze Kreisverbände, lassen den unerfahrenen Neumitgliedern wenig Entfaltungsmöglichkeiten.

Die großspurigen Passagen zur innerparteilichen Basisdemokratie im Programm der Grünen (Abschnitt V, Punkt 1.3.) können nur naivste Neulinge beeindruckten. Im Grunde stehen da Banalitäten (»Politische Ämter sind ehrenamtlich...«), die einzige weitergehende Forderung ist die nach »Mitgliederoffenheit der Sitzungen und Gremien auf allen Ebenen«. Das würde auch die Bundes- und Landesvorstände einschließen. Man kann ja gespannt sein, wie sie das praktizieren werden.

Es ist aber Unsinn, so zu tun, als sei innerparteiliche Basisdemokratie durch Änderung des Bundesparteiengesetzes einführbar. Wie gut innerparteiliche Basisdemokratie in einer Partei wirklich funktioniert, zeigt sich immer noch am ehesten an den Ergebnissen der Funktionärs- und Mandatsträgerauslese. Was da bei den Grünen wirklich läuft, läßt sich von außen nur schwer genau fassen. Solche Berichte wie der einer grünen Aussteigerin (Austritte frustrierter Mitglieder gibt es bereits), die sich in der Münchner Alternativzeitung »Das Blatt« (Mai 1979) über die basisdemokratische Praxis bei den Grünen ausläßt, sind seltene Dokumente. Und solche spektakulären Vorgänge wie z.B. der Fall Kaub (inzwischen zurückgetretener Landesgeschäftsführer der Bayerischen Grünen), der auch durch die Presse ging (Süddeutsche Zeitung vom 28.2. und 17.3.1980), stellen zwar sicher einen extremen Sonderfall dar, sind aber doch nicht ganz untypisch. Es ist klar, daß alte Hasen, die mit ihren Karrierewünschen bei anderen Parteien gescheitert sind, oder auch andere geschickte Leute, die es nur bisher noch nicht versucht haben, bei den Grünen leichtes Spiel haben. Es wäre sicher unfair, nun alle Parteiwechsler in ein schiefes Licht bringen zu wollen. Aber woran erkennt ein Blinder die schwarzen Schafe? Naiver Idealismus der Mitglieder könnte echter Basisdemokratie auch sehr abträglich sein. Kandidatenaufstellung und Funktionärsauslese ist — immer — ein schwieriges Geschäft. Wer sich davon frustrieren läßt, sollte den Ausweg nicht bei einer neuen Partei suchen. Die Großspurigkeit, mit der die Grünen sich als basisdemokratisch verkaufen, ist ärgerlich. Es stünde dieser Partei, die doch die Ehrlichkeit in der Politik einführen will (endlich...), ganz gut an, die eigenen Schwierigkeiten auch offen einzugestehen, aber vielleicht darf man auch nicht zu viel erwarten. Parteien müssen nun

mal auf ihr Image achten, auch diejenigen, die eigentlich gar keine Partei sein wollen.

Die Parteigründung und Wahlbeteiligung der Grünen ist für die politische Kultur der BRD ausgesprochen schädlich. Denn jetzt braucht man sich nicht mehr zeitraubend und nervtötend zu engagieren, um für die Sache der Ökologie zu streiten, jetzt genügt es, alle paar Jahre das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen, und schon kann man sich auch als »Grüner« fühlen. Das kommt den politischen Konsumgewohnheiten in diesem Land sehr stark entgegen. Endlich können auch die Snobs, die jeden Modegag mitmachen, als Trittbrettfahrer auf den grünen Zug aufspringen. Ärgerlich. Waren es nicht die Bürgerinitiativen (einschließlich der ökologischen), die bisher lautstark propagierten: »Alle vier Jahre ein Kreuz ist zu wenig!«? Wie wahr! Aber auch in der Politik scheint zu gelten: wo eine Marktlücke ist, findet sich meist auch ein Nutznießer.

Wieviel Sinn macht eine ökologische Volkspartei?

Eine intensive Auseinandersetzung mit dem nun beschlossenen grünen Programm, insbesondere mit seinen immanenten Widersprüchen wäre ebenso reizvoll wie — zum gegebenen Zeitpunkt — sinnlos. Zum einen scheint der Willensbildungsprozeß — angesichts der Reaktion vieler prominenter Grüner und der Rebellion rechter Kreisverbände, die ultimativ auf eine Revision dringen — noch keineswegs abgeschlossen. Zum andern würde dies eine Überschätzung der Bedeutung dieses Programms, das ursprünglich als für alle grünen Fraktionen verbindliche Grundlage gedacht war, implizieren. Auf welche Linie sich die Grünen letztlich wirklich einigen werden — wenn überhaupt —, wird erst die politische Praxis der grünen Fraktionen zeigen (vgl. auch den Kommentar von Manuel B. in der — längst auf Grünkurs eingeschwenkten — TAZ vom 21.3.1980). Es wird daher sehr genau zu beobachten sein, aus welchem politischen und sozialen Spektrum die künftigen Bundestagskandidaten der Grünen kommen werden. Es ist wohl damit zu rechnen, daß die rechte Fraktion — in Wiedergutmachung für Saarbrücken — mit deutlicher Mehrheit vertreten sein wird.

Der überraschende Sieg der linken Fraktion auf dem Programmparteitag heißt noch lange nicht, daß die Grünen jetzt auf dem besten Wege sind, nun doch zu der von vielen ersehnten sozialistischen-ökologischen Alternativpartei zu werden. So lange keine offene Spaltung eintritt, bleiben die Grünen eine Art Sammelpartei, in der sich alle möglichen Elemente tummeln (zur Einschätzung der Grünen siehe auch die Ausführungen Willy Brandts, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 12.2.1980). Das Kuriosum einer ökologischen Volkspartei stellt sich zur Wahl. Die Grünen wollen bei dieser Bundestagswahl ihren Wählern die Möglichkeit bieten, »endlich einmal zu sagen, was sie wirklich wollen«, und nicht länger nur zwischen zwei Übeln, zwischen »faulen Kompromissen« entscheiden zu müssen. Aber was bedeutet denn schon die Wahlentscheidung

für die Grünen? Kann denn ein links orientierter Wähler der Ökologie-Partei wirklich seine politischen Grundauffassungen durch sein Wahlverhalten zum Ausdruck bringen? Wie ist dies möglich, wenn gleichzeitig andere Wähler, aus dem anderen politischen Spektrum, völlig andere Erwartungen mit der Wahl der Grünen verbinden? Bleiben denn in dem Grad der Unverbindlichkeit der Wahlaussage nicht die Grünen sogar noch weit hinter dem zurück, was bisher die etablierten Parteien zu bieten hatten?

Zur Überwindung ihres Dilemmas haben die Grünen eine einfache Formel gefunden. Sie sagen:

»Wer die Grünen wählt, will damit einfach zum Ausdruck bringen, daß für ihn die Ökologie absolute Priorität besitzt. Alle anderen politischen Fragen treten hinter dieser lebensentscheidenden Frage völlig zurück.«

Aber auch diese scheinbar ganz schlüssige Formel entpuppt sich nach einigem Nachdenken als Roßtäuscherei. Wer sie hinterfragt, wird sehr schnell darauf kommen, daß sie ihre Funktion nur erfüllen kann, solange der hier verwandte Ökologiebegriff unscharf bleibt, solange niemand auf eine exakte Definition drängt. So kann jeder seine eigenen Vorstellungen verwirklicht sehen. In Wirklichkeit gibt es aber keine Brücke zwischen den linken und den rechten Grünen, der Saarbrücker Parteitag hat dies offenbar gemacht. Durch billige Sprüche wie »grün bleibt grün«, kann man nur ganz naive Wähler in die Irre führen. So brisant, so beherrschend die Ökologiefrage in der gegebenen Situation sein mag, sie kann doch nicht eine solide Integrationsbasis für eine stabile, solidaritätsfähige und einigermaßen geschlossene Partei bilden. Die ökologische Volkspartei ist ein Widerspruch.

Für jeden Linken, der sich seine Nüchternheit bewahrt hat, gibt es nichts daran zu deuteln, daß es ein ernstzunehmendes Konzept zur Durchsetzung ökologischer Grundsätze ohne konkrete, gesellschaftliche Interessenlagen fundamental tangierende wirtschaftspolitische Optionen nicht geben kann. Es gibt überhaupt keine politische Frage, die man isoliert sehen könnte, die man aus der eigenen gesellschaftspolitischen Grundposition heraus lösen könnte. Ökologische und soziale Frage kann man nicht auseinanderdividieren!

Und die taktische Perspektive?

Auch wenn man die Berechtigung der Etablierung einer ökologischen Volkspartei als Dauereinrichtung, als »strategische Institution« verneint, so bleibt doch die für viele sicher faszinierende — taktische — Perspektive, die Grünen sozusagen als »ökologische Kontrollinstanz« in das parlamentarische Gefüge einzubauen, die bei aller Unverbindlichkeit und Unschärfe ihrer Ökologiedefinition vielleicht doch einschneidende Umweltschutzmaßnahmen oder unterstützenswerte energiepolitische Weichenstellungen durchsetzen könnte. Gemeint ist hier die Perspektive, die Grünen könnten bei einem Ergebnis über fünf Prozent in den Bundestag einziehen, und, falls keine andere Partei die absolute Mehrheit erringt, ohne eine Koalition einzugehen, die Tolerierung einer Minderheitsregie-

rung von der Durchsetzung grüner Gesetzesvorhaben und ökologischer Maßnahmen abhängig machen.

Doch diese »taktische Perspektive« ist reine Spekulation, sie beinhaltet zu viele Unsicherheitsfaktoren und Risiken. Nicht nur, daß man auf jeden Fall damit rechnen muß, daß die Grünen an der Fünfprozenthürde scheitern, womöglich nur knapp darunter bleiben, mit den vieldiskutierten fatalen Folgen (eine Mehrheit für Strauß). Auch wenn der Einzug ins Parlament gelingt, steht zu befürchten, daß die Rechnung nicht aufgeht. Da wäre immer noch die Möglichkeit eines Bürgerblocks (FDP/CDU/CSU), wahrscheinlich unter der Voraussetzung eines Verzichts auf einen Kanzler Strauß, im schlimmsten Fall aber auch die Neuaufgabe einer großen Koalition mit der Gefahr einer Verstärkung der Spaltungstendenzen innerhalb der SPD denkbar. Ganz abgesehen davon, daß auch eine baldige Spaltung einer grünen Fraktion keineswegs auszuschließen ist.

Doch die »taktische Perspektive« der Grünen ist nicht nur riskant, sie ist auch unseriös. Der Versuch, ökologische Positionen als Minderheit, als Zünglein an der Waage, im Parlament durchzusetzen zu wollen, ist ein Versuch, sich an den realen gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnissen vorbeizumogeln. Die Grünen rechtfertigen dies mit dem Hinweis auf eine angeblich längst vorhandene latente Mehrheit für grüne Positionen (z.B. in der Kernkraftfrage) in der breiten Bevölkerung. Wer dieses Wunschdenken zu bezweifeln wagte, der wurde bislang mit dem Zuruf »Liebesgrüße aus Österreich« abgespeist. Der Ausgang des schwedischen Referendums dürfte allerdings den grünen Optimismus empfindlich stören.

Doch gerade die Durchsetzung ökologischer Politik sollte auf taktische Tricks verzichten, sie muß von einer realen Mehrheit in der Bevölkerung getragen werden. An der — zweifellos mühsamen und langwierigen — Bewußtseins- und Aufklärungsarbeit führt kein Weg vorbei. Der Ansatz der Jungsozialisten und SPD-Linken, durch die Doppelstrategie, durch die innerparteiliche Auseinandersetzung und durch außerparlamentarische Aktion für ökologische *und* sozialistische Positionen zu kämpfen, erscheint im Vergleich zur grünen Alternative als der solidere Weg. Das neue Selbstverständnis der Jusos, ihre Hauptaufgabe in der Wahrnehmung der »Scharnierfunktion« zwischen Gewerkschaften und Ökologiebewegung zu sehen, erkennt die Bedeutung der Arbeitnehmerorganisationen im gesamtgesellschaftlichen Willensbildungsprozeß an. Wer in dieser Gesellschaft Mehrheiten erringen will, darf nicht an den Arbeitnehmerorganisationen vorbeitaktieren.

Wir stellen uns der Diskussion mit den Gewerkschaften. Das Bedeutsame an den Beschlüssen der Baden-Württembergischen SPD zur Nutzung der Atomenergie liegt nicht nur darin, daß diese die Handschrift Erhard Epplers tragen, sondern daß sie auch die Zustimmung Franz Steinkühlers gefunden haben. Daß die Diskussion mit den Gewerkschaften nicht immer leicht ist, braucht nicht verschwiegen zu werden. Die antigewerkschaftliche Haltung der Grünen aber, verursacht durch ihr mangelndes Verständnis für gewerkschaftliche und soziale

Probleme, vergrößert die Gefahr, daß die Verbreitung des Ökologiedankens in der Sackgasse politischen Außenseitertums steckenbleibt.

Warum aber die Grünen, trotz partieller Übereinstimmung in den Zielvorstellungen, in diesem Wahlkampf auch für die Linken und Jusos zu einem klaren politischen Gegner geworden sind, liegt vor allem an dem Umstand, daß die Grünen in ihren Wahlkampfaussagen die Existenz anderer ökologisch orientierter Kräfte außerhalb ihrer grünen Partei schlichtweg ignorieren. Die wollen uns ja gar nicht als Bündnispartner im Kampf für die Durchsetzung ökologischer Ziele! Es muß mutlos stimmen, wenn die SPD angesichts einer doch immerhin mehr als vierzig Prozent umfassenden, starken innerparteilichen Opposition und angesichts von Namen wie Erhard Eppler, Freimut Duve usw., von den Grünen skrupellos der »dreigeteilten Einheitspartei (SPD-FDP-CDU) des ewigen Wachstumswahns« (Wahlzeitung »Die Grünen«, 10. Ausgabe, März 1980, S.1) zugerechnet wird.

Hier zeigt sich der Wesensunterschied zwischen grüner Partei und ökologischer Bürgerinitiativbewegung sehr deutlich: Während die Initiativbewegung bemüht ist, möglichst alle Kräfte im Kampf für die Ökologie zusammenzufassen, wird bei der grünen Partei dieser Ansatz überlagert von Partei-Interessen. Wenn die grüne Partei ihren Kampf wirklich frei von Partei-Interessen führen wollte, müßte sie darauf bedacht sein, unbedingt zu vermeiden, die Ökologiebewegung in ihrer Gesamtheit zu schwächen, müßte sie die Existenz von Bündnispartnern in anderen Parteien selbstverständlich anerkennen und zur Grundlage ihrer strategischen und taktischen Überlegungen machen. Dann müßte sie auch Gesichtspunkte einer Art Arbeitsteilung berücksichtigen. Konkret würde dies bedeuten, daß die Grünen — ohne ihre grundsätzlich kritische Haltung gegenüber der SPD aufzugeben — den Schwerpunkt ihrer Wahlagitation auf das bürgerliche Wählerpotential legen müßten. Bislang machen sie aber genau das Gegenteil.

Unerträglich ist auch, wie die Grünen aus reinem Partei-Interesse nun alle Erfolge der Bürgerinitiativbewegung (z.B. im Kampf gegen die Atomkraft) für sich allein reklamieren, obwohl die Arbeit der (überparteilichen) Bürgerinitiativen auch von ganz anderen Kräften, z.B. den Jusos und SPD-Linken, mitgetragen wurde. Es gibt keinen Monopolanspruch für diese Erfolge (zum Verhältnis Bürgerinitiativen/Grüne Partei siehe den Artikel von Hermann Scheer im Vorwärts Nr. 4/1980, S.8). Ein wichtiger, bisher zu wenig beachteter Erfolg, bei dem ziemlich klar ist, daß er nicht nur auf die Anti-AKW-Demonstrationen, sondern in erster Linie auf den linken innerparteilichen Druck zurückzuführen ist, ist z.B. die Umstrukturierung der Ausgaben des Bundes für die Energieforschung. Wie aus einer Aufstellung des Forschungsministeriums hervorgeht, hat sich die finanzielle Förderung der Erforschung alternativer Energien von 1973 bis 1979 um das 37fache gesteigert, das Verhältnis von Nuklearforschung zu Alternativforschung hat sich von 78:1 im Jahr 1972 bis zu nur noch 1,7:1 im Jahr 1979 verbessert. Das ist noch lange nicht zufriedenstellend, macht aber deutlich, daß sich doch etwas bewegen läßt. Unser Druck wird nicht nachlassen!

Vor diesem Hintergrund wird auch klar, wie irrwitzig die Formel »Schmidt gleich Strauß« ist, die die Grünen in diesem Wahlkampf proklamieren. Sie versuchen nicht nur die — weiß Gott immer noch erheblichen — Unterschiede zwischen den beiden »starken Männern« total zu verwischen, sie versuchen auch darüber hinwegzutäuschen, daß hinter Schmidt eine völlig andere Partei steht als hinter Strauß. Klar, das entspricht ihren Partei-Interessen, durch eine differenzierte Darstellung der tatsächlichen Lage würden sie ihre Wahlchancen schmälern. Kann man das einer Partei zumuten? Einer wirklich alternativen Partei vielleicht schon. Wem die Durchsetzung ökologischer Ziele — und nur das — wirklich am Herzen liegt, der wird alles tun, um Strauß zu verhindern, der wird nicht versuchen, den Wählern weiszumachen, daß schon allein die Demonstration mit dem Stimmzettel das Risiko einer Strauß-Regierung rechtfertigen würde. Protest durch Wahlverhalten? Das ist zu billig. Der Preis — das Risiko Strauß — ist viel zu hoch.

Gerald Mackenthun

Nach der ökologischen Verschmutzung jetzt die geistige?

Zur medienpolitischen Strategie des konservativ-autoritären Lagers am Beispiel der NDR-Auflösung und »neuer Medien«.

Der Rundfunk ist derzeit auf verschiedenen Ebenen Gegenstand heftiger Diskussionen. Zum einen geht der Streit um die Zukunft des Massenmediums: öffentlich-rechtlich oder privat? Dann um die rasante technische Entwicklung neuer Medien und ihren Einsatz. Schließlich um die gesellschaftspolitischen Gefahren in ihrem Gefolge. Öffentliche Aufmerksamkeit erregte speziell die Auflösung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) und die Unterzeichnung eines Staatsvertrages über einen neuen Zwei-Länder-NDR unter Ausschluß Hamburgs zwischen den konservativen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, Stoltenberg und Albrecht. Mehr in den Schatten getreten ist hingegen die Diskussion über neue Medien¹, die jetzt, wo es konkret um Einzelheiten verschiedener Modellversuche (»Pilotprojekte«) geht, hauptsächlich hinter den Türen parlamentarischer Ausschüsse verhandelt werden.

Die in der Tat beeindruckende gesellschaftsverändernde Dynamik neuer Medientechnologien blendet viele bürgerliche Autoren (und damit leider auch ihre Leser), die sich fast ausschließlich mit den möglichen Auswirkungen befassen

und so die hinter ihnen stehenden Machtfragen aus den Augen verlieren. Im Kampf um das zukünftige Gesicht der bundesdeutschen Medienlandschaft geht es für das konservativ-autoritäre Lager der BRD² um die Wiedererlangung der Macht, nicht nur auf parlamentarischer Ebene, sondern um die gesamtgesellschaftliche Vorherrschaft (Hegemonie). Zwar zeigen sich die sozialliberalen Regierungen seit 1969 in der Krisenbewältigung funktional für das Kapital. Doch mit der Studentenbewegung und den ihr nachfolgenden emanzipatorischen, anti-autoritären, sozialistischen u. a. Strömungen wurde der Einfluß des konservativ-autoritären Lagers in vielen Bereichen der Ideologieproduktion zurückgedrängt: Erziehungswesen, Ministerien, Kirchen, Kulturzentren, Verlage, Hochschulen und eben auch Massenmedien. Diese Niederlage gilt es wettzumachen in Hinblick auf eine autoritäre Lösung aktueller wirtschaftlicher Krisen. Arbeitslosigkeit, Rationalisierung, Inflation und die Tendenz zur Monopolisierung erzwingen Eingriffe des Staatsapparats. Zwangsläufig wird damit die private Verfügungsgewalt über Investitionen und Produktionsmittel eingeschränkt. Die CDU/CSU als parlamentarische Agentur des Kapitals kann diese Einschränkung nicht hinnehmen. Ihre Elemente einer Wirtschaftspolitik wären Reallohnsenkungen, verstärkte betriebliche Rationalisierungen bei bewußter Hinnahme hoher Arbeitslosenziffern und Verminderung der staatlichen Sozialquote bei vermehrten kapitalbezogenen Strukturinvestitionen.³

In diesem Konzept haben Massenmedien die Funktion, in der Bevölkerung Verständnis für die Maßnahmen zu wecken und gleichzeitig die Aussichtslosigkeit bzw. Unrechtmäßigkeit des kollektiven (gewerkschaftlichen) Widerstands dagegen darzustellen. Dem konservativ-autoritären Lager muß also daran gelegen sein, seine Position in Massenmedien so oft und so unmittelbar wie möglich zu verbreitern. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkstruktur mit ihrem Prinzip des inneren Pluralismus verhindert dies (gerade in Anbetracht fortschrittlicher Strömungen seit 1969) nachhaltig.

Die Unionsparteien versuchen deshalb, auf zwei Ebenen das öffentlich-rechtliche System aus den Angeln zu heben⁴:

- durch den Versuch, den Einfluß in den bestehenden Rundfunkräten auszuweiten und durch Kampagnen von außen, die Mitarbeiter der Rundfunkanstalten durch Verunsicherung in ihrem Sinne gefügig zu machen;
- durch den Versuch, den Rundfunkanstalten eine privatwirtschaftliche Konkurrenz entgegenzustellen.

Machtpolitische Interessen der Union und wirtschaftliche Interessen der Privatindustrie, speziell der Unterhaltungsindustrie und der Verlage, vermischen sich unentwirrbar. Die Interessensidentität findet ihre Entsprechung sowohl beim Zwei-Länder-NDR als auch bei Kabelfernsehen und Bildschirmtext in einer Kombination von Staats- und Privatrundfunk. Aufgabe der Staatsseite ist es in diesem Fall, mit der Möglichkeit zur Verkabelung der Bundesrepublik, der Erstellung Dutzender neuer Programme und des Einsatzes neuer audiovisueller Medien wie Kassettenfernsehen, Bildplatte oder Video-Geräten der privatkapi-

talistischen Industrie die Chance zur Kapitalverwertung in Milliardenhöhe zu eröffnen. Der »Bedarf« nach neuer Unterhaltungsindustrie ist dabei zweitrangig und wird beispielsweise von den Gewerkschaften bezweifelt.⁵ Vor den Möglichkeiten für den Verbraucher stehen immer erst die Möglichkeiten des Geschäftemachens.⁶ Die Doppelstrategie des konservativ-autoritären Lagers läßt sich exemplarisch an der Auflösung des Norddeutschen Rundfunks und den Bemühungen um eine kommerzielle Programm-Konkurrenz in den neuen Medien Videotext, Bildschirmtext und Kabelfernsehen aufzeigen. Das soll in diesem Beitrag geschehen.

Die Grundlage — ein Kompromiß

Der Rundfunk in der Bundesrepublik ist in seiner öffentlich-rechtlichen Form ein Resultat aus den Erfahrungen des Faschismus und der politischen Kräfteverhältnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Organisationsprinzipien dieses Massenmediums beinhalten einen gesellschaftlichen Kompromiß: Der Rundfunk sollte sowohl direkten staatlichen Eingriffen als auch der Sphäre der unmittelbaren Kapitalverwertung entzogen sein. Das im Prinzip nach Landesrecht organisierte öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist deshalb der Versuch, alle gesellschaftlichen Gruppen am Medium teilhaben zu lassen, indem der Rundfunk im Innern pluralistisch strukturiert ist. Diese Grundsätze der Rundfunkordnung sind in den letzten Jahren durch mehrere höchstrichterliche Entscheidungen bestätigt worden, sowohl gegen Staatseingriffe, als auch gegen Profitinteresse von Unternehmen. Das bekannteste Urteil dieser Art ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 28.2.1961, das die Pläne der Adenauer-Regierung für verfassungswidrig erklärte, einen Bundessender mit großen Einflußmöglichkeiten der Bundesregierung zu errichten. Im wesentlichen waren es drei Argumente, die zur Ablehnung führten:

- es gibt zu wenig Frequenzen
- die hohen Kosten bei der Herstellung und Verbreitung von Programmen verbieten einen individuellen Zugang zum Rundfunk
- »Art. 5 verlangt jedenfalls, daß dieses moderne Instrument der Meinungsbildung weder dem Staat noch *einer* gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert wird.«

Einen rein kommerziellen Funk verwarf das Bundesverwaltungsgericht. Über das BVerfG hinausgehend, entschied es am 10.12.1971 gegen die »Fernsehgesellschaft Berliner Tageszeitungen«, welcher der Berliner Senat nicht erlaubt hatte, ein eigenes Programm auszustrahlen. Im Urteil heißt es:

»Die ausschließliche Finanzierung durch Werbesendungen würde die einseitige Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die werbenden Firmen, also durch Kreise der Industrie, des Handels und des Gewerbes zur Folge haben. Das aber läßt sich mit dem im Grundgesetz verankerten Begriff der Informationsfreiheit in der Demokratie nicht vereinbaren.«⁷

Seit dem »Fernsehurteil« sind 20 Jahre vergangen. In der Zwischenzeit haben sich die technischen Voraussetzungen verändert. Einerseits ist es möglich geworden, den Frequenzbereich zu erweitern, so daß mehr Frequenzen zur Verfügung

stehen, andererseits hat die Entwicklung in der Elektronik die Apparate zur Programmherstellung kleiner, leichter und teilweise billiger gemacht. Eine dritte technische Neuerung verzahnt sich mit den ersten beiden: Die Technik des Kabelfernsehens wird in absehbarer Zeit so weit sein, die Zahl der Kanäle und damit die Anzahl möglicher Rundfunkprogramme fast beliebig zu vermehren.⁸

Zunächst ist wichtig festzuhalten, daß die technische Entwicklung einige Argumente des BVerfG offensichtlich überholt hat. Es stellt sich aber die Frage, ob die Rundfunkverfassung, d.h. die öffentlich-rechtliche Struktur (weder Staats- noch Privatfunk) damit gleichzeitig überholt ist oder weiterhin gilt.

NDR — das »mörderische Spiel des Marktes«

Auslöser, Begründung und Motiv des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg zur Kündigung des NDR-Staatsvertrages im Juni 1978 fallen auseinander. Auslöser war u.a. die für die Landesregierung »ungünstige« Berichterstattung über das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf und die Proteste dagegen sowie eine Informationssendung für Betriebsräte, in der die Belange der Arbeitnehmer ausführlich berücksichtigt wurden. Zur Begründung wurde hingegen angegeben: mangelnde Berücksichtigung der regionalen Belange Schleswig-Holsteins, das Finanz-Defizit des Senders und zu geringe Ausgewogenheit des Programms. Das zentrale Motiv schließlich war, die NDR-Rundfunkprogramme besser unter Kontrolle zu bringen und gleichzeitig der Privatwirtschaft Zugang zum Medium zu verschaffen. Die Vertragsunterzeichnung für einen Zwei-Länder-CDU-NDR am 7.2.1980 erinnerte die Deutsche Journalisten Union an einen Staatsstreich.⁹

Die Motive Stoltenbergs lassen sich am »etatistischen Grundzug«¹⁰ (NDR-Intendant Neuffer) des Vertragstextes deutlich ablesen. Die ebenfalls im Text enthaltene offene Tür für private Programmanbieter ist Albrechts Coup, ein Ergebnis, das zum Zeitpunkt der NDR-Vertragskündigung noch nicht vorgesehen war. Zunächst zum »etatistischen Grundzug«¹¹:

— Einmalig ist, daß nicht nur die Vorschriften des Staatsvertrages, sondern auch die Programmrichtlinien des Rundfunkrates rechtlich verbindlich sind, d.h. sich aus ihnen unmittelbare Pflichten für die Mitarbeiter ergeben (§ 11, Abs. 1). Andererseits wird die Programmkontrolle ausschließlich dem Rundfunkrat übertragen (§ 20). Dieses Gremium ist also sowohl »rechtssetzendes« als auch »rechtskontrollierendes« Organ mit Einzelweisungsrecht gegenüber dem Intendanten. Die Zusammenlegung von Legislative und Exekutive ist allerdings verfassungswidrig.

— Sollte der Rundfunkrat nicht im Sinne seiner konservativen Erfinder funktionieren, kann die »Staatsaufsicht« direkt eingreifen (§ 42, Abs. 4), um Staatsvertrag und Programmrichtlinien zwangsweise durchzusetzen.¹² Damit erweitert sich die allgemein übliche Rechtsaufsicht des Staates zur Fachaufsicht. Auch hier verstößt der Vertrag gegen grundlegende verfassungsrechtliche Prinzipien.

— Der Rundfunkrat zeigt eine deutliche Überrepräsentation von Staats- und Parteivertretern. Er besteht aus 40 Mitgliedern, von denen neun von den Ministerpräsidenten der beiden Länder direkt ausgewählt oder die sie entsendenden Organisationen von ihnen bestimmt werden. Acht weitere sind Parteienvertreter, fünf aus Niedersachsen und drei aus Schleswig-Holstein, wobei eine Partei nur dann im Rundfunkrat vertreten sein kann, wenn sie *beiden* Landesparlamenten angehört (§ 19, Abs. 1, Nr. 3). Im übrigen fällt auf, daß Vertreter aus den Bereichen Naturschutz, Umweltschutz, Ökologie ebensowenig vorgesehen sind, wie solche der Kommunen.

— Der Entwurf enthält keine Bestimmungen für Mitbestimmung im Verwaltungsrat, ebensowenig eine Absicherung der inneren Rundfunkfreiheit (Redaktions-Ausschüsse beispielsweise).

Der Einbruch privater Kapitale in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird folgendermaßen vorbereitet:

— Die technische Erweiterung des Fernsehens durch Videotext wird beschnitten. So soll eine Nutzung von Videotext ausschließlich zur Erläuterung und Begleitung des Programms, also nicht für Kurznachrichten, dienen. Die Herstellung von Text-Nachrichten auf dem Bildschirm soll offensichtlich Zeitungsverlegern vorbehalten bleiben. Gleichzeitig wird selbst der kassierte Videotext von der Zustimmung der Regierungen abhängig gemacht. Schließlich kann der Sender durch Landesgesetz verpflichtet werden, kommerzielle Veranstalter zur Videotextübertragung in den öffentlichen Fernsehprogrammen zuzulassen (§ 2, Abs. 3).¹³

— Die Länderregierungen können auch verlangen, daß der Sender eine ihm von der Bundespost zugeteilte Frequenz im UKW-Hörfunkbereich nicht mehr selbst benutzt, sondern »anderen«, d.h. kommerziellen Veranstaltern gegen eine Gebühr zur Verfügung stellt (§ 47, Abs. 1). Abs. 5 des gleichen Paragraphen macht dies prinzipiell auch für Fernsehprogramme möglich. Der Entzug von Sendefrequenzen kann durchaus als Sanktion gegen mißliebige Programme (beispielsweise der intellektuell-kritischen 3. Programme) eingesetzt werden.¹⁴

Die Programmgrundsätze schließlich vervollständigen die Funktion des Zweiländer-NDR als Hilfsorgan der konservativen Landesregierungen. Auf den in Art. 5 GG garantierten Freiraum, der auch kritische Positionen gegenüber der Verfassungsordnung und dem Statsapparat umfaßt, wird nirgends hingewiesen. Stattdessen wird ausdrücklich als Programmauftrag das Dienen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder der Respekt vor den »grundgesetzlich geschützten Institutionen« Ehe und Familie genannt (§ 6).¹⁵

Die Kündigung des Staatsvertrages hat bereits unmittelbar negative Auswirkungen auf die laufende Programmherstellung. So wurden z.B. zur stärkeren Regionalisierung des Programms einige Reformen auf den Weg gebracht, die nun ernsthaft gefährdet sind. Stoltenberg selbst verhindert die von ihm geforderte »stärkere Berücksichtigung der Belange Schleswig-Holsteins«. Auch die Konsolidierung der NDR-Finzen wird durch die Zerschlagung verhindert, was

den gesamten NDR-Finanzausgleich gefährdet.¹⁶ »Ausgewogenheit« schließlich ist ein politischer Kampfbegriff geworden, mit dem eine stärkere Berücksichtigung des CDU-Standpunkts unabhängig von seiner Relevanz¹⁷ erzwungen werden soll.

Eine »offiziöse« einheitliche Begründungslinie zur NDR-Auflösung läßt sich inzwischen nicht mehr nachzeichnen, privatwirtschaftliche und staatlich-bürokratische Interessen verflechten sich, auch in der Propaganda. So wird beispielsweise nach wie vor unterstellt, »daß das öffentlich-rechtliche Monopol der Rundfunkanstalten im Schnitt aller deutscher Länder die SPD/FDP-Koalition insgesamt bevorzuge«¹⁸ und diese Behauptung zur Legitimierung des Staatseingriffs herangezogen. Ernst Albrecht scheute sich sogar nicht, die Mehrheit der Redakteure als »marxistisch und damit atheistisch« zu bezeichnen, um damit und mit dem Versprechen eines »christlichen Kanals« Bündnispartner auch bei reaktionär-religiösen Vereinigungen zu bekommen.¹⁹ Eine andere, häufig vortragene Formel lautet: Konkurrenz belebt das Geschäft. Dieses aus der Marktwirtschaft entlehnte Credo soll sogar »mehr Menschlichkeit im Fernsehen« garantieren.²⁰ Als Beispiel wird das englische System bemüht, das neben dem BBC seit 1955 einige private Sender kennt. Die These von der Konkurrenz ist allerdings auf keiner Ebene zu halten. Nicht Konkurrenz belebt das Geschäft, sondern das Markt-Monopol. Nicht Konkurrenz-Verhalten führt zu mehr Menschlichkeit, sondern das solidarische Miteinander. Konkurrenz, das »mörderische Spiel des Marktes«, verschmutzt hingegen die »kommunikative Umwelt in unerträglicher Weise«.²¹ Privatkapitalistische Programm-Macher dürften kaum das rigide britische Kontrollsystem für die privaten Rundfunkanstalten akzeptieren.²² Wenig bekannt ist, daß in England mehrere Kommissionen des Unterhauses Defizite in der Programmversorgung feststellten, die u.a. aus einer zunehmenden Geldknappheit des BBC resultieren, weil dem Sender angesichts kostenloser Verbeitung der werbefinanzierten Privatsender die notwendigen Gebühren-Erhöhungen verweigert wurden.²³

Bevor Aussagen über die Auswirkungen privatkapitalistischer Programmkonkurrenz gemacht werden, sollen neue Medien vorgestellt und in Hinblick auf die CDU/CSU-»Doppelstrategie« untersucht werden.

Alte Medien — neue Technik

1. Videotext

Videotext ist kein neues Medium, sondern eine Weiterentwicklung des schon vorhandenen Fernsehprogramms. Es übermittelt Schrift über die sogenannte Austastlücke des Fernsehbildes, jenem schwarzen Streifen, der beim »durchlaufenden« Fernsehbild gesehen werden kann. Videotext kommt auf den Bildschirm mit Hilfe eines zusätzlich einzubauenden Umwandlers (Decoder); der Benutzer kann per Videotaste z.B. den Wetterbericht, Sportergebnisse, Kurznachrichten, Untertexte für Hörbehinderte oder Kurzfassungen von Fernsehspielen abrufen. Nach Meinung aller Länderregierungen ist Videotext nicht Presse, son-

dem Rundfunk²⁴, weil er über Antenne empfangen, also von den Rundfunkanstalten ausgestrahlt wird. Die Verlegerverbände meinen hingegen, es handele sich um ein »Lesemedium« mit Konkurrenz zur Zeitung und sie fordern, mit eigenen Redaktionen Nachrichten und Überschriften des nächsten Tages einblenden zu dürfen. Der noch 1980 bundesweit ausgestrahlte Videotext wird auf der Basis eines Kompromisses »pressefreundlich« sein, d.h. die Rundfunkanstalten verzichten auf die Übermittlung von Nachrichten.

2. Bildschirmtext

Der medienpolitisch bedeutsame Unterschied zum Videotext besteht darin, daß Bildschirmtext über Telefonkabel zum Benutzer kommt. Am Ende der Leitung steht für jeden der beiden Pilotprojekte in Düsseldorf/Neuss und Berlin-West je ein Computer der Bundespost (in späteren Phasen sollen es mehrere miteinander gekoppelte sein) mit enormen Speicherkapazitäten. Verfügt der Videotext über 1200 »Seiten« Inhalt, werden es beim Bildschirmtext im Versuchsstadium 15 bis 20000 sein, die ohne weiteres auf 140000 erweitert werden können. Die hohe Kapazität entspricht der Menge der Aufgaben, die der Bildschirmtext übernehmen soll. Die möglichen Dienste lassen sich unterteilen in

- Informationen für mehrere,
- Informationen für den einzelnen und
- Verbindung zum Computer.

In der Erprobungsphase, die ab Mitte 1980 laufen soll, aber sicher erneut verschoben wird, werden zunächst nur Informationen für mehrere angeboten. Denkbar für Bildschirmtext sind alle jetzt schon verfügbaren Informationen der Bundespost, des gesamten Dienstleistungsbereichs inklusive der privaten Anbieter (Theater, Apotheken, Gaststätten, Bibliotheken, Reisebranche, Versicherungen) sowie der Nachrichtenagenturen und der Branchenanzeigen der Tagespresse. Über einen Suchbaum kann der Benutzer sich die gewünschte Information erschließen. Nötig ist dazu ein Modem (eine Verbindung zwischen Telefon und Farbfernseher) und ein Ortsgespräch zum Computer. Der Benutzer zahlt ein Ortsgespräch sowie eine monatliche Gebühr für das Modem und einen Beitrag von 1 bis 99 Pfennig pro abgerufenen Seite. Weil Bildschirmtext auch Anzeigen in seinem Programm anbieten wird — die Beteiligung kommerzieller Anbieter steht hier also außer Frage —, stellt sich nunmehr das gewohnte Verhältnis auf den Kopf: Der Bildschirmtext-»Leser« bezahlt für Werbung, nicht die werbetreibende Industrie. »Informationsanbieter«, zu denen auch die »Anzeigenanbieter« gehören, zahlen nur einen Mietpreis von wenigen Mark pro Seite und Jahr. Die Bundespost hat keinen Einfluß auf die Auswahl der Anbieter, auf die Höhe der vom Benutzer zu zahlenden Gebühr pro Seite und auf seinen Inhalt. Eine gewisse Kontrolle werden die Regierungen von Berlin und Rheinland-Pfalz ausüben, die Lizenzen zur Teilnahme am Bildschirmtext bzw. Kabelfernsehen verteilen. Diese Praxis sieht auf den ersten Blick demokratisch aus, widerspricht aber dem Grundsatz der »Staatsfreiheit« von Rundfunk. Die Informationen für

den einzelnen (1980 noch nicht angeboten) werden später im wesentlichen die Möglichkeit beinhalten, per Rückkanal und Eingabetastatur einen Konsumwunsch sofort dem Anbieter mitzuteilen; sei es an ein Großversandhaus, das seine gesamte Kollektion auf Bildschirmtext-Seiten abrufbereit hält oder an das Feinkostgeschäft um die Ecke, das ein günstiges Saisonangebot anpreist.

Die Verbindung zum Computer ist in erster Linie interessant für Dienstleistungsunternehmen mit Filialnetz. Der Computer der Bundespost übernimmt die Speicherung von Unternehmensdaten, die von Filiale zu Filiale über Telefon vermittelbar sind. Als Benutzer kommen in Frage: Versicherungen, Banken, Verlagsauslieferer, Versandhandel, Reisebranche. Der Vorteil für die Unternehmen liegt in der papierfreien Kommunikation, sämtliche Routinebuchungen, Bestellungen oder Kundenkarteien ließen sich über Bildschirmtext abwickeln und führen. Die Bundespost rechnet, daß sich etwa 50 Prozent aller Geschäftsbriefe über Bildschirmtext transportieren ließen. Die Auswirkungen auf die Zahl und Qualität der Arbeitsplätze in diesen Unternehmen lassen sich kaum abschätzen, doch kann schon jetzt von einer Arbeitsplatzvernichtung großen Stils gesprochen werden, sollte Bildschirmtext nach den vorliegenden Plänen verwirklicht werden.

3. *Kabelfernsehen*

Auch im Falle von Kabelfernsehen gebar die technische Möglichkeit die Idee von seiner ausufernden Benutzung. Ursprünglich diente die Verkabelung von Häuserblocks zum besseren Empfang der Rundfunkprogramme im Sendeschatten hoher Häuser oder Berge. Vorgeschaltete Empfänger und Entzerrer geben ein brillantes Bild. Mit Hilfe eines Parabolspiegels ließen sich von Satelliten reflektierte Programme empfangen. Ein Satellit verarbeitet heute vier Fernsehprogramme und 20 UKW-Programme oder einen fünften FS-Kanal. Durch Breitbandkabel könnten bis zu 30 Programme mehr für den verkabelten Empfänger abrufbar sein. Der erste bundesdeutsche Satellit im Rahmen des Projekts »Eurosat« mit einem Versuchsprogramm für zunächst 10000 speziell ausgerüstete Haushalte wird allerdings nicht vor 1984 fliegen; Radio Luxemburg will seinen 1982 starten. Die Verkabelung war ursprünglich für elf Städte flächendeckend geplant. Aufgrund der sehr hohen Investitionskosten, die die Bundespost, also der Steuerzahler, vorzustrecken hätte, wurden die Vorhaben drastisch gestrichen. Übrig blieben zwei verschiedene Pilotprojekte: Im Raum Mannheim-Ludwigshafen für 20000 rheinland-pfälzische Haushalte, kontrolliert von einer öffentlich-rechtlichen »Anstalt für Kabelkommunikation« und mit privaten Programmanbietern, in West-Berlin ebenfalls unter öffentlich-rechtlicher Regie, aber offenbar ohne private Programm-Macher, für 10000 Haushalte.

Kabelfernsehen eröffnet die Möglichkeit für lokales Fernsehen. Zeitungsverleger und CDU haben vehement ihren Anspruch auf diese Programmform geltend gemacht, auch hier mit dem Argument der »Auflockerung des öffentlich-rechtlichen Monopols«. Im Gespräch ist aber auch ein(!) »offener Kanal« für

»Freie Gruppen«, die Programm nach eigenen Vorstellungen machen. Die neue Technik eröffnet also ambivalente Möglichkeiten der Nutzung, die zwischen dem Zwang von Zeitungskonzernen zur profitablen Kapitalverwertung und einer herrschaftsfreien, bürgernahen Kommunikation schwanken. Fest stehen dürfte, daß die Mehrzahl dieser Programme durch Werbung finanziert werden müssen, um vom Benutzer politisch nicht opportune Gebührenerhöhungen fernzuhalten. Bemerkenswert auch hier die Verflechtung des Staatsbetriebes Bundespost mit der elektronischen Industrie. Die öffentliche Hand trägt die investiven Vorleistungen und das Risiko für den allmählichen Ausbau der Verkabelung. Die Profite, sollte es welche geben, machen die Unternehmen. Zunächst durch die Lieferung der Leitungstechnik, später vielleicht auch durch die Kommerz-Programme und Kabel-Dienste.

Teletotalität — die Angst vor den Folgen

Der Zweck kommerziellen Fernsehens besteht darin, »potentielle Verbraucher an Werbefirmen zu verkaufen, und zwar in Bündeln zu je Tausend zum Preis von zwei bis 12 Dollar je Programm-Minute«. ²⁵ Die Aufgabe des Kommerz-Fernsehens besteht deshalb darin, durch möglichst hohe Einschaltquoten der Konsumgüter- und Dienstleistungsindustrie einen idealen Markt von Konsumfähigen zu präsentieren. Das Arrangement um die Werbung herum, die Unterhaltung, ist nur scheinbar kostenlos; der Zuschauer zahlt mit Geld beim Konsum und mit Zeit beim Fernseh-Schauen. Diese Zeit, die der Fernsehzuschauer kostenlos abgibt, verkauft das kommerzielle Fernsehen mit Millionengewinn an die werbetreibende Industrie. Als Folge des über Werbung finanzierten Fernsehens wird von Gewerkschaften und Sozialdemokratie allgemein eine Programmverflachung erwartet. Keine Untersuchung über Erfahrungen mit Privatfernsehen in anderen Staaten konnte eine verstärkte Programmviefalt im Sinne der Benutzer oder eine allgemeine, dauerhafte Qualitätssteigerung feststellen. Vielmehr führte die Konkurrenz zu einer Umorientierung des Angebots zu mehr Unterhaltung — zu Lasten der Information, Bildung und »Minderheitenprogramme«. Britische, belgische und italienische Beispiele zeigen, daß nicht-kommerzielle Veranstalter sich der kommerziellen Konkurrenz mit ihrem Primat der Einschaltquorate anpassen. »Nicht qualitative Vielfalt, sondern 'additive Vielheit' mit weitgehend homogenen Inhalten ist das Ergebnis.« ²⁶

Die tatsächlichen Auswirkungen eines an den kommerziellen Interessen der werbetreibenden Industrie und den politischen Interessen einer konservativen Staatsführung ausgerichteten Programmviefalt erschließt sich erst, bezieht man die Wirkung des Fernsehens und die Bindung der Bevölkerung an das Medium mit ein. Über die Wirkung von Programmen auf den Zuschauer läßt sich, trotz vielfacher Erklärungsversuche, nur spekulieren. Die bloße Anwesenheit eines Politikers auf dem Bildschirm steigert nicht automatisch seine Beliebtheit, wie die CDU/CSU behauptet. Andererseits kann das Verschweigen kritikwürdiger Tatbestände dem Zuschauer eine heile Welt vorgaukeln, die so nicht existiert.

Nach Horst Holzer gibt das Fernsehen die Dimension vor, sozusagen einen Themen-Rahmen, innerhalb dessen die Familie diskutiert. Was in diesem Rahmen nicht vorkommt, verschwiegen oder unterdrückt wird, hat auch keinen Eingang in das Bewußtsein der Zuschauer.²⁷

Untersuchungen über die Bindungen des Zuschauers an das Fernsehen ergeben ein geradezu katastrophales Bild. US-amerikanische Studien belegen eine drogenartige Abhängigkeit. Der Zuschauer ist einer bizarren, aktionistischen Bilderwelt ausgesetzt, die ihn — wäre sie Realität — zum Wahnsinn treiben würde. In der Formel von der »Faszination und Langeweile« drückt sich das krasse Mißverhältnis zwischen absoluter körperlicher Passivität und Überreizung der Sinne aus. Das Leben wird langweilig und Fernsehen interessant. Besonders bei Kindern ist eine Deformation ihrer Persönlichkeitsentwicklung feststellbar: bis hin zu völligem Realitätsverlust und Verlust der Motorik, auf der anderen Seite unkontrollierte Aggressivität und Unfähigkeit zu sozialem Verhalten. Bei mehr Programmvielfalt werden Zuschauer die seichten, anspruchs- und problemlosen Inhalte wählen. Das ist ein durchaus erwünschtes Ergebnis der konservativ-autoritären Bemühungen um ein kommerzielles Fernsehen. Es wird mit dem populären Hinweis auf »mehr Freiheit in der Programmauswahl« der Bevölkerung nahegelegt. Eine kritische Berichterstattung ist dann weder erwünscht, noch möglich, noch nötig. Die andere Seite der Medaille, die zunehmende Unfähigkeit zu sozialem Verhalten, die latente Unzufriedenheit mit dem Fernsehen als vorherrschendes Mittel zur Reaktivierung der Arbeitskraft und die dumpfe Wut über den eigenartigen Dämmerzustand vor dem Fernseher, der sich beim Bundesbürger im Schnitt täglich über zwei Stunden hinzieht — all das verlangt auch nach einer Lösung. Das interessenverschränkte Staats- und Privatfernsehen wird deshalb über die gesendeten Programminhalte versuchen, den Wunsch nach selbständiger Organisation und Durchsetzung von Interessen über Bürgerinitiativen oder Gewerkschaften als aussichtslos hinzustellen. Als Ausgleich wird die vermeintliche Freiheit des Konsums geboten. Das geschieht beim voll entwickelten Kommerzprogramm durch penetrante Allgegenwart von Werbung. Die letztgenannte Funktion — Konsumanreiz und überhöhtes Gebrauchswertversprechen als Kompensation für eine zunehmend sinnlose Lebenspraxis — gilt auch für die neuen Medien, besonders den Bildschirmtext. Die übrigen Auswirkungen in diesem Bereich lassen sich nur vermuten: Datenschutzprobleme³⁰, massenhafte Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, zunehmende Isolierung des Nutzers.³¹

Was ist zu tun?

An dieser Stelle muß zunächst die Aussage über den nicht vorhandenen Bedarf an neuen Programmen und Medien relativiert werden. »Bedarf« im Sinne kommunikativer Bedürfnisse ist da. Davon zu unterscheiden ist die demoskopisch festgestellte gewisse Bereitschaft, Geld dafür ausgeben zu wollen. Das Interesse der Konzerne der Unterhaltungselektronik und der kommerziellen Pro-

grammhersteller fällt also nicht zusammen mit dem Interesse des potentiellen Nutzers. Aber selbst der »Bedarf«, der sich als kaufkräftige Nachfrage äußert, ist nur schwach entwickelt. Der englische Bildschirmtextversuch »Præstek« hat im Großraum London mit seinen 10 Millionen Einwohnern nur 1600 Interessenten anziehen können.³³ Auch in West-Berlin ist das gesetzlich festgelegte Limit von 1000 Anbietern und 2000 Benutzern noch nicht ausgeschöpft.³³

Anders sieht es beim kommerziellen Fernsehen aus. Hier kann der Anbieter auf Erfahrungen mit dem eingeführten Medium Fernsehen zurückgreifen. In der Verteilung der Zugangschancen zum Medium liegt eine wesentliche Wirkungsvoraussetzung antidemokratischer Strategien. Die CDU/CSU strebt ein tendenzielles Informationsmonopol ihrer eigenen Partei, der werbetreibenden Industrie und der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger an. Warum ausgerechnet die Verleger, die die bundesdeutsche Presselandschaft kaputtschrumpften, für eine federführende Beteiligung an neuen Programmen prädestiniert sein sollen, leuchtet nicht ein. Angesichts der Pressekonzentration und der damit verbundenen Verringerung der Meinungsvielfalt, muß Rundfunk eine Ergänzung zur Presse sein. Zeitungs- und Zeitschriftenverleger am Rundfunk zu beteiligen, würde die Monopolisierung der Meinung verstärken.³⁴

Ein Informationsmonopol kann nur durch die öffentlich-rechtliche Strukturierung des Rundfunks und neuer Medien mit einer Zugangsgarantie für alle gesellschaftlichen Gruppen verhindert werden. In diesem Sinne ist eine Reform des NDR und aller anderen Rundfunkanstalten zu betreiben. »Staatsferne« ist bereits jetzt für die meisten Sender eine Fiktion. Der Staatseinfluß in ihren Gremien ist zu groß. Die CDU hat zwar die Tür für das kommerzielle Fernsehen und den staatstreuen Rundfunk geöffnet, doch das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen.³⁵ Verkehrt wäre es, wie große Teile des DGB und der SPD dies praktizieren, die Ergebnisse von Prozessen vor dem Bundesverwaltungsgericht und Bundesverfassungsgericht sowie zu erwartender Normenkontrollverfahren abzuwarten. Der Erfolg liegt in der politischen Aktion. Die neuen Medien werden im Prinzip nicht zu verhindern sein, doch wäre es falsch, in Kulturpessimismus zu versinken. Es gibt genug soziale und politische Errungenschaften zu verteidigen und die neuen Medien bieten sogar eine Fülle neuer Informations- und Unterhaltungsmöglichkeiten für alle Arbeitnehmer. Es kommt allerdings darauf an, wer das Sagen haben wird. — Es ist deshalb zu verwirklichen:

— »Um frei vom Druck profitorientierter Gruppen- oder Einzelinteressen arbeiten zu können, muß der Rundfunk auch weiterhin ausschließlich öffentlich-rechtlich organisiert sein...

— Aus dem gleichen Grund darf auch das Kabelfernsehen nicht in private Hand geraten... Kabeltransportwege gehören in die Hand der Bundespost, Kabelprogramme in die Hände der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.«³⁶

— Eine wissenschaftliche Begleituntersuchung hat sich bei der Bewertung der Pilotprojekte nicht auf das kommerzielle Interesse etwaiger Anbieter, sondern an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren.

— Die Teilnahme an den Pilotprojekten darf nicht auf ökonomisch privilegierte beschränkt sein.

— Die Angebote von Bildschirmtext und Videotext müssen von allgemeiner gesellschaftlicher Relevanz sein; Verleger sind wie jeder andere Anbieter zu behandeln.

— Neue Medien dürfen sich nicht negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken; durch Verhandlungen müssen die arbeitsplatzvernichtenden Auswirkungen von Bildschirmtext verhindert werden.

— Datenschutzprobleme sind vor dem Start von Pilotprojekten zu lösen.³⁷

Über gewerkschaftliche Forderungen hinaus:

— Die Reform der Aufsichtsgremien von Rundfunkanstalten muß in Angriff genommen werden; Zurückdrängen des Parteieneinflusses und Aufnahme neuer »gesellschaftlich relevanter Gruppen« wie »Grüne«, Bürgerinitiativen oder Mitglieder der Frauenbewegung.

— Die Regionalisierung des Rundfunks ist voranzubringen zur besseren Berücksichtigung der Belange der Bürger durch Partizipation.

— Die im Rundfunk Beschäftigten müssen die Solidarität der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften spüren, sollte das konservativ-autoritäre Lager wieder kritische Journalisten zu verunsichern suchen. Genauso muß aber auch kritisiert werden, wenn die Rundfunkanstalten sich schon im Vorfeld einer möglichen kommerziellen Konkurrenz niveaumäßig nach unten anzupassen versuchen.³⁸

Anmerkungen

- 1 »Neue Medien« sind eigentlich gar nicht neu. Videotext, Bildschirmtext und Kabelfernsehen — von ihnen soll hier die Rede sein — erweitern lediglich die Anwendungsmöglichkeiten des Farbfernsehers (Schwarz-weiß-Fernseher mit erweiterter Technik werden nicht angeboten), wenn auch beträchtlich. Der Begriff »neue Medien« dient hauptsächlich dem Zweck, weiterentwickelte Technologie vom Medium Rundfunk abzusetzen und damit von entsprechenden rechtlichen Regelungen von vornherein auszunehmen. Ich verwende den Begriff trotzdem, weil er sich inzwischen eingebürgert hat.
- 2 Darunter sind alle gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kreise mit entsprechender Politik und Geisteshaltung zu verstehen.
- 3 Diese Entwicklung kann hier natürlich nur verkürzt dargestellt werden. Zu berücksichtigen wären beispielsweise auch Versuche zur politischen Repression oder Einschränkung der Tarifautonomie.
- 4 Praktisch seit 1950, seitdem die Programmhoheit von alliierte in deutsche Hände übergang.
- 5 Beispielsweise anlässlich einer Anhörung zum Kabelfernsehen vor dem kulturpolitischen Ausschuß des rheinland-pfälzischen Landtages im Dezember 1979.
- 6 Bertolt Brecht hat auf diesen Zusammenhang schon 1932 bei der massenhaften Einführung des Hörfunks hingewiesen. Siehe B. Brecht: Rede über die Funktion des Rundfunks, in: Prokop (Hrsg.): Massenkommunikationsforschung, Bd. 1, Fischer-Tb, 1972.
- 7 Zit. n. Hermann Meyn: Massenmedien in der Bundesrepublik, überarb. Neuauf., Berlin 1979, S.100.
- 8 Und zwar auf zwei entgegengesetzten Gebieten. Einmal für den regionalen und kommunalen Bereich durch hohe Frequenzen mit geringer Reichweite und dem Kabelfernsehen, zum anderen überregional bzw. überstaatlich durch Satellitenfernsehen.

- 9 Zwischen Veröffentlichung des Entwurfs und seiner Unterzeichnung lagen nur zwei Wochen. Die Texte wurden nicht einmal in den Regierungen der Länder diskutiert, sondern direkt und ausschließlich zwischen Stoltenberg und Albrecht ausgehandelt. Siehe »Die Feder«, Organ der dju, 3/80.
- 10 Betonung der Macht des Staatsapparats.
- 11 Vertragsanalyse von M. Neuffert in FR v. 27.2.80; Vertragstext in FR v. 19. und 20.2.80.
- 12 »Wird die Rechtsverletzung nicht innerhalb einer von der die Aufsicht führenden Regierung zu setzenden Frist behoben, so weist diese den NDR an, im einzelnen festgelegte Maßnahmen auf Kosten des NDR durchzuführen.«
- 13 »Der NDR kann Videotext zur Erläuterung und Begleitung seiner Programme mit Zustimmung der Regierungen der Länder nutzen. Eine Nutzung von Videotext darüber hinaus und durch andere Veranstalter ist im gesamten Sendegebiet zulässig, soweit dies durch Staatsvertrag der Länder vorgesehen ist; die Nutzung von Videotext, die sich auf das Gebiet eines Landes beschränkt, richtet sich nach Landesrecht.«
- 14 »Der NDR wird die zur Ausstrahlung eines Hörfunkprogramms erforderlichen UKW-Frequenzen auf Verlangen der Regierung eines Landes ... nicht mehr nutzen und beanspruchen.« — Abs. 2: »Der NDR wird die Sendungen eines anderen Veranstalters, dem die ... genannten Frequenzen zugeteilt sind, auf dessen Antrag ... ausstrahlen ... Dem NDR werden die für die Ausstrahlung der Sendungen anfallenden Kosten ... erstattet.« — Abs. 5: »Die ihm (dem NDR) ... zugeteilten Frequenzen, die er nicht zur Ausstrahlung der Programme ... dauernd genutzt hat, wird er nicht mehr beanspruchen und nützen, wenn und soweit die Regierung eines Landes dies ... verlangt.«
- 15 Die in Kiel formulierten Programmrichtlinien für die journalistische Arbeit waren ursprünglich noch wesentlich enger gefaßt und werfen — obwohl sie letztlich nicht berücksichtigt wurden — ein Licht auf den ideologischen Stand des konservativ-autoritären Lagers. Im Entwurf hieß es noch, die NDR-Redakteure haben »einen aktiven Beitrag zur Aufrechterhaltung der vom Grundgesetz geschützten sittlichen Wertordnung« zu leisten. Ferner sollten sie für die »Einheit Deutschlands« eintreten und »die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit nicht überwiegend unter Konfliktgesichtspunkten« darstellen, obwohl doch bereits die »Einheit Deutschlands« ein Konfliktpunkt ist und »Konflikt« eines der wichtigsten journalistischen Kriterien dafür ist, daß eine Nachricht überhaupt in Massenmedien berücksichtigt wird.
- 16 Das NDR-Defizit betrug 1977 75 Mill. DM laut ARD-Jahrbuch 78, in: Hermann Meyn, Massenmedien in der Bundesrepublik, Berlin 1979. Vom Zusammenbruch des ARD-Finanzausgleich wäre besonders der Sender Freies Berlin betroffen. Er erhielt 1977 zusätzlich 46 Mill. DM.
- 17 Hamburg als Stadtstaat und Millionenstadt verfügt nun einmal über gesellschaftliche Einrichtungen wie Hochschulen, Theater, Opern, den Hafen, Anbannung von Großindustrie usw., die zwangsläufig die Aufmerksamkeit vom Agrarland Schleswig-Holstein abziehen.
- 18 Der Fraktionschef der Berliner CDU im Berliner Abgeordnetenhaus in einer Debatte über neue Medien am 9.11.1979.
- 19 Ernst Albrecht Mitte Februar vor dem 7. Kongreß der »Europäischen Ostmissionen« in Braunautal. Der neue Staatsvertrag, ein Akt der Katharsis, die Reinigung des Tempels Rundfunk von Ungläubigen?
- 20 So der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Binkowski, im Rheinischen Merkur laut »medium« vom Oktober 79, S.9.
- 21 So der Vorsitzende der Journalisten-Standesorganisation DJV, Buchwald, auf einer medienpolitischen Tagung der SPD im November 1979 in Bonn.
- 22 Die Aufsichtsbehörde IBA vergibt und entzieht Sendelizenzen, überwacht die Programmplanung und achtet darauf, daß in den Beiträgen der einzelnen Stationen die Überparteilichkeit gewahrt bleibt und den ungeschriebenen Gesetzen des guten Geschmacks und der Schicklichkeit gefolgt wird. Was geschmackvoll und schicklich ist, weiß man halt.

- 23 Angaben aus »medium« 10/79, S.9.
- 24 Laut Berliner Senatspressedienst vom 16.10.79.
- 25 Der Amerikaner David Cook zitiert seinen Landsmann Lee Brown von der New York Times in »medium« 2/80, S.28.
- 26 Henrik Schmidt in »medium« 10/79. Siehe auch: Frankfurter Rundschau v. 17.12.79, S.11.
- 27 Horst Holzer: Politik und Unterhaltung in den Massenmedien — Reaktionen des Publikums, in: Prokop (Hrsg.): Massenkommunikationsforschung, Bd.2, Frankfurt/M. 1973; vgl. auch Holzers Aufsatz in: Massen-Medien-Politik, Argument-Verlag, Karlsruhe 1976.
- 28 Dieter Prokop: Faszination und Langeweile — Die populären Medien, Stuttgart 1979.
- 29 Rainer Kabel im Berliner »Tagesspiegel« über US-amerikanische Studien, 24.2.80 und Peter Crome in der FR über japanische Beobachtungen.
- 30 Es besteht die Gefahr, »Konsumprofile« für jeden Benutzer zu erstellen, bis hin zur Auflistung von ausgeliehenen Büchern und Intimartikeln.
- 31 Selbst der Gang zum Kaufmann wird durch elektronische Bestellung entbehrlich.
- 32 Siehe Fachdienst epd — Kirche und Rundfunk, 12.1.80.
- 33 Leistungsfähigkeit und geschäftlicher Nutzen scheint den anbietenden Unternehmen suspekt, und dem einzelnen Nutzer ist der Versuch zu teuer: Ein neuer Farbfernseher zu 2200 Mark ist notwendig.
- 34 So die AG Publizistik der IG Druck und Papier in einer Presseerklärung vom 10.2.1976.
- 35 Sollte es tatsächlich zur Auflösung des NDR kommen, hätte sich Albrecht und Stoltenberg bis zum letzten Schreibtisch mit dem Widerstand leistenden Hamburg zu einigen. Nicht einmal den Namen NDR dürfte die Zwei-Länder-Anstalt für sich benutzen. Siehe Frankfurter Rundschau vom 6.2.1980.
- 36 Aus der Entschließung 26 des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall 1977.
- 37 Diese Forderungen sind zusammengestellt aus der Stellungnahme des Landesbezirks Berlin der Deutschen Journalistenunion zum Gesetzentwurf über die Erprobung von Bildschirmtext in Berlin, 17. Februar 1980.
- 38 Das gilt beispielsweise für die Sylvester- und Karnevalssendungen.

aktuell:
 zur Grundsatzergebnisdiskussion
 des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Hans Willi Weitzen

WIRTSCHAFTS- DEMOKRATIE HEUTE ?



**KONZEPT
KRITIK
KONSEQUENZ**

dvk

Reihe Gewerkschaften

Nr. 1

Bestellungen über:
 DVK-Verlag GmbH · Gielower Str. 32 · 1000 Berlin 47

Zur Diskussion gestellt:

»Betr.: Leserkritik zu *spw*-Nr. 6

Liebe *spw*-Macher,

es sei mir verziehen, aber ich habe die letzte *spw*-Nr. 6 mal nach einigen kritischen Gesichtspunkten auseinandergenommen. — Als erstes habe ich mich an die »Urheber« der ganzen Sache, an die Artikelschreiberlinge herangemacht. Dabei fiel mir zunächst einmal der erlauchte Kreis der Diplomierten und Doktoranden auf, unter den ich mich da gemischt hatte. Es gaben sich in jener Ausgabe Nr. 6 nicht weniger als 11 Studierende von zwölfen (Genosse Wolf hat doch wohl auch studiert, oder?) die Hand, um über Probleme der Linken im allgemeinen, des Sozialismus im besonderen und auch (aber am Rande) der Gewerkschaften (Arbeiterklasse) sich zu unterhalten. Immerhin war ja auch die Hälfte der Schreiber »organisiert«, öffentlicher Dienst (GEW/ÖTV) versteht sich fast von selbst.

Daß Berlin immer noch, wenn auch nur noch die geistige Hauptstadt der Republik ist, bemerken wir an der stattlichen Anzahl von nicht weniger als 8 Berliner Schreibern. — Die Genossinnen werden im Zuge der fortgeschrittenen Frauenemanzipation auch »nach und nach« am Inhaltlichen beteiligt, wenigstens für 2 trifft das zu. — Damit kommen wir aber schon zum Hauptsächlichen, mit Hilfe derer Politik nicht erst seit heute verständlich gemacht wird: der Sprache. — Und die ist bei Euch, um es schlicht zu sagen, »unmöglich«. Entweder wollt Ihr in einem Club von Spezialisten und Freunden der Theoriediskussion unter Euch bleiben, oder Ihr wollt es nicht, bemerkt nur nicht den schlimmen Zustand, in dem Ihr Euch bereits befindet. Manchmal erscheinen mir die Artikel von der Wortwahl und vom Satzbau her so gewollt verkompliziert, daß man/frau meint, es gelte, bestimmte Maße in dieser Richtung zu erfüllen, um in Euren erlauchten Kreis aufgenommen zu werden. — Nichts für ungut, eine klare, einfache Sprache ist halt oft schwieriger und erfordert mehr Nachdenken als ein hingeklotztes, wissenschaftlich aufgemachtes Papier nach dem Motto: »Vogel friß oder stirb«. Nur das einfache Geschriebene (heißt *nicht*: »schlechtere«, oder weniger qualifizierte) wird halt von *mehr* Leuten verstanden und nützt uns darum auch in der politischen Auswirkung *mehr*.

Ermöglicht es also durch eine einfachere, verständlichere Sprache, daß sich Genoss(inne)n an der inhaltlichen Diskussion beteiligen, die sich aufgrund ihrer Ausbildung und fehlender Zeit weniger gewählt ausdrücken können, aber durchaus auch inhaltlich etwas beizutragen haben (erläutert unbedingt notwendige, aber nicht gebräuchliche Fremdworte)!

In der jetzigen Aufmachung könnte ich *spw* an höchstens 20 Genossinnen und Genossen im Unterbezirk Frankfurt der Falken weitergeben. Vom Inhalt her sollten es aber möglichst noch weitere 80 Genoss(inn)en in die Finger bekommen, die es *so* nicht verdauen können und m.E. auch nicht sollen. — Ich bitte Euch daher *alle* (Schreiberlinge, Redakteure, Aktive), Eure sicherlich wichtigen Beiträge in Zukunft einmal nach dieser Kritik zu überdenken und sie so zu schreiben, daß alle *spw*-interessierten Sozialisten sie verstehen können.

In diesem Sinne hoffe ich, nicht für den Papierkorb geschrieben zu haben und erwarte ein möglichst positives Echo für die nächste *spw*.

Mit lieben sozialistischen Grüßen, Freundschaft! gez. Rüdiger Deißler (Frankfurt).

P.S. Einige Angaben zu mir: Baujahr 1956; gelernter Großhandelskaufmann, z.Zt. Speditionsangestellter, ÖTV, DFG-VK, VVN, Vorsitzender der SJD — Die Falken — UB Frankfurt/Main.

Bernhard Pollmeyer

Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

Die zweite Fassung der Herforder Thesen

Nicht zuletzt durch die breite Resonanz ermutigt, die die *Herforder Thesen* seit ihrer Herausgabe im Mai 1978 sowohl in der SPD als auch in anderen Teilen der bundesrepublikanischen und westeuropäischen Linken erfahren haben, wird in diesem Monat die zweite Fassung der Diskussionsplattform von den Jungsozialisten im Bezirk Ostwestfalen-Lippe herausgegeben. Nach fast drei Jahren intensiver Arbeiten und Diskussionen rund um dieses »Projekt«, an dem sich über den Bezirk OW-L hinaus eine Reihe von marxistisch orientierten Vertretern auch aus anderen SPD-Landesverbänden und Bezirken wie zum Beispiel Berlin und Hamburg beteiligt haben, ist damit ein für die nächste Zukunft abschließender Zwischenschritt auf dem Weg zu einer umfassenden und in sich geschlossenen Strategiebestimmung von Marxisten in der bundesrepublikanischen Sozialdemokratie geleistet worden.

Unter Beibehaltung des methodischen Prinzips der ersten Fassung der *Herforder Thesen* verfolgt die Gliederung, der argumentative Aufbau und die innere Struktur auch der zweiten Fassung das Ziel, ausgehend von der Beschreibung und Analyse der grundlegenden Merkmale des ökonomischen Systems, der inneren Krisenhaftigkeit wie der weltweiten Krise der entwickelten kapitalistischen Industrieländer allgemeine und für die Bundesrepublik konkretisierte strategische Zielsetzungen abzuleiten. In deren Mittelpunkt steht der programmatische Leitgedanke des »demokratischen Weges zum Sozialismus«. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt worden ist¹, bedeutet dies den Versuch, an die von Marx erarbeitete Analyse der bürgerlichen Gesellschaft, insbesondere die Kritik ihrer politischen Ökonomie, anzuknüpfen und mit Hilfe der entwickelten und für die Gegenwart fruchtbar zu machenden Kategorien strategische Positionsbestimmungen und konkrete Handlungsanleitungen für die Arbeit von Marxisten in und mit der SPD zu gewinnen. Entlang der Gliederung der überarbeiteten und wesentlich erweiterten *Herforder Thesen II* sollen im folgenden einige zentrale Elemente des beschrifteten Weges vorgestellt werden.

War die Einleitung der ersten Fassung notwendigerweise stark an die Herausarbeitung des Entstehens und der programmatischen Entwicklung des marxistischen Flügels bei den Jungsozialisten seit ihrer Wende 1969 sowie an die Darstellung der Geschichte und der Charakteristika der *Vereinigten Linken* in der SPD Ostwestfalen-Lippe orientiert, so werden die Thesen diesmal eingeleitet durch eine systematische, nahezu programmatische Dichte erreichende Standort- und Aufgabenbestimmung marxistischer Sozialdemokraten in der BRD zu Beginn der 80er Jahre. Unter Zugrundelegung und in Anknüpfung an die bereits von Marx und Engels vor 130 Jahren im »Kommunistischen Manifest« beschriebenen Merkmale der internationalen kapitalistischen Entwicklung erfolgt die Be-

stimmung des Selbstverständnisses von linken, marxistisch orientierten Sozialdemokraten in der Bundesrepublik. Zum einen arbeiten sie als »Minderheit in einer der ältesten und größten sozialdemokratischen Parteien..., deren Geschichte zunächst stärker als irgendwo sonst von der Aneignung marxistischen Gedankenguts, dann aber auch besonders nachhaltig von deren vermeintlicher Widerlegung und den negativen Auswirkungen der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung geprägt ist.« Zum anderen, heißt es weiter, verstehen sie sich unter Bedingungen, wo im Bewußtsein großer Teile der Lohnabhängigen die Notwendigkeit des Kampfes für einen sozialistischen Krisenausweg unter anderem durch antikommunistische und antisozialistische Vorurteile verschüttet (worden) ist, als »der entschiedenste, immer weitertreibende Teil« ihrer Partei. Sie sehen ihre Aufgabe in der Ausarbeitung einer Vorstellung von den sozialistischen Veränderungsmöglichkeiten der Bundesrepublik, »diese in der SPD und mit ihr zu einem entscheidenden politischen Faktor im Ringen um die Überwindung der kapitalistischen Entwicklungslogik in der Bundesrepublik zu machen und dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anzuknüpfen.« Weder in der Einleitung noch in der Entfaltung ihrer komprimierten Gedankengänge in den Gesamtthesen bestimmt sich diese Aufgabe in nationalstaatlicher Borniertheit, sondern immer auch in Beziehung zu den Kämpfen der westeuropäischen Arbeiterbewegung, zum Emanzipationskampf der abhängig gehaltenen Völker der sogenannten Dritten Welt oder zum Entwicklungsgang und den Entwicklungsproblemen der sozialistischen Staaten.

Ausgehend von einer Beschreibung des ökonomischen status quo in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern erfolgt im 2. Kapitel der *Herforder Thesen* »Grundlegende Krisenmomente des gegenwärtigen Kapitalismus« die detaillierte Herausarbeitung konjunktureller und struktureller Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven sowie eine Analyse des dauerhaften staatlichen Eingreifens in den Wirtschafts- und Reproduktionsprozeß zugunsten des Verwertungsinteresses des Kapitals, die über den abrißhaften Ansatz einer Form- und Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staates der ersten Fassung hinausgeht. Im 6. Kapitel »Für ein sozialdemokratisches Programm der gesellschaftlichen Alternative«, in dem für zentrale Politikfelder in den konkreten Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik programmatische und strategische Handlungsanleitungen für linke Sozialdemokraten vermittelt werden sollen, findet eine Verknüpfung der einzelnen Momente in der ökonomischen und gesellschaftlichen Analyse mit konkreten tagespolitischen Aufgaben zur Begrenzung der Krisenlasten für die arbeitenden Menschen statt. Neben der erforderlichen Unterstützung einer offensiven gewerkschaftlichen Tarifpolitik wird verstärkt auf die Notwendigkeit verschiedener Maßnahmen staatlicher Wirtschaftspolitik im Bereich der Subventions- und Steuerpolitik, des Ausbaus öffentlicher Investitionen und des öffentlichen Dienstes sowie auf die Forderung nach Teilsozialisierungen« eingegangen.

Gehört der politische und gewerkschaftliche Tageskampf zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung auch zu den wichtigsten Aufgaben von linken Sozialdemokraten, so ist er doch zugleich in die Perspektive und Strategie des »demokratischen Weges zum Sozialismus« eingebettet. War dieses Kapitel bereits das Herzstück der ersten Fassung, so werden nunmehr die einzelnen Elemente und Prinzipien des zu beschreitenden Weges zur Durchbrechung der kapitalistischen Verwertungslogik noch exakter und die notwendigen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Transformationsperiode in ihren Linien noch genauer gezeichnet. Bei der Herausarbeitung des »Neuen« der Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus können mit Marx und Engels die Veränderungen in den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen sowie die grundlegenden Erfahrungen der Arbeiterbewegung in den Siegen und Niederlagen ihrer Kämpfe als Basis eines demokratischen und friedlichen Übergangs zum Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern betrachtet werden. Neben der Skizzierung der Unterschiede in den objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen im Vergleich zur Vergangenheit wird dabei die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der sozialistischen Länder wie auch der Ereignisse in Chile als ein nicht minder bedeutsamer Eckpfeiler zur Strategiebestimmung herangezogen. Das Erlangen der politischen Macht für die sozialistischen Kräfte und ihre Bündnispartner entspricht ausdrücklich nicht einer romantischen Vorstellung von »Barrikaden-Minderheitenpolitik«, sondern ist geknüpft an die Entfaltung der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen und einer politisch-inhaltlichen Führungsfähigkeit der Arbeiterbewegung. Wie in der ersten Fassung wird der Demokratisierung der Wirtschaft und damit der Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik dabei ein besonderer Stellenwert beigemessen. Durch die Einarbeitung und Weiterentwicklung des Hamburger Beitrages »Demokratischer Weg zum Sozialismus«² konnten die in diesem Bereich anstehenden Fragen noch konkreter beantwortet werden.

Wesentlich detaillierter und systematischer sind zudem in der zweiten Fassung der *Herforder Thesen* die strategischen Bedingungen des skizzierten Weges aufgearbeitet. Dies betrifft die subjektive Seite des Klassenkampfes, den »Sonderfall« Bundesrepublik als auch unsere spezifischen Arbeitsbedingungen und Arbeitsperspektiven innerhalb der SPD.

Inwieweit die vom Umfang her doppelt so lange zweite Fassung die bei der ersten Veröffentlichung zugestandenen Lücken und Unzulänglichkeiten³ schließen, aufheben und das »Neue« der Strategie der Arbeiterbewegung konkreter, mit den zentralen Elementen eines sozialdemokratischen Programmes der gesellschaftlichen Alternative versehen, für unsere Tagesarbeit in den kurz- und mittelfristigen Klassenauseinandersetzungen fruchtbarer macht, bleibt der Zustimmung wie konstruktiven Kritik in der Partei und interessierten Öffentlichkeit — vor allem aber ihrer Bestätigung in der Schulungsarbeit und praktischen Arbeit von linken Sozialdemokraten vorbehalten.

Anmerkungen

- 1 D. Albers/H. Lienker/K. Neumann/A. Wehr: Antwort an die Kritiker, S.6ff., in: *spw* Sonderheft 1: Für eine sozialistische Perspektive. Zur Diskussion um die Herforder Thesen — Position und Gegenposition, Berlin (West) 1979.
- 2 W. Loewe u.a.: Demokratischer Weg zum Sozialismus, Hamburg 1978.
- 3 D. Albers u.a.: Antwort..., a.a.O., S.5ff.

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

6

DISKUSSIONSSCHWERPUNKT: Ökologiedebatte, NATO-Aufrüstung und SPD-Politik

u.a. mit den Beiträgen:

H. ARNOLD
Ökologische Probleme

G. LINKE u.a.
Mit neuen Werten zum Sozialismus?

K. KRUSEWITZ
Gewerkschaften und Nuklearpolitik

D. SCHOLZ
Kernenergie Diskussion
auf dem Bundesparteitag der SPD

P. BROSCHE
Rüstung und Arbeitsplätze

W. BIERMANN
NATO-»Nachrüstungsbeschluß«
mit P. INGRAO (KPI)

Interview

Einzelheft:

7,70 DM, im Jahresabo 5,— DM
zuzügl. Postversand

Bestellungen über:

spw Vertrieb
Moltkestraße 21, D-1000 Berlin 45

Josef Hindels

Bruno Frei und der Austromarxismus

1. Vorbemerkung

Beim ersten Otto-Bauer-Symposium 1978 in Wien stellte ein italienischer Kommunist die Frage: »Wem gehört Otto Bauer?« Alle Teilnehmer stimmten der Antwort eines österreichischen Sozialisten zu, die sinngemäß lautete: Otto Bauer gehört nicht nur uns Österreichern, sondern allen Marxisten, die sich nicht damit begnügen, den Kapitalismus zu reparieren, sondern in undogmatischer Diskussion um den Weg ringen, der zum Sozialismus führt. Das gilt nicht nur für Otto Bauer, sondern auch für die Geistesströmung des Austromarxismus, deren bedeutendster Denker er war. Die austromarxistische Renaissance in der westeuropäischen Arbeiterbewegung ist kein Zufall. Die Austromarxisten, vor allem Otto Bauer und Max Adler, haben den Sozialisten und Kommunisten der Gegenwart viel zu sagen. Die Schwächen, Irrtümer und Widersprüche des Austromarxismus dürfen dabei nicht aus Pietät vor seinen toten Repräsentanten verschwiegen werden. Aber es zeigt sich, daß auch aus dem, was die Austromarxisten falsch gemacht haben, noch viel zu lernen ist.

Dazu ein persönliches Erlebnis: Käthe Leichter, eine austromarxistische Frauenfunktionärin, die später in Auschwitz vergast wurde, hat in den Jahren der faschistischen Bedrohung Österreichs Otto Bauers Politik des ständigen Zurückweichens vor dieser Bedrohung wiederholt heftig kritisiert. Bei einer Diskussion, die 1933 stattfand, stellte ich ihr die Frage: »Können wir Genossen Otto Bauer noch als unseren Lehrer betrachten?« Genossin Leichter antwortete: »Er bleibt unser bester Lehrer. Aber auch Lehrer bedürfen der Kritik, wenn sie Fehler begehen.« An diese Worte Käthe Leichters mußte ich bei der Lektüre von Bruno Freis Artikel über den Austromarxismus¹ denken. Für ihn besteht das theoretische und praktische Wirken des Austromarxismus — und daher auch das Otto Bauers — nur aus Fehlern, Versäumnissen, Niederlagen, Sackgassen. Er verzichtet auf eine differenzierte Analyse und ist blind für das Positive, das es im Austromarxismus gab und das heute wieder von der westeuropäischen Arbeiterbewegung entdeckt und gewürdigt wird.

2. »Rückgriff auf den Austromarxismus« gleich Rückschritt?

Wie ist das möglich? — Bruno Frei, dessen ehrliche Gesinnung ich schätze, ist ein gebildeter Marxist und brillanter Publizist. Seine Autobiographie »Der Papiersäbel« gehört zu den wertvollsten Beiträgen zur Zeitgeschichte. Meiner Meinung nach gibt es für den Antiaustromarxismus Bruno Freis nur eine Erklärung: Er gehört zu jenen Altkommunisten, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in den kommunistischen Parteien die Avantgarde des revolutionären Proletariats erblickten, gleichzeitig aber *alle* Sozialdemokratischen Parteien als hoffnungslos opportunistisch abschrieben. Diese Haltung bedeutete in Österreich —

wo es niemals eine kommunistische Massenpartei gab — Isolierung von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse, die nicht bereit war, die österreichische Sozialdemokratie, die Partei des Austromarxismus, zu verlassen. Frei kann es den Austromarxisten offensichtlich bis heute nicht verzeihen, daß sie jenen linken Gruppen, die in anderen Ländern zu den Kommunisten gingen, in der Sozialdemokratie eine politische Heimat gaben und damit die Spaltung der österreichischen Arbeiterbewegung vermieden. Nur so sind Sätze in Freis Artikel, wie der folgende, zu erklären:

»Vorweg sei gesagt: Für einen österreichischen Kommunisten, der die 'Zeit zwischen zwei Weltkriegen' tätig miterlebt hat, ist der Versuch einer Rehabilitierung des Austromarxismus nicht nachvollziehbar. Ist der Rückgriff auf den Austromarxismus wirklich ein nützlicher Beitrag zum Lernprozeß westeuropäischer Sozialisten der Gegenwart?«

Freis entscheidender Irrtum besteht darin, daß er die Renaissance des Austromarxismus mit dessen »Rehabilitierung« verwechselt. Aus der ständig wachsenden Literatur über die austromarxistische Geistesströmung geht hervor, daß niemand an »Rehabilitierung« denkt. Es wird ein lange verschüttet gewesenes Ideengut der westeuropäischen Arbeiterbewegung, der sozialistischen ebenso wie der kommunistischen, zugänglich gemacht und zur Diskussion gestellt.

In diesem Zusammenhang eine Erinnerung an die Zeit des illegalen Kampfes gegen den Austrofaschismus in Österreich: Als nach der Niederlage der Arbeiterbewegung im Februar 1934 junge Sozialisten es ablehnten, diesen Kampf als Sozialdemokraten zu führen, und sich *Revolutionäre Sozialisten (RS)* nannten, waren Otto Bauer und Friedrich Adler gegen diese Namensänderung. Aber sie konnten sich, im Exil lebend, nicht gegen die illegalen Kämpfer im Lande durchsetzen. Die *Revolutionären Sozialisten* haben in ihren Erklärungen, Resolutionen, Zeitungen, Flugblättern die alte Partei mit Otto Bauer an der Spitze schonungslos kritisiert, ihre Fehler bloßgelegt. Aber es gab keinen Bruch der *Revolutionären Sozialisten* mit der Tradition des Austromarxismus. Jede illegale Gruppe war glücklich, wenn es ihr gelang, ein Buch oder eine Broschüre von Otto Bauer, Max Adler, Rudolf Hilferding, Friedrich Adler für Schulungszwecke aufzutreiben. Auch die persönlichen Kontakte zu Otto Bauer wurden aufrechterhalten. Die Begegnungen mit ihm zeigten seine menschliche Größe: Er nahm die Verantwortung für die Februar-Niederlage auf sich, und war ehrlich bemüht, aus den eigenen Fehlern zu lernen. Niemals versuchte er einen Führungsanspruch zu erheben oder seine geistige Autorität gegen die jungen Kader der Illegalen auszuspielen. In kameradschaftlichen Diskussionen bemühte er sich zu raten, zu helfen — und eigene Positionen zu revidieren. Auch das, lieber Bruno Frei, ist ein Stück Austromarxismus!

3. Freis Definition des Austromarxismus: Nur »Vokabular«?

Wie eine sittenstrenge Gouvernante warnt Bruno Frei die Eurokommunisten vor der unzüchtigen Berührung mit den Austromarxisten. Um die eurokommunistische Keuschheit zu schützen, trennt er die beiden Strömungen durch zwei Definitionen. Sie lauten:

»Bei diesen und anderen Vergleichen sollten die definitorischen Unterscheidungen nicht verloren gehen: Der Eurokommunismus ist Kommunismus minus sowjetischem oder sowjetisch inspiriertem Dogmatismus. Der Austromarxismus dagegen ist Sozialdemokratie plus revolutionärsozialistischem Vokabular.«

Ich habe nicht die Absicht, mit Bruno Frei über die Definition des Eurokommunismus zu streiten. Wahrscheinlich ist er über die komplizierten Wandlungsprozesse in der kommunistischen Bewegung besser informiert als ich. Mir würde es schwer fallen, »den Eurokommunismus« mit ein paar Worten zu definieren — sind doch die Unterschiede zwischen den großen eurokommunistischen Parteien — KPI, KPE und KPF — nicht unerheblich. Die von Bruno Frei gelieferte Definition des Austromarxismus fordert zum Widerspruch heraus. Natürlich stimme ich ihm zu, wenn er den Austromarxismus der Sozialdemokratie zuordnet. Aber er gehört nicht zur Sozialdemokratie schlechthin, sondern zu ihrer linken und zentristischen Richtung. Der Austromarxismus war — wenn wir von Karl Renner absehen — typisch für diese Richtungen innerhalb der europäischen Sozialdemokratie. Er wäre in einer rechtssozialdemokratischen Partei, wie der SPD der Weimarer Republik, als dominierende Theorie kaum vorstellbar.

Es ist kein Zufall, daß die österreichische Sozialdemokratie sich nach dem Ersten Weltkrieg zunächst weigerte, an der Wiederherstellung jener zweiten Internationale mitzuwirken, die beim Ausbruch des imperialistischen Völkergemetzels kläglich versagt hatte. Es kam zu dem Versuch, in Wien eine linkssozialistische »Internationale Arbeitsgemeinschaft« (ironisch »Internationale 2« genannt) zu schaffen, um eine einheitliche Internationale vorzubereiten. Nach dem Scheitern dieses Versuches schloß sich die österreichische Sozialdemokratie zwar der II. Internationale wieder an, stand aber dort in vielen Fragen im Gegensatz zu den rechtssozialdemokratischen Parteien. Bruno Frei kann nicht vergessen haben, mit welcher Schärfe der Austromarxist Max Adler die deutsche Sozialdemokratie der Weimarer Republik attackierte, als diese dem Bau von Panzerkreuzern zustimmte und der Reaktion — später dem Faschismus — mit ihrer verhängnisvollen Politik des »kleineren Übels« den Weg freigab. Auch Friedrich Adler blieb als Sekretär der Internationale seinen austromarxistischen Überzeugungen treu. Noch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mußte er demissionieren, weil die unter rechtssozialdemokratischer Hegemonie stehende Internationale nicht bereit war, eine klare Stellungnahme gegen die aggressive Politik des Hitlerfaschismus zu beschließen, weil auch in der Internationale der Ungeist von München den militanten Antifaschismus zurückgedrängt hatte.

In der Austromarxismus-Definition von Bruno Frei werden diese geschichtlichen Fakten einfach übergangen. Der einzige Unterschied zwischen Austromarxismus und Rechtssozialdemokratismus, den er gelten läßt, ist das revolutionärsozialistische Vokabular der Austromarxisten. Aber hat es sich wirklich nur um Worte, um Phrasen gehandelt? Kann der Österreicher Bruno Frei, der diese Zeit erlebt hat, vergessen haben, was in den Kultur-, Bildungs-, Jugend- und Sportorganisationen der österreichischen Sozialdemokratie, die fast eine Gegengesell-

schaft bildeten, an sozialistischer Erziehungsarbeit geleistet wurde? Und erinnert er sich nicht mehr an die großartigen Leistungen der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung im *Roten Wien*? Die harte Besteuerung der Reichen durch den vom Klassegegner glühend gehaßten Finanzstadtrat Hugo Breitner, der aus diesen Steuern vorbildliche Sozialleistungen finanzierte — das war nicht »Vokabular«, sondern Klassenkampf, wie ihn eine rechtssozialdemokratische Partei nie geführt hat. Man könnte auch von einem linken, antikapitalistischen Reformismus sprechen, der sich vom technokratischen Reformismus rechter Sozialdemokraten wesentlich unterscheidet.

Ich überlasse es Bruno Frei, die Frage zu beantworten, ob nicht auch die Kommunistischen Parteien Westeuropas heute in jenen Gemeinden, die sie verwalten, eine Politik betreiben, die in vielem übereinstimmt mit jener der Austromarxisten im *Roten Wien* der Zwischenkriegszeit. Ist auch das nur »Vokabular« oder unverzichtbare Praxis für sozialen Fortschritt?

4. Lenin und Otto Bauer

Eine ausführliche Antwort auf Bruno Freis Polemik gegen Otto Bauers Idee vom Integralen Sozialismus ist überflüssig, weil Detlev Albers bereits dieses Thema gründlich behandelt hat.² Ich beschränke mich daher auf wenige Bemerkungen. Bruno Frei hat Otto Bauer mißverstanden, wenn er aus der Lektüre des Buches »Zwischen zwei Weltkriegen?« die Schlußfolgerung zieht:

»Es erweist sich, daß der integrale Sozialismus nichts weiter ist als die Liquidierung der Kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale. Das Aufgehen dieser Organisation im Reformismus.«

Tatsächlich wurde die Kommunistische Internationale aufgelöst — jedoch nicht von »revisionistischen Austromarxisten«, sondern von Josef Stalin 1943. Es fiel nicht schwer, einige Seiten mit Bauer-Zitaten zu füllen, die belegen würden, daß er nicht liquidieren, sondern *beide* Arbeiterparteien — nicht nur die kommunistische — erneuern wollte. Bruno Frei zitiert auch Äußerungen Lenins, die gegen den Austromarxismus und besonders gegen Otto Bauer gerichtet waren. Ich betrachte Lenin als großen Revolutionär; aber was er sagte und schrieb, muß im Zusammenhang gesehen werden mit der Zeit, in der er lebte. Seine harten Urteile über die Austromarxisten erfolgten nach der Gründung der dritten, der Kommunistischen Internationale. Lenin und die anderen russischen Revolutionäre hatten damals die Hoffnung, diese Internationale werde die Einheit der Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage verwirklichen. Linke Sozialdemokraten wie Otto Bauer wurden daher besonders heftig bekämpft, weil sie revolutionär gesinnte Schichten der Arbeiterklasse daran hinderten, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen.

Aber Lenins Hoffnungen erfüllten sich nicht. Das Ausbleiben der Revolution im Westen, insbesondere der deutschen, die relative Stabilisierung des entwickelten Kapitalismus und Probleme, die sich aus der Rückständigkeit und Isolierung Sowjetrußlands ergaben — dieses Ensemble von nicht voraussehbaren

Ereignissen hatte tiefreichende Wirkungen auch in der Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit. Die Sozialdemokratie wurde von den Kommunistischen Parteien nicht hinweggefegt, sie blieb in den entscheidenden Industrieländern ein wesentlicher Faktor, gestützt auf die Loyalität breiter Arbeitermassen. Daher kam den Richtungen, Strömungen und Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie große Bedeutung zu. Das gilt auch für den Austromarxismus, der zum linken Zentrum gerechnet wurde. Aus dem historischen Zusammenhang gerissene Lenin-Zitate treffen daher den großen Denker des Austromarxismus nicht. Lenin starb 1924, Otto Bauer 1938. Es war Lenin nicht mehr möglich, Otto Bauers weitere Entwicklung zu verfolgen, die Wandlungen seiner theoretischen Positionen zu analysieren. Jener Otto Bauer, der 1936 im tschechoslowakischen Exil das Buch »Zwischen zwei Weltkriegen?« schrieb, unterschied sich in vielem vom Otto Bauer der beginnenden zwanziger Jahre, den Lenin attackierte.

Wenn von Lenin und Otto Bauer die Rede ist, sollte aber auch ein wesentlicher Aspekt austromarxistischer Politik der Zwischenkriegszeit beachtet werden: Obwohl Lenin und die anderen Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Internationale mit harter Kritik an die Adresse Otto Bauers nicht sparten, traten die Austromarxisten mit aller Entschiedenheit für den vom Weltkapitalismus bedrohten Sowjetstaat ein. Bei jeder 1.-Mai-Demonstration im *Roten Wien* stand auf vielen Transparenten: »Hände weg von Sowjetrußland — wir verteidigen den Staat der Oktoberrevolution!« Daran zu erinnern ist heute, wo die Advokaten der atomaren Raketenrüstung borniertesten Antisowjetismus verbreiten, von besonderer Aktualität. Wäre Bruno Frei nicht an die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Austromarxisten in den zwanziger Jahren fixiert, müßte er erkennen, wie nützlich — auch unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um Entspannung — die Renaissance des Austromarxismus in der Gegenwart ist. Texte von Otto Bauer und Max Adler enthalten — obwohl sie vor Jahrzehnten geschrieben wurden — auch heute überzeugende Argumente gegen die Kalten Krieger, die aus der westeuropäischen Arbeiterbewegung ein Anhängsel des USA-Imperialismus machen wollen. Sollen wir auf diese geistigen Schätze verzichten? Ihre Mißachtung würde vor allem den rechten Sozialdemokraten nützen, denen es jahrelang gelungen ist, die Theoretiker des Austromarxismus zu »Unpersonen« zu machen.

Anmerkungen

- 1 Meine Kritik bezieht sich auf einen Beitrag von Bruno Frei, der in der BRD unter dem Titel »Otto Bauer und der Eurokommunismus« u.a. in der Zeitschrift *Das Argument* 119, 22. Jg., Berlin (West), Januar/Februar 1980, S.88ff., erschien. Frei nimmt dort in Form einer Replik Stellung zu einer Diskussion, die sich seit einiger Zeit in der Absicht entwickelt, Lehren aus Theorie und Praxis des Austromarxismus für aktuelle Politik und Geschichtsbebewußtsein von marxistischen Sozialdemokraten zu gewinnen. In engerem Sinn antwortet er auf Beiträge von Detlev Albers und Volker Gransow/Michael Krätke in: Eurokommunismus und Theorie der Politik (Argument-Sonderband AS 44), hrsg. v. Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (AWA), Berlin (West) 1979, S.83ff. bzw. 103ff.
- 2 Vgl. Replik zu Bruno Frei von Detlev Albers in: *Das Argument* 120, 22. Jg., Berlin (West), März/April 1980, S.221ff.

Die Neue TAGESZEITUNG Keine
Schublade
paßt

* Links,
unabhängig,
aber freilich
parteilich



Das NEUE-Abonnement kostet im Vierteljahr DM 46,50. Nutzen Sie aber zunächst unser Angebot zum Kennenlernen: DIE NEUE eine Woche kostenlos ins Haus. Senden Sie uns einfach folgendes Coupon oder eine Postkarte. Name und Adresse nicht vergessen.

Ich bestelle die NEUE unverbindlich eine Woche zur Probe.

Name Straße

Ort Unterschrift

an: DIE NEUE Abt. W/36
Oranienburger Str. 170/172, 1000 Berlin 26

Michael Krätke

Die Vernichtung des Austromarxismus

Der jüngste Akt eines alten Trauerspiels

I.

Im November letzten Jahres suchte Christoph Butterwege in der »Sozialistischen Korrespondenz (SK)« den Beweis anzutreten, daß die schüchterne Wiederentdeckung des Austromarxismus, die bei Teilen der Jusos mit einiger Verspätung gegenüber westeuropäischen Ländern gerade begonnen hat, nichts als eine »Modeerscheinung« und »billige Masche« ist. Butterwege sieht im Austromarxismus eine antimarxistische Ideologie, deren Auferstehung »von interessierter Seite herbeigeredet« werde, um austromarxistische Konzeptionen »im parteipolitischen Ränkespiel unter rein taktischen Gesichtspunkten einzusetzen«.¹ Diejenigen, die gegenwärtig in der westdeutschen Sozialdemokratie ein Interesse an der Wiederbelebung marxistischer Tradition haben, dürften eine verschwindende Minderheit ohne innerparteiliche Machtpositionen sein. Dagegen verfügt die Seite, die von jeher ein Interesse daran hatte, den Austromarxismus ebenso wie jede andere marxistische Tradition der Sozialdemokratie aus dem Gedächtnis der Lebenden auszulöschen, auch außerhalb der Sozialdemokratie über hinreichend große Machtpositionen, um ihren ideologischen Führungsanspruch stets aufs neue vorzubringen. Für die Leninisten aller Couleur gilt es, ihr Interpretationsmonopol auf den von Marx und Engels begründeten Wissenschaftlichen Sozialismus geltend zu machen — auch dort, wo sie ihre Version, den »Marxismus-Leninismus« nicht von Staats wegen zur herrschenden Wissenschaftsrichtung erheben können. Für alle leninistischen Kritiker des Austromarxismus gilt als erstes und letztes Wort die Behauptung, daß allein der »Leninismus ... die einzig gültige und aktuelle Alternative« gegenüber allen anderen marxistischen Traditionen, mithin die einzige für die heutige Arbeiterbewegung relevante Version des Marxismus darstellt.² Der Weg des Marxismus ist für die Leninisten mit toten Hunden gepflastert, die außer »Abweichungen vom revolutionären Marxismus« und »theoretischen und praktischen Sackgassen«³ nichts zu bieten haben. Auch gegen diese »Methode«, alle Marxisten außer Lenin und seine berufenen Nachlaßverwalter als tote Hunde zu behandeln und ihre Übereinstimmung mit Lenin zum Maßstab »des Marxismus« zu stilisieren, richtet sich der Versuch, die Tradition des Austromarxismus oder im weiteren Sinne des »marxistischen Zentrums« der internationalen Arbeiterbewegung wieder in die Diskussion unter den Sozialisten und Kommunisten einzubringen.

Noch Mitte der sechziger Jahre beklagte Yvon Bourdet, der führende Theoretiker des Selbstverwaltungs-Sozialismus in Frankreich, die verbreitete Unkenntnis des Austromarxismus in der europäischen Arbeiterbewegung. Er hielt die Beschäftigung mit dem Austromarxismus, d.h. der politischen Theorie und Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung in Österreich in der Zwischenkriegszeit,

für nötig, um Problemen der westeuropäischen Arbeiterbewegung in der Gegenwart beizukommen, die nicht mehr durch Wiederholung Marxscher Texte anstelle von Fortsetzungen des Marx-Engelschen Projekts eines Wissenschaftlichen Sozialismus zu lösen seien. Die Lehren der historischen Niederlage der österreichischen Arbeiterbewegung 1934 seien von den Marxisten erst noch zu ziehen, der Reichtum der Beiträge führender Austromarxisten zur politischen Theorie erst noch auszuschöpfen. Für die strategische Orientierung der Sozialisten in Europa sei die Rückbesinnung auf Positionen des marxistischen Zentrums, die sich in komplementären Kritiken an II. und III. Internationale entwickelt haben, fruchtbar zu machen. Denn: man kann im Zentrum und doch voraus sein, wie Bourdet schrieb.⁴ Damals (1965) gab es keine Werkausgaben, nur sehr bescheidene Auswahlbände und Auswahlbibliographien in deutscher Sprache, und keine Übersetzungen der wichtigsten Arbeiten von Otto Bauer, Max Adler, Rudolf Hilferding, Karl Renner und anderen Austromarxisten.⁵ Das hat sich inzwischen geändert: In Frankreich hat Bourdet die Übersetzung zentraler Texte der austromarxistischen Tradition besorgt⁶, in Italien sind eine Reihe von Übersetzungen erschienen⁷, in England hat Tom Bottomore vor kurzem einen Auswahlband mit Übersetzungen austromarxistischer Texte veröffentlicht.⁸ In Österreich erscheint seit 1976 — mit Unterstützung der SPÖ — eine auf neun Bände angelegte Otto-Bauer-Werkausgabe, nachdem in den fünfziger Jahren nur vereinzelte Schriften von Renner, Bauer und Max Adler veröffentlicht wurden.⁹ 1968 erschien im Wiener Europa-Verlag die erste große ideologiekritische Studie über den Austromarxismus, verfaßt von Norbert Leser, einem österreichischen Sozialisten, der von der Tradition des ethischen, christlichen Sozialismus geprägt ist. Diese Arbeit hat mittlerweile unter Wissenschaftlern den Rang eines Standardwerkes eingenommen.¹⁰ Jüngere österreichische Historiker haben sich seit der Mitte der sechziger Jahre verstärkt dem Studium der austromarxistisch geführten und geprägten Sozialdemokratie in der Periode der ersten österreichischen Republik zugewandt.¹¹ 1976 ist das zuerst 1948 in den USA erschienene Standardwerk über die Geschichte der Sozialdemokratie in der Zwischenkriegsperiode von Charles A. Gulick zum ersten Mal nach 26 Jahren wieder in einer gekürzten deutschen Fassung zugänglich gemacht worden¹² — Ausdruck für ein neu erwachtes breites Interesse. Waren es bislang nur kleine Gruppen in der Sozialistischen Jugend Österreichs, die zu Schulungs- und Diskussionszwecken auf Texte der Austromarxisten, vor allem auf Otto Bauers Emigrationsschriften zurückgegriffen haben, so wird in den letzten Jahren auch von französischen und deutschen Sozialisten wieder ausdrücklich auf die durch Otto Bauer repräsentierte Tradition zurückverwiesen.¹³

Das allein wäre m.E. noch kein hinreichender Grund zur Panik für die Leninisten. Immerhin ist die Otto-Bauer-Werkausgabe für den studentischen Normalverbraucher unerschwinglich, die älteren Auswahlbände sind sämtlich vergriffen.¹⁴ Mehr Grund zur Beunruhigung der Hüter des »wahren« Marxismus scheinen da die internationalen Tagungen zu bieten, auf denen europäische

Linksozialisten und Eurokommunisten im Zeichen der Wiederentdeckung des Austromarxismus ins Gespräch gekommen sind.¹⁵

II.

In der Nationalitätenpolitik lag vor 1914 die hauptsächlich politische Differenz zwischen Lenin und der Gruppe der Wiener Marxisten, die sich um die »Marx-Studien« 1904 zusammengeschlossen hatten, in der erklärten Absicht, die Lehren von Marx und Engels systematisch und vollständig zu interpretieren und sie weiterzubilden in bewußter Verknüpfung mit der wissenschaftlichen Arbeit ihrer Zeit.¹⁶ Trotzki hat schon für die Vorkriegszeit eine tiefempfundene Abneigung gegen Bauer, Adler und Renner bezeugt. Diese Leute entsprachen nicht seiner Vorstellung vom »Typus des Revolutionärs« — oder besser: vom »psychologischen Typus des Marxisten«, als den er sich selbst ansah —, weil er nach eigenem Zeugnis bei der Lektüre des Briefwechsels zwischen Marx und Engels eine »unmittelbare psychische Verwandtschaft« zwischen diesen Revolutionären und sich selbst empfand.¹⁷ Nachdem Bauer und Adler 1918 begannen, ihre prinzipielle Solidarität mit der Russischen Revolution zugleich mit ihrer Kritik an der Taktik der Bolschewiki öffentlich zu vertreten und der Spaltung der Internationale entgegenzuarbeiten, begann Lenin eine erbitterte Polemik, die sich in erster Linie gegen Kautsky und Otto Bauer, die »bedeutendsten Theoretiker der alten Internationale« richtete, ohne Rücksicht auf zwischen diesen bestehende Differenzen.¹⁸ Diese Polemik gab, von dem sachlich falschen Bild eines »Renegaten« Kautsky beherrscht, allen Leninisten die Grundmuster ihrer Angriffe auf die Austromarxisten — darum will ich sie hier kurz vorstellen. Für Lenin waren Otto Bauer und Friedrich Adler »zu ganz gewöhnlichen Verrätern geworden«, weil sie, die vor dem Krieg »nützliche wissenschaftliche Bücher und Artikel« schrieben, in der Revolution Angst bekommen hätten, so daß der Kleinbürger in ihrem Innern die Oberhand gewann. Otto Bauer, der »Beste unter den Sozialverrätern«, habe sich als ein »völlig hoffnungsloser studierter Narr« erwiesen.¹⁹ Otto Bauer, der »hochgelehrte Marxist und dem Sozialismus ergebene(n) Führer(n) der II. Internationale«, ist ein Mann, »bei dem wir alle einmal gelernt haben, der aber nach dem Kriege ebenso wie Kautsky ein jämmerlicher Spießbürger geworden ist«. Der Grund für diese Verwandlung ist nach Lenin, daß Bauer wie Kautsky in der Praxis »Nichtdialektiker« und daher theoretisch Menschewisten, Opportunisten — kurz »dem Bolschewismus feindlich« und mithin »Verräter am Sozialismus« sind.²⁰ So einfach ist das. Lenin weigerte sich schlicht, die Bauersche Erklärung der Besonderheiten der Russischen Revolution, die mit seiner eigenen Beurteilung weitgehend übereinstimmt — nämlich: es handelt sich um eine »bürgerliche Revolution«, die unter der Führung des Proletariats gegen die schwache bzw. mit der Autokratie verfilzte russische Bourgeoisie mit der Unterstützung der Masse der Bauernbevölkerung durchgefochten werden muß — zur Kenntnis zu nehmen, weil er die Konsequenz scheut. Bauer nämlich gelangt zu der Schlußfolgerung, daß die Revolutionen in Mittel-

europa, die unter ganz anderen Konstellationen der Klassenkräfte stattfinden, auch andere politische Taktiken erfordern.²¹

Die III. Internationale hat die Austromarxisten an der Spitze der Sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs, der »Musterpartei des 'linken' Flügels der II. Internationale« mit besonderer Erbitterung bekämpft, da sie zugestehen mußte, daß für die SDAPÖ — im Gegensatz zu allen anderen sozialdemokratischen Parteien — »die Gewinnung der parlamentarischen Mehrheit in absehbarer Zeit innerhalb der realen Möglichkeit liegt.«²² Der Austromarxismus galt ihr als »nichts anderes als eine Widerspiegelung« der »scheinoppositionellen«, die Massen vom »ernsten Kampf« in »reformistische Bahnen« ablenkenden Politik der SDAP-Führung. Weil aber alle von der SDAP öffentlich vertretenen Ansichten dem widersprachen, was nach offizieller Komintern-Version die »Neuaufgabe des Bernsteinschen Revisionismus« in der wiederhergestellten II. Internationale ausmachte — nämlich eine »demokratische Staatstheorie«, die Vorstellung einer ungebrochenen Aufstiegsperiode des Kapitalismus und Antikommunismus — blieb nur ein »erkenntnistheoretisch« aufgeäumter Angriff: »Sein (des Austromarxismus; MK) politischer Inhalt ist genügend gekennzeichnet, wenn man darauf hinweist, daß seine Vertreter entweder von Mach oder von Kant ausgehen. Die Aufgabe der Theorie ist nach ihrer Meinung Beschreibung der Wirklichkeit und Aufdeckung der Funktionszusammenhänge.«²³ Wem das nicht genügte, der wurde an das von Lenin aufgedeckte »allgemeine Wesen« der Sozialdemokratie erinnert, das in der »Verteidigung des kapitalistischen Systems« in Gestalt des Schutzes der Bourgeoisie« durch »Agenten der Bourgeoisie« bestünde, die als sozialdemokratische Parteiführer die Arbeiterschaft mit »antirevolutionärer, demokratisch-bürgerlicher Ideologie« zu erfüllen und durch Scheinkämpfe gegen die Bourgeoisie an sich zu binden haben. Solche Agenten vertreten nach Komintern-Logik »die Interessen der Bourgeoisie«, weil sie für das Weiterbestehen des Kapitalismus eintreten, und das tun sie, weil sie »den einzig möglichen Weg zu ihrem (der kapitalistischen Gesellschaftsordnung; MK) Sturz, den bewaffneten Aufstand« prinzipiell verwerfen.²⁴

Diese schöne Tradition des ideologischen Klassenkampfes gegen »Agenten der Bourgeoisie«, d.h. gegen alle Nicht-Leninisten in der Arbeiterbewegung, wird seit einigen Jahren von Horst Klein, in der DDR zuständig für die Bekämpfung des Austromarxismus, würdig fortgesetzt. Wegen der frappierenden Ähnlichkeit, die zwischen Kleins und Butterwegges Urteilen über den Austromarxismus besteht, will ich seine Erkenntnisse dem interessierten Leser nicht vorenthalten. Getreu der leninistischen Agententheorie kann sich Klein das wiedererwachte Interesse am Austromarxismus nicht anders als ein von sozialdemokratischen Parteiführungen bewußt gesteuertes Manöver zur Integration einer rebellisch gewordenen Parteil Jugend erklären. Dieses Manöver besteht nach Klein darin, die »austromarxistischen Ideen als Marxismus« auszugeben, und dient dem Zweck, die sozialdemokratische Linke »am Marxismus-Leninismus vorbeizuleiten« und damit »eine wirkliche Marxismus-Rezeption« zu verhindern.²⁵

Seiner Überzeugung nach weist der Austromarxismus einen »zutiefst antimarxistische(n) und bürgerliche(n) Klassencharakter« auf. »Weder M. Adler noch O. Bauer waren in ihren theoretischen Positionen jemals Marxisten.« Denn sie haben keine der herkömmlichen Lehren des Marxismus-Leninismus geteilt und darüberhinaus die Unverschämtheit besessen, die Legenden der Oktoberrevolution und die Legitimationsideologien ihrer Protagonisten nicht für bare Münze zu nehmen. Der Grund dafür lag in ihren »antikommunistischen Ressentiments« und ihrem »Unverständnis gegenüber dem revolutionären Klasseninhalt des Marxismus-Leninismus und dem praktischen Siegeszug des Marxismus in Gestalt des Leninismus.«²⁶ Die Bekanntschaft mit dem Austromarxismus muß das Weltbild des Philosophen Klein in arge Verwirrung gebracht haben. Da gibt es doch tatsächlich Sozialisten, Parteiführer einer sozialdemokratischen Massenpartei, die stärker ist als SPD und KPD zusammengenommen, die gleichzeitig den zeitgenössischen Revisionismus und Reformismus und ebenso den Bolschewismus wie den Antikommunismus kritisieren. Wie jemand gleichzeitig mit Lenin einig und nicht einig sein kann, wie jemand die historische Bedeutung der Oktoberrevolution klar sehen und dennoch die Politik der Bolschewisten fortlaufend kritisieren kann, ohne ihnen dabei die Solidarität zu verweigern, das will Klein nicht in den Kopf. Äußerst befremdlich erscheint ihm auch das von Otto Bauer geübte Kritikverfahren, politische Ideen und Bewegungen auf gesellschaftliche Umstände, unter denen sie entstehen und wirksam werden, zurückzuführen. Geradezu unheimlich kommt ihm vor, daß sich die führenden Austromarxisten jahrelang öffentlich über theoretische und praktisch-politische Probleme streiten können und doch sich in taktischen Fragen einigen, ohne sich wechselseitig als Verräter zu beschimpfen. So muß Klein Adler und Bauer attestieren, daß sie »bestimmte soziale Prozesse richtig ... erkennen« und »positive Einsichten« gewinnen — nämlich immer dann, wenn sie ihre prinzipielle Solidarität mit der Sowjetunion ausdrücken. Da sie aber ihre Kritik an der inneren Entwicklung der Sowjetunion deshalb nicht lassen, bleibt ihm völlig unverständlich, wie sie zu solchen »Einsichten« kommen können. Als gelernter Philosoph ist er ihnen aber schließlich doch auf die Schliche gekommen. Er hat nämlich gefunden, daß die Austromarxisten allen Ernstes Marxismus als Wissenschaft verstehen. Obwohl sie sich heftig um die Interpretation von Marx und Engels überkommener Aussagen streiten, obwohl sie ganz unterschiedliche politische Analysen vortragen, haben sie keine gemeinsame Weltanschauung, nicht einmal eine gemeinsame philosophische Position, außer der, den Marxismus strikt als sozialwissenschaftliche Denkmethode zu betrachten, die weder mit einer Parteiideologie noch mit einer der vielen »sozialistischen Weltanschauungen« oder sonst einem der in der Arbeiterklasse vorhandenen Weltbilder zu verwechseln ist. Da für Klein der Marxismus selbstredend eine »Weltanschauung« ist, eine »wissenschaftliche« zudem — aber das sind andere auch — und eine Philosophie, den »historischen und dialektischen Materialismus« umfaßt, sind die Austromarxisten keine wahren, sondern nur scheinbare Marxisten. Also sind sie

noch schlimmer als offene Revisionisten, nämlich »Marxfälscher«. ²⁷ Klein hat recht: Erst wenn der Marxismus zur »Weltanschauung« und dann zur Parteisache erklärt wird, ist es möglich, so etwas wie die »Allgemeingültigkeit des Marxismus-Leninismus« zu verordnen. Die Gefahr, daß aus der austromarxistischen Tradition ein »Marxismus-Bauerismus« entsteht, besteht zum Glück nicht. Aber für die Marxisten-Leninisten, die die Allgemeingültigkeit ihrer Ideologie nur dank eines politischen Monopols behaupten können — so weit dies eben reicht —, ist schon die bloße Infragestellung eines »wahren« Marxismus, die Vorstellung verschiedener marxistischer Traditionen ebenso wie die Forderung, daß Streitfragen des wissenschaftlichen Sozialismus nicht von Parteigremien entschieden werden, Ketzerei. Das haben sie mit allen sonstigen sozialistischen Doktrinären gemeinsam.

III.

Butterwege bedient einmal mehr das Kritikmuster des linken Doktrinarismus, indem er fortlaufend feststellt, daß Aussagen insbesondere Otto Bauers über den Zusammenhang von Demokratie und Arbeiterbewegung seiner Vorstellung von »dem« Marxismus nicht entsprechen. Dies aber gleicht dem Kleinschen Marxismus-Leninismus aufs Haar. Auch für Butterwege ist Marxismus »wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse«, marxistische Staatstheorie oder zumindest doch deren »Grundlagen« die für ihn mit den in Lenins Rechtfertigungsschrift »Staat und Revolution« von 1917 enthaltenen Aussagen identisch ist. Daß speziell Bauer und Adler die Leninsche Demokratiekritik und vor allem die Lenin-Kautskysche Entgegensetzung von »Demokratie« und »Diktatur« nicht mitmachen, ist zutreffend, besagt aber überhaupt nichts für die Richtigkeit und politische Fruchtbarkeit ihrer eigenen Positionen. Die sind Butterwege offensichtlich zu kompliziert, so daß er sie in eine »Anti-Lenin«-Frontstellung umdeutet. Er tut dies, weil er gar nicht weiß, auf welche ökonomisch-politische Situation hin und in welcher Absicht die politischen Analysen Bauers ausgeführt sind. Der »Revisionsimus«-Vorwurf oder die »Nähe zu Bernstein«, die er bei den Austromarxisten vermutet, ist aus blanker Unkenntnis geboren. ²⁸ Gerade die Austromarxisten Max Adler und Otto Bauer haben den Revisionismus in allen Formen seit Beginn ihrer publizistischen und politischen Tätigkeit unablässig kritisiert. ²⁹ Was Butterwege davon weiß, bezieht er von seinem Vorbild Klein: Nämlich, daß Bauer mit dem klassischen *Reformismusbegriff des Marxismus*, d.h. aber »Lenins Begriff des Reformismus«, gebrochen habe. Diese Frechheit muß natürlich geahndet werden. Frei nach Klein verkürzt Butterwege die Bauersche Reformismuskritik allein darauf, daß dieser die Unvermeidlichkeit des Reformismus als Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung behauptet habe und damit den Reformismus nicht erkläre, sondern entschuldige. ³⁰ Das ist noch nicht einmal für den Anhänger der Leninschen Theoreme über die Korruption von Arbeiteraristokratien, die übrigens auch die Behauptung der historischen Notwendigkeit dieses Phänomens einschließen, ein

logisch begründeter Vorwurf. Nur wer die Geschichte der Arbeiterbewegung als Tummelplatz von Agenten ansieht, die »von außen« ihre Ideologien »hineintragen«, steht beständig vor dem Problem, die Agenten, die eine bestimmte Entwicklung der Arbeiterbewegung betrieben oder verhindert haben, zu be- oder zu entschuldigen. Gegenüber Bauers oder Lenins Erklärungsversuch des Reformismus kann es aber nur darum gehen, die theoretische Konsistenz und den praktischen Erkenntnisgewinn ihrer Begriffsbildung zu beurteilen. Beide behaupten die historische Notwendigkeit des Reformismus ebenso wie die Notwendigkeit seiner Überwindung durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die beide mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verknüpfen. Butterwegge kennt beide nicht. Dem Unterschied des Erklärungsansatzes von Lenin und Bauer entspricht die unterschiedliche Richtung ihrer Kritik. Wie Bauer die Entstehungsbedingungen der reformistischen Illusionen und der entsprechenden Strömung des »politischen Revisionismus« in den Existenzbedingungen der Arbeiterbewegung sucht, so sucht er gleichzeitig nach den »Grenzen des Reformismus«, die in der Entwicklung des Kapitalismus angelegt sind. Der wesentliche Unterschied zu Lenins Ansicht liegt darin, daß Bauer den Reformismus in der Arbeiterbewegung nicht für ein Zersetzungsphänomen in der Niedergangsperiode des Kapitalismus hält, sondern für ein Durchgangsstadium im Aufstieg der Arbeiterbewegung ansieht, das allerdings durchaus wieder — und auch erweitert — reproduziert werden kann, weil der Kapitalismus nicht geradlinig seinem Zusammenbruch zusteuert. Die Gültigkeit der Leninschen Arbeiteraristokratie-These ist von marxistischen Ökonomen oft bestritten worden. Bauers politisch-ökonomische Erklärung ist breiter angelegt, hat daher auch weitere Gültigkeit. Vollständig ist sie sicher nicht, sie bedarf vielmehr der Ergänzungen um die Auswirkungen von Weltmarktverhältnissen auf die ökonomischen und politischen Positionen, die die Arbeiterbewegung in den Metropolen des Kapitals einnehmen kann. Kurz, eine ergänzende Lektüre Lenins kann möglicherweise weiterhelfen. Aber darum geht es hier leider nicht. Denn solange vom Standpunkt »des Marxismus« über unterschiedliche Erklärungsansätze geurteilt wird und nicht danach, was sie wie weit, mit welchen Konsequenzen und unter welchen Voraussetzungen erklären, werden zwar die Doktrinäre ihren Zeitvertreib, aber die Arbeiterbewegung kaum einen Erkenntnisgewinn von dieser Art »Marxismus« haben.

IV.

Die gleiche Ahnungslosigkeit beweist Butterwegge, wo er den Austromarxisten *antikommunistische Kampfbegriffe* unterstellt, die austromarxistische Politik schließlich als einseitigen »Kampf mit dem Kommunismus« denunziert. Butterwegges Beitrag zur Zerstörung des »Austromarxismus-Mythos« besteht hier darin, daß er — wieder frei nach Klein — Otto Bauer »Fehleinschätzung des jungen Sowjetstaates« gepaart mit »verhältnismäßig großem Wohlwollen« attestiert.³¹ Daß jemand ein historisches Phänomen, das er nicht zu beurteilen weiß,

mit »Wohlwollen betrachtet, ist in der marxistischen Tradition kein Kompliment. Butterwegges Bild von Otto Bauer, der die sowjetische Entwicklung zwar nicht begreift, aber doch aus sozialistischer Gesinnungstreue sympathisch findet, ist sachlich schlichtweg falsch. Seit 1917 hat Bauer die Entwicklung in der Sowjetunion fortlaufend studiert und kommentiert. Er hat, was nur eingefleischte Doktrinäre überraschen wird, sein Urteil über die Aussichten einer sozialistischen Entwicklung in der Sowjetunion mehrfach revidiert, und ihm ist dabei nach meiner Kenntnis mehr als nur eine »Fehleinschätzung« unterlaufen. Die Grundposition seiner lebenslangen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus aber bleibt unverändert und gleicht der Max Adlers und Rosa Luxemburgs. Es ist die Position des internationalen Sozialisten aus marxistischer Schule, der die Politik anderer sozialistischer Parteien allein danach beurteilt, ob sie unter den tatsächlichen Bedingungen des anderen Landes zum gewollten Ziel führen kann oder nicht. Daher verbindet er prinzipielle Solidarität mit der russischen Arbeiterbewegung und taktische Kritik an den Bolschewiki. Diese taktische Kritik ging davon aus, daß es für sozialistische Politik der Parteien der Arbeiterbewegung »kein Rezept« gibt — ein Punkt, in dem Otto Bauer und Rosa Luxemburg völlig konform gehen. Daher mußte Bauers taktische Kritik, bei aller Bereitschaft, aus den Erfahrungen anderer zu lernen — und die wichtigste Lehre aus Lenins Taktik war für Bauer, daß der Weg zur politischen Macht der Arbeiterklasse über die Hegemonie führt, die die proletarische Partei über die Masse der Bauernschaft gewinnen muß³² — grundsätzlich werden, als die Bolschewiki die Übertragung ihrer taktischen Konzepte auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung propagierten. Bauer argumentiert zweigleisig: Zum einen ist er bemüht zu zeigen, wie aus den spezifischen Bedingungen des Sieges der Bolschewiki in Rußland — ihrer eigentümlichen Verbindung mit der russischen Bauernschaft, mit einem Wort — die Begrenztheit ihres Erfolges im Blick auf das sozialistische Endziel — sich ergeben muß. Zum anderen versucht er immer wieder zu erklären, daß die Bedingungen für den Sieg einer proletarischen Partei in West- und Mitteleuropa andere sind als in Rußland, weil die Klassen und die Klassenbeziehungen andere sind. Seine strategische Schlußfolgerung für die westeuropäische Arbeiterbewegung läßt sich in einem Wort resümieren, das auch Gramsci gebraucht: »Stellungskrieg« im Kampf um die »Hegemonie«. Seine Konsequenz für die internationale Arbeiterbewegung heißt Einheit in der Vielfalt, Sammlung statt Spaltung, Pluralismus innerhalb der Arbeiterbewegung. Die praktische Maxime, der seine Politik in der internationalen Arbeiterbewegung folgt, um daraus die »internationale sozialistische Öffentlichkeit« zu machen, die ihm vorschwebt, heißt Vermeidung der Spaltung oder ihre Aufhebung in einer neuen Einheit, die sich aus dem praktischen Wandel ihrer organisatorisch verselbständigten Teile ergeben soll. Bauer versucht also, im Interesse der Zukunft der ganzen internationalen Arbeiterbewegung den sozialdemokratischen Antikommunismus ebenso wie den kommunistischen Antireformismus auf ihr begrenztes, historisches Maß zurückzuführen. Die eigentlich spannende

Frage ist natürlich, wie weit die ökonomischen und politischen Analysen, auf die sich Bauers Position gründet, zutreffen, und welche Gültigkeit diese Untersuchungen für die Gegenwart noch beanspruchen können. Wer sich aber wie Butterwegge den Kopf von vornherein mit Antikommunismus-Vorwürfen vernagelt, vermag solche Fragen nicht einmal zu stellen. Butterwegge verurteilt pauschal die Geschichte der marxistischen Bolschewismus-Kritik, die er selbst schlecht zu kennen scheint und deren Kenntnisnahme er durch Denunziationen zu behindern sucht.

V.

Butterwegge zeigt sich schließlich bar jeder Kenntnis von *Geschichte und Politik der österreichischen Arbeiterbewegung* unter austromarxistischer Führung, wenn er ihr »Einheitsfetischismus«³³ vorwirft. Der Hintergrund dieses traditionellen Vorwurfs aus den Reihen der III. Internationale ist hier kurz zu verdeutlichen. Die Komintern-Führung wußte, daß sie die Austromarxisten als die bei weitem erfolgreichsten Gegner ihrer Spaltungspolitik in der internationalen Arbeiterbewegung bekämpfte. Die SDAPÖ war die im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der Republik Deutschösterreich bei weitem stärkste Arbeiterpartei. Sie hatte Ende der zwanziger Jahre rund 700000 Mitglieder, mit rund 1,5 Millionen Wählerstimmen erreichte sie rund 42% und war damit die stärkste Partei des Landes. Zwischen 80 und 90% der österreichischen Arbeiter wählten sozialdemokratisch und rund 50% waren in der Arbeiterpartei organisiert, das waren rund 26% der männlichen und rund 11% der weiblichen Bevölkerung im Alter zwischen 10 und 70 Jahren. Die der Partei kollektiv angeschlossenen sozialistischen Organisationen umfaßten noch einmal nominell — wegen zahlreicher Mehrfachmitgliedschaften — rund 600000 Personen, überwiegend Arbeiter, aber auch Angehörige der städtischen Mittelschichten; davon hatte allein der Republikanische Schutzbund, der »bewaffnete Arm« der Partei rund 100000 Mitglieder in seinen besten Zeiten. Diese Mitgliedschaft blieb gerade in der Weltwirtschaftskrise stabiler als die Gewerkschaftsorganisation, die von rund 1,1 Millionen 1920 auf rund 650000 Mitglieder zurückfielen. Gleichzeitig konnte die KPÖ in ihren besten Zeiten nie mehr als 45000 Mitglieder mustern — etwa soviel wie auch der sozialdemokratische Fußballverband umfaßte — und knapp 1% der Wählerstimmen erzielen. Sie war daher bis 1934 eine Sekte, die sich mit reiner Propaganda, d.h. in erster Linie mit der Entlarvung der Sozialdemokraten als Verräter begnügen mußte. Die SDAPÖ stand seit 1920 ununterbrochen in der Opposition. Gleichzeitig regierte sie mit stabiler und wachsender Mehrheit in Wien, das zugleich Bundesland war. Wien, das industrielle und kommerzielle Zentrum der Republik, Hauptstadt und größtes Ballungsgebiet, war die erste Millionenstadt, in der Sozialisten vor 1945 allein regierten. Die SDAPÖ war eine Massen- und Mitgliederpartei, die den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in Mitgliederwerbung und Bildungsarbeit sah. Ihr »Parteiapparat« umfaßte nie mehr als rund 1400 hauptamtlich Angestellte, das eigentliche Rückgrat der Partei bilde-

ten rund 60000 ehrenamtliche Vertrauensleute. Die Partei umspannte eine Vielzahl von proletarischen Organisationen, die zusammen eine Art proletarische Gegengesellschaft und, gestützt auf Machtpositionen im bürgerlichen Staat, einen proletarischen »Staat im [bürgerlichen] Staat« darstellten. Sie war also in jeder Beziehung das lebendige Gegenbild zum leninistischen Organisationskonzept einer Kader- und Avantgardepartei. Die Austromarxisten wollten in Otto Bauers Worten »das ganze Proletariat in der Partei zusammenschließen, in ihr die Selbstbestimmung der Gesamtheit des Proletariats verwirklichen.«³⁴ Als Bauer 1927 schrieb, der Austromarxismus sei nichts anderes als die »Ideologie der Einheit der Arbeiterbewegung«³⁵, traf dies für die österreichische Sozialdemokratie tatsächlich zu, die bei voller innerparteilicher Demokratie und organisatorischer Offenheit für alle möglichen proletarischen Sonderinteressen fast die gesamte Arbeiterbewegung Deutschösterreichs repräsentierte und dabei eine ideologische Geschlossenheit erreichte, wie sie keine sozialistische Partei vorher oder nachher erreichen konnte. Daß diese Geschlossenheit keineswegs auf bloßen Kompromißformeln beruhte, zeigt eine Lektüre des Linzer Programms von 1926. Die Stärke dieser proletarischen Massenorganisation schloß eine ganze Reihe spezifischer Schwächen ein, die unabhängig von ihrer strategischen Konzeption und den damit einhergegangenen Schwierigkeiten betrachtet werden können. Ich nenne beispielsweise die relative Schwäche der Parteipresse — die Arbeiterzeitung hatte nie mehr als rund 165000 Abonnenten, die theoretische Zeitschrift »Der Kampf« nicht mehr als 5000 —; die relative Schwäche der Jugendorganisationen oder den charakteristischen Widerspruch, der zwischen den starken formellen Garantien der innerparteilichen Demokratie und der faktisch oligarchischen Parteiführung bestand. Diese Schwächen müssen aber, will man sie richtig beurteilen, im Vergleich zu zeitgenössischen sozialdemokratischen und kommunistischen Massenparteien gesehen werden — dann schneidet die SDAPÖ allemal am besten ab. Mit der unbefragten Übernahme von Vorurteilen aus alten Polemiken wird Butterwege der Bestimmung und Erklärung der besonderen Schwächen der SDAPÖ und ihrer Niederlage gegen den Austrofaschismus nicht näher kommen.

VI.

Es ist eine charakteristische Eigentümlichkeit des Doktrinarismus, den die Marxisten-Leninisten bis heute pflegen, daß sie sich theoretische Auseinandersetzungen zwischen Marxisten allein nach dem Vorbild eines Streits der Kirchenväter um die richtige Auslegung »Heiliger Schriften« vorstellen können. Getreu dieser scholastischen Vorstellung von »dem Marxismus«, der in der Form von »Aussagen der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus« geoffenbart worden ist, fragt Butterwege Otto Bauer und Max Adler in der »Staatsfrage« ab und stellt fest, daß beide »die« *marxistische Staats- und Politiklehre* verkürzen und verfälschen.³⁶ Was Butterwege für die »Grundlagen der marxistischen Staatstheorie oder »das staatstheoretische Konzept der marxistischen Klassiker«

ansieht³⁷, ist eine Mischung aus leninistischem Katechismus und Lesefrüchten der bundesdeutschen »Staatsableitungs«-debatte. Nur ein einziges Mal wirft Butterwege Bauer und Adler nicht mangelnde Dogmentreue vor, und da zeigt sich sofort, daß er nicht einmal kennt, was er kritisiert. Er meint, die politischen Analysen der Austromarxisten könnten zur Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus nichts beitragen, weil sie »dem Monopol« (welchem?) zu wenig Aufmerksamkeit schenkten.³⁸ Warum wohl? Ganz einfach: Weil in Handel und Industrie Deutschösterreichs durchweg Kleinbetriebe vorherrschten, weil die Wiener Großbanken ihre beherrschende Vorkriegsstellung infolge der Auflösung Österreichs-Ungarns verloren hatten. Die einzige Ausnahme bildete die Alpine-Montan-Gesellschaft, die daher auch das hauptsächliche Angriffsziel der Sozialisierungsversuche von 1919/20 bildete. Nachdem diese gescheitert waren, befand sich die Alpine-Montan — wie auch die meisten übrigen österreichischen Betriebe von überlokaler Bedeutung — zu einem beträchtlichen Teil in ausländischem Privatbesitz. Diese ökonomischen Fakten werden von Bauer immer wieder untersucht und in seinen Klassenanalysen Deutschösterreichs, die seine politischen Strategievorschläge begründen sollen, immer wieder vorgetragen.

Was »der Marxismus«, würdig vertreten durch Butterwege, ansonsten zur »Staatsfrage« zu vermelden weiß, und woran er Otto Bauers und Max Adlers politische Theorien mißt, läßt sich in zwei Sätzen resümieren: Erstens ist jeder Staat Reflex von Klassengegensätzen und hat ein »Klassenwesen«; zweitens gibt es, je nach herrschender Klasse, nur zwei Staatstypen, die für den Zeitgenossen in Westeuropa von Belang sind, nämlich eine »Diktatur der Bourgeoisie« und eine »Diktatur des Proletariats«. Folglich besteht auch die Demokratietheorie »des Marxismus« allein darin, zwischen »bürgerlicher« und »proletarischer« oder »sozialistischer« Demokratie zu unterscheiden und beide jeweils mit einer »Klassendiktatur« — der Bourgeoisie bzw. des Proletariats — gleichzusetzen.³⁹ In dieser theoretischen Nacht sind nicht nur alle Katzen grau, sondern auch die Bundesrepublik unter sozialliberaler Regierung und Chile unter dem Pinochet-Regime dem »Wesen« nach dasselbe: eine »Klassendiktatur« der Bourgeoisie, die, nach Butterwege, von der Staatsform überhaupt nicht berührt wird, weil Staatsformen »eine andere Ebene, nämlich die des Staates« betreffen.⁴⁰ Nach dieser Logik ist auch die alte, in der sozialistischen Tradition heftig umstrittene Frage, wie denn die Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft trotz gesellschaftlicher Abhängigkeit und Subalternität eine politische Übermacht über die herrschende Kapitalistenklasse gewinnen und wie sie diese politische Macht einsetzen müsse, um jegliche Klassenherrschaft zu beseitigen, wie also die beherrschte Arbeiterklasse zur gesellschaftlich führenden und politisch regierenden Klasse werden kann, ohne dadurch selbst zur herrschenden Klasse zu werden oder einer neuen herrschenden Klasse zum Aufstieg zu verhelfen, leicht zu beantworten: Sie wird »gelöst«, indem Butterwege »zwischen beide Kategorien (Demokratie und Diktatur des Proletariats; MK) ein Gleichheitszeichen« setzt.⁴¹ Solche Überlegungen wird man kaum als »Begriffsakrobatik« bezeichnen kön-

nen — wie Butterwegge dies Bauer und Adler vorhält. Dafür haben sie den Nachteil, weder Erklärungen noch Orientierungen für sozialistische Politik zu schaffen. Ihr eigentlicher Zweck ist es, die im Austromarxismus entwickelten Beiträge zu Konzeptionen eines demokratischen Weges zum Sozialismus als Marxfälschung und -verflachung zu denunzieren. Das geht ganz einfach: Weil jede Diktatur des Proletariats definitionsgemäß Demokratie ist, ist die Bauer-sche Unterscheidung zwischen »demokratischem« und »despotischem« Sozialismus überflüssig. Weil andererseits jede bürgerliche Demokratie ihrem »Wesen« nach Klassendiktatur ist, ist der demokratische Weg zur Macht eine Illusion, die am oberflächlichen Schein der Demokratie als einer Staatsform klebt. Und weil das alles so schön einfach ist, ist natürlich auch das Nachdenken über das Problem der »Hegemonie« in der bürgerlichen Gesellschaft — also: wie herrscht die Bourgeoisie im Staat? wie ist es möglich, daß die Kapitalherrschaft bestehen kann ohne Bourgeoisregierung? wie werden die Ideen der herrschenden Klasse zu »herrschenden Ideen«? usw. usf. — nur eine überflüssige Verwirrung, eine »Überbewertung« ideologischer und subjektiver Herrschaftsmechanismen.⁴²

Es nimmt nicht wunder, daß Butterwegge, für den sich die Marx-Engelssche Kritik der Politik in spekulativen Redensarten über den »Klassencharakter des Staates« erschöpft, mit den politischen Theorien der Austromarxisten nichts besseres anzufangen weiß, als seine vorsätzlichen Begriffsverwirrungen daran zu erproben. Wer, wie die Austromarxisten, den höchst mißverständlichen Ausdruck »Diktatur des Proletariats« aus seinem politischen Sprachgebrauch offiziell verbannt — wie dies mit ganz gleichen Begründungen 40 bzw. 50 Jahre später auch die österreichischen und französischen Kommunisten getan haben⁴³ —, hat bei einem »Marxisten« vom Schlage Butterwegges verspielt. Der wirkliche Hintergrund des Streits ist einfach, daß Adler und Bauer gleichermaßen bestreiten, daß in der Sowjetunion in den zwanziger Jahren eine Diktatur des Proletariats besteht, d.h. sie wenden sich gegen den apologetischen Gebrauch eines Begriffs, der durch das Paradox, das diesem Begriff anhaftet, ermöglicht wird. Wie sich leicht in der Verfassungsgeschichte der Neuzeit zeigen läßt, sind die staatsrechtlichen Begriffe von Demokratie und Diktatur nicht unvereinbare Gegensätze. Fast alle demokratischen Verfassungen enthalten Ausnahme- oder Notstandsregelungen, die eine zeitweilige Aufhebung des sonst normalen Regierungssystems vorsehen. Ein solcher Ausnahmestaat ist auch die revolutionäre Diktatur der Jakobiner im Wohlfahrtsausschuß von 1793, die ohne formelle Aufhebung der Verfassung der französischen Republik von 1793, dem klassischen Vorbild aller demokratischen Staatsverfassungen im Europa des 19. Jahrhunderts, ausgeübt wurde. Und eine solche Notstandsregierung für eine Übergangsperiode auf der Basis einer demokratischen Staatsverfassung meint auch Marx' Rede von der »revolutionären Diktatur des Proletariats«. Die führenden austromarxistischen Theoretiker waren sich einig, daß eine proletarische Partei ihre Regierungsposition gegen offene und gewaltsame Verfassungsbrüche, zumal gegen ausländische Interventionen und im Bürgerkrieg auch mit den Mitteln

der Diktatur verteidigen muß. Die wirkliche Verwirrung beginnt erst, wenn die Herrschaft einer Klasse — unabhängig von der Staatsform und ohne Rücksicht auf das Verhältnis der Klassenkräfte — als Diktatur bezeichnet wird, so daß auch ein demokratisch verfaßter Staat mit einer sozialistischen Mehrheitsregierung, in der das Proletariat das politische Übergewicht über alle übrigen Gesellschaftsklassen gerade durch die Ausweitung der Demokratie, oder dadurch, daß es in seiner Gesamtheit zur »regierenden Klasse« wird, wie Marx sagt, als Diktatur gelten soll. Die Verwirrung ist gefährlich, weil sich jedes Diktaturregime, ganz gleich, auf welche Klassenkräfte es sich tatsächlich stützt, durch den Anspruch rechtfertigen kann, nur die Diktatur einer Klasse durchzuführen. In dem hier gemeinten Streitfall ging es darum, die tatsächliche Klassenbasis des Sowjetstaates aufzufinden — nicht in den Reden Lenins oder Trotzki, sondern in der russischen Gesellschaft. Da gehen die Ansichten der Austromarxisten auseinander. Das Problem, an dem sie sich abarbeiten, ist kurz gesagt dies: Wie setzt sich eine ökonomische Klassenherrschaft in staatliche Organisation und staatliches Handeln um? Und vom Standpunkt einer proletarischen Partei: Wie kann die Arbeiterklasse zur politisch herrschenden Klasse werden, ohne eine neue ökonomische Klassenherrschaft aufzurichten, d.h. ohne andere Klassen ökonomisch auszubeuten? Bauers Lösungsvorschläge scheinen mir die plausibelsten zu sein: Bauers politische Theorie führt zu dem Schluß, daß eine »Diktatur der Bourgeoisie« nur als Grenzfall bürgerlicher Klassenherrschaft auftreten kann, unter der sozialen Voraussetzung eines spezifischen Ungleichgewichts der Klassenkräfte, dann nämlich, wenn die Bourgeoisie die Hegemonie über die Mehrheit der übrigen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft verloren hat und gezwungen ist, selbst zur regierenden Klasse zu werden. Eine solche Krise der bürgerlichen Herrschaft ist immer zugleich eine Krise der politischen Demokratie, die die Bourgeoisie auf die besitzenden Klassen zu beschränken sucht, sobald ihre regierende Kaste soweit den Rückhalt bei den nicht-bürgerlichen Klassen verliert, daß sie keine stabilen Mehrheitsregierungen mehr bilden kann. Wenn der soziale Block zerfällt, auf den sich die politische Vormacht der Bourgeoisie bislang gründete, können faschistische, ihrer sozialen Basis nach Mittelklassen- und Deklassiertenbewegungen zu Grenzträgern bürgerlicher Herrschaft aufrücken, allerdings um den Preis der politischen Entmachtung der Masse der Bourgeoisie und ihrer traditionellen regierenden Kaste. Analog dazu ist eine »Klassendiktatur« des Proletariats nur als Krise der proletarischen Demokratie und des Sozialismus denkbar. Dann nämlich, wenn die soziale Basis, die die proletarische Partei bei den nicht-proletarischen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft findet und zusammenhalten kann, für eine Alleinregierung zu schmal ist, so daß sie entweder die politische Macht teilen, daher auf sozialistische Politik größtenteils verzichten muß, oder aber ihre Vormachtstellung nur durch die politische Entrechtung der anderen Klassen, also durch Einschränkung der politischen Demokratie aufrechterhalten werden kann. Eine Diktatur des Proletariats in diesem Sinn will Bauer unter allen Umständen vermeiden, und darin zeigt sich, daß er »De-

mokrat um des Sozialismus willen« ist. Denn so klar ihm ist, daß eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sich nur durch Entmachtung und Enteignung der Bourgeoisie durchsetzen läßt (was nur im Fall einer bewaffneten Konterrevolution die vorübergehende Beschneidung der individuellen politischen Rechte aktiver Konterrevolutionäre bedingen mag), so klar ist ihm, daß sich der Sozialismus nicht als neue Klassenherrschaft über eine entrechtete und unterdrückte arbeitende Bevölkerung verwirklichen läßt.⁴⁴

Die austromarxistischen Konzepte der Zwischenkriegszeit haben darum erneute Beachtung bei Sozialisten und Kommunisten gefunden, weil sie in vieler Hinsicht, vor allem im Blick auf die Probleme sozialistischer Politik von proletarischen Massenorganisationen in Ländern mit voll entwickelter parlamentarischer Demokratie, Pionierarbeiten darstellen, denen die leninistische Tradition nichts Vergleichbares zur Seite stellen kann. Sie sind zu einem großen Teil politische Tagesanalysen, deren bleibenden Erkenntniswert erst eine sorgfältige, vergleichende Lektüre erweisen kann. Auf keinen Fall darf man der Illusion verfallen, durch eine Bauer-Exegese »die« politische Theorie »des« Marxismus gewinnen zu können. Und ebensowenig darf sich die Beschäftigung mit dem Austromarxismus von vornherein in die polemischen Frontstellungen verrennen, in die sich der Leninismus stets aufs neue verrennt. Pflichtübungen in Dogmatismus nach dem von Butterwege gelieferten Muster werden auch weiterhin nur dazu beitragen, die Theoriefeindschaft und speziell die antimarxistischen Affekte zu verstärken, die sich heute unter der jüngeren Studentengeneration bemerkbar machen, statt dem Marx-Engelsschen Projekt eines Wissenschaftlichen Sozialismus dadurch auf die Sprünge zu helfen, daß ihm neue Mitarbeiter gewonnen werden.

Anmerkungen

- 1 Christoph Butterwege, *Austromarxismus — Mode oder Methode?*, in: *Sozialistische Korrespondenz* (SK), H.22 u. 23, Hamburg 1979; hier: SK 23, S.17.
- 2 Hans-Jörg Sandkühler/Rafael de la Vega (Hrsg.), *Austromarxismus, Texte zu Ideologie und Klassenkampf*, Frankfurt/M. 1970, S.48.
- 3 Butterwege, ebd.; Sandkühler, ebd..
- 4 Yvon Bourdet, *Les conditions de l'étude de l'austromarxisme*, in: *Le mouvement social*, No.50, 1965, S.112, 117, 119f.
- 5 Eine Ausnahme bildete Julius Braunthal, *Otto Bauer — Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk*, Wien 1960.
- 6 Vgl. Yvon Bourdet, *Otto Bauer et la révolution. Présentation d'un choix des textes*, Paris 1968 und ders., *Max Adler, Démocratie et conseils d'ouvriers*, Paris 1970.
- 7 Vgl. Giacomo Marramao, *Austromarxismo e socialismo di sinistra fra le due guerre*, Mailand 1977.
- 8 Tom Bottomore/Patrick Goode, *Austromarxism*, Oxford 1978.
- 9 Siehe *Otto Bauer Werkausgabe*, Wien 1976ff. Bisher sind 7 Bände erschienen. Einzelausgaben von *Arbeiten Max Adlers* und *Otto Bauers* wurden in den sechziger Jahren vom Europa-Verlag und vom Verlag der Wiener Volksbuchhandlung veröffentlicht.
- 10 Vgl. Norbert Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien/Frankfurt/Zürich 1968.
- 11 Vgl. dazu lfd. die Informationen hrsg. v. Projektteam zur *Geschichte der Arbeiterbewegung*, Wien, o.J., jetzt im 5. Jahrgang.

- 12 Siehe Charles A. Gulick, Österreich von Herberich zu Hitler, Wien 1976.
- 13 Vgl. Jean-Pierre Chevènement, Les socialistes, les communistes et les autres, Paris 1977; Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe, Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin (West) 1978.
- 14 Beim Campus-Verlag wird für den Herbst eine Auswahl von Texten zur politischen Theorie des Austromarxismus vorbereitet.
- 15 Bisher haben zwei internationale Otto-Bauer-Symposien in Wien stattgefunden. Weitere sollen folgen. Vgl. den Dokumentationsband Detlev Albers u.a. (Hrsg.), Otto Bauer und der »dritte« Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt/M.-New York 1979.
- 16 Vgl. Marx-Studien, I. Band, Vorwort, S.V-VIII, Wien 1904.
- 17 Vgl. Leo Trotzki, Mein Leben, Frankfurt/M. 1970, S.184, 185, 186.
- 18 Vgl. W.I. Lenin, Werke (LW), Bd.29, S.381.
- 19 LW 30, S.350, 351f.
- 20 LW 31, S.89, 217f.; LW 33, S.268, 269f.
- 21 Vgl. Otto Bauer, Bolschewismus oder Sozialdemokratie, Wien 1920; ders., Der Weg zum Sozialismus, Wien 1919. Beides in der Otto-Bauer-Werkausgabe, Band 2, Wien 1976, S.89ff., 223ff.
- 22 Eugen Varga (Hrsg.), Die sozialdemokratischen Parteien. Ihre Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung der Gegenwart, Hamburg 1926, S.19, 185, 185.
- 23 Eugen Varga, a.a.O., S.5, 6, 9, 10.
- 25 Horst Klein, Austromarxismus und Sozialreformismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 11/1975, S.1145, 1141.
- 26 Ders., Die philosophischen Ideen des »Austromarxismus« und ihre Rezeption im gegenwärtigen rechten Revisionismus und Sozialreformismus, in: Autorenkollektiv, Philosophischer Revisionismus. Quellen, Argumente, Funktionen im ideologischen Klassenkampf, Berlin (DDR) 1977, S.269, ders., 1975, a.a.O., S.1145, 1143. — Diesen Passus zitiert Butterwegge kommentarlos.
- 27 Ders., 1977, a.a.O., S.273ff.
- 28 Vgl. Butterwegge, SK 22/1979, S.18.
- 29 Vgl. Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, in: Otto-Bauer-Werkausgabe, Band I, S.607ff., ders., Gefahren des Reformismus, in: Der Kampf, III. Band (1909/10), S.241ff., ders., Gewerkschaften und Sozialismus, in: Der Kampf, VII. Band (1913/14), S.241ff.
- 30 Vgl. Butterwegge, SK 23/1979, S.17.
- 31 Ebd. sowie SK 22/1979, S.17. — Vgl. Horst Klein 1977, a.a.O., S.287, 290.
- 32 Siehe dazu Herbert Steiner, Am Beispiel Otto Bauers — die Oktoberrevolution und der Austromarxismus, in: Weg und Ziel, Sondernummer Juli 1967. Diese einzig faire Darstellung von kommunistischer Seite ist während der kurzen Periode des Austro-Eurokommunismus veröffentlicht worden. Bauer teilt mit Paul Levi die Hochachtung Lenins als historische Persönlichkeit und die Skepsis gegenüber dem Anspruch des »Leninismus«, eine universell gültige Weiterbildung der Marxschen Theorie zu sein. Vgl. Paul Levi, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1970, S.148ff., 150.
- 33 Siehe Butterwegge, SK 23/1979, S.18
- 34 Otto Bauer, Sozialdemokratie, Religion und Kirche. Ein Beitrag zur Erläuterung des Linzer Programms, Wien 1927, S.44.
- 35 Ders., Austromarxismus, in: Arbeiterzeitung vom 3.11.1927, wieder abgedruckt in: Sandkühler/de la Vega, a.a.O.
- 36 Vgl. Butterwegge, SK 22/1979, S.18 und SK 23/1979, S.17.
- 37 Vgl. ebd., S.17 und SK 22/1979, S.18.
- 38 Vgl. ders., SK 23/1979, S.16.
- 39 Vgl. ders., SK 22/1979, S.17, 18 und SK 23/1979, S.16.
- 40 Vgl. ders., SK 22/1979, S.18.
- 41 Ders., SK 23/1979, S.16. — Dieses Gleichheitszeichen versucht Butterwegge obendrein noch Rosa Luxemburg in die Schuhe zu schieben, weil diese sich — wie Lenin, wie Otto Bauer — gegen die abstrakte Entgegensetzung der staatsrechtlichen Begriffe von Diktatur und Demokratie wandte.
- 42 Ders., SK 22/1979, S.18.
- 43 Vgl. Otto Bauer, Das neue Parteiprogramm, Referat gehalten auf dem Parteitag d. SDAPÖ in Linz, 1926, wieder abgedruckt in: Otto Bauer-Werkausgabe, Band V, Wien 1978, S.393ff. Vgl. Leopold Spira, Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus, München 1978.
- 44 Vgl. dazu: Otto Bauer, Kapitalherrschaft in der Demokratie, in: Der Kampf, Band 21 (1928), S.335ff. und ders., Das Gleichgewicht der Klassenkräfte und ders., Demokratie und Sozialismus. Beides abgedruckt in: Sandkühler/de la Vega, a.a.O.

Interview

Tony Benn (britische Labour Party):

»... und dann
stoßen sie auf die Gewerkschaftsbewegung,
die sehr stark ist und sehr einig im Wege steht...«

Einleitung

In Großbritannien ist seit knapp einem Jahr eine Regierung am Ruder, die alle Instrumente aufbietet, um die Arbeiterbewegung zu schwächen. Zum zweiten Mal seit Kriegsende geht eine konservative Regierung jetzt ungeachtet der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen auf Konfrontationskurs gegen die Gewerkschaften. Die Kriegserklärung an die britische Arbeiterbewegung hat verschiedene Gesichter. Tony Benn, langjähriger Wortführer des linken Flügels der Labour Party, erläutert die sich verschärfende Situation und den Widerstand der Gewerkschaftsbewegung.

Das Interview vom 6. März 1980 in London führte unser Redaktionsmitglied Christiane Rix-Mackenthun, die auch die Übersetzung aus dem Englischen vornahm.

spw: Tony Benn, Du wirst als Führer des linken Flügels der Labour Party und der Tribune Group¹ in der Parlamentarischen Labour Party² betrachtet. Welche Rolle spielt die Tribune Group innerhalb der Parlamentspartei?

Benn: Nun, ich bin kein Mitglied der Tribune Group. Ich bin nie Mitglied der Tribune Group gewesen — und vor dreißig Jahren, als Aneurin Bavin³ zurücktrat, gab es eine Gruppe, die als Bavin-Gruppe bekannt und mit ihm verbunden war. Aber ich wollte damals kein Mitglied einer vereinzelter Gruppe sein, und ich will es eigentlich auch jetzt nicht, weil ich glaube, daß die Partei das Vertrauen braucht, sozialistische Prozesse als Hauptströmung voranzutreiben. Aber die Tribune Group besteht aus ungefähr 60 Abgeordneten, sie hat eine Zeitung, die *Tribune*, die viel gelesen wird. Sie ist eine Erbin der Bavin-Tradition, nicht notwendigerweise irgendwie marxistisch, denn der Einfluß von Marx in der britischen Labour Party ist immer ziemlich gering gewesen, verglichen mit der deutschen SPD. Aber es ist eine eindeutig linke Gruppe von Abgeordneten. Und sie hat immer einen durchaus bemerkenswerten Einfluß gehabt. Sie ist eine der zahlreichen Strömungen innerhalb der Labour Party, die einigen Effekt in unserer Politik erzielt. Aber das Charakteristikum der britischen Labour Party natürlich, was sie, wie ich vermute, von anderen sozialistischen Parteien unterscheidet, ist, daß die Partei ihr Fundament in den Gewerkschaften hat. Die Gewerkschaften umfassen über 13 Millionen (Mitglieder, die Redaktion), 6 Millionen sind an die Labour Party angeschlossen. Sie haben die Labour Party aufgebaut. Innerhalb der Partei gibt es ein breites Spektrum von Meinungen, angefangen beim rechten Flügel mit all den christlichen Demokraten, die man innerhalb der Labour Party antreffen kann, bis hin zu den Leuten, die in der italienischen kommunistischen Partei sein könnten. Auf diese Weise existiert wirklich ein breites Spektrum von Meinungen, aber es ist eine Partei, die auf der Grundlage der vereinigten Gewerkschaftsbewegung fußt. Weißt Du, es gibt da katholische und kommunistische Gewerkschaften. Innerhalb dieser verschiedenen Strömungen hat auch die Tribune Group Einfluß.

spw: Wie steht es mit Callaghans Chance, wieder Parteivorsitzender zu werden?

Benn: Ich glaube nicht, um ehrlich zu sein, daß es besonders wichtig ist, wer Parteivorsitzender ist, oder wie lange er bleibt, oder wer sein Nachfolger wird. Ich glaube nicht, daß das viel ausmacht. Was wirklich wichtig ist, ist die Beziehung der parlamentarischen Führung und der parlamentarischen Partei zum Rest der Partei. Was wir wirklich brauchen, ist ein kollektiver Vorstand, in dem die Repräsentanten im Parlament Teil der Gesamtpartei sind, die berücksichtigen, was die Masse sagt ..., darum geht es. Aber die Labor Party wird wahrscheinlich ihren Vorsitzenden nicht wechseln, und wenn Callaghan weitermachen wollte, bis er 87 ist, so wie Tito. Ich glaube nicht, daß es irgendeinen Versuch geben würde, ihn los zu werden... Die wirklich wichtigen Auseinandersetzungen gehen nicht um Personalfragen innerhalb der Partei. Aber die Presse lebt von Personalfragen, Gerüchten. Und deshalb würde jeder Außenstehende, der darüber liest, denken, die ganze Angelegenheit wäre ein Machtkampf wie in den amerikanischen Vorwahlen. So ist es wirklich nicht. Wir haben sehr wichtige Themen, die wir diskutieren, sehr wichtige, und sie werden über die Zukunft der Labour Party für die nächsten zwanzig Jahre entscheiden.

spw: Der Labour Parteitag im letzten Jahr wurde oft als ein Meilenstein in der Geschichte der Partei bezeichnet, und er wurde ebenfalls als Offensive des linken Flügels gegen die politische und organisatorische Abkopplung der Parlamentspartei und des Parteivorsitzenden von der Partei selbst und den Gewerkschaften angesehen. Das NEC (National Executive Committee — Vorstand der Partei) setzte zwei von drei wichtigen Statutenänderungen durch. Erstens die Demokratisierung des Wahlverfahrens der Kandidaten für das House of Commons und den direkten und entscheidenden Einfluß des NEC auf zukünftige Wahlprogramme. Nur die Wahl des Parteivorsitzenden verblieb bei der Parlamentspartei. Aber diese Änderungen müssen von der nächsten jährlichen Konferenz im Oktober noch bestätigt werden. Wie schätzt du die Chance einer Bestätigung oder sogar einer Steigerung des Einflusses des linken Flügels auf die Parlamentspartei und eine zukünftige Labour Regierung ein?

Benn: Nicht gerade die Linke auf die Parlamentspartei. Sieh mal, es gibt einen linken Flügel innerhalb der Parlamentspartei und es gibt einen rechten Flügel innerhalb der Gewerkschaften. Deshalb geht es um die Beziehung zwischen der Parlamentspartei und der Partei außerhalb, und es ist ein Fehler, dabei an rechts und links zu denken. Die Auseinandersetzung geht um das Verhältnis zwischen verschiedenen Teilen der Partei, einer zur anderen. Wenn man sich die drei Änderungen ansieht, drehen sie sich alle um dieses Verhältnis, nicht um die Rolle des Parteivorsitzenden. Aber wer auch immer Parteivorsitzender ist, sollte der Gesamtpartei verantwortlich sein, der Konferenz, den Gewerkschaften. Die Politik, sollte sie vom Parteivorsitzenden allein bestimmt werden, oder sollte die von der Konferenz insgesamt bestimmt werden? Sollte ein Abgeordneter in der Lage sein, die Leiter wegzustoßen, wenn er oben ist und sagen, »jetzt bin ich ein Staatsmann. Ich brauche meine Partei nicht«, oder sollte er seinen aktiven Mitgliedern verantwortlich sein? Nun, seitdem haben wir eine Kommission gegründet, und die Kommission hat die Aufgabe, diese Dinge zu untersuchen. Aber ich glaube persönlich, daß die Konferenz sich gar nicht so voll über die Bedeutung dessen, was da passiert ist, im klaren ist. Sie wollen eine Partei, die in der Lage ist, ein vernünftiges Verhältnis zu ihren parlamentarischen Repräsentanten zu haben, und ich persönlich glaube nicht, daß die in der Lage sein werden, die Uhr zurückzudrehen. Ich kann mich täuschen, aber ich glaube nicht daß sie das tun werden.

spw: Ist nicht das Verhältnis von rechts zu links innerhalb der Parlamentspartei drei zu eins, wohingegen es in der Labour Party genau anders herum ist, so daß die Parlamentspartei die Situation der Labour Party selbst gar nicht widerspiegelt?

Benn: Nun, die Mehrheit der Parlamentspartei würde als rechts bezeichnet werden, und die momentane Mehrheit der Partei im Land als links-stehend. In Wirklichkeit ist dieses Verhältnis nicht dramatisch, weil die gesamte Labour Party eine sehr gemäßigte Partei ist verglichen mit sozialistischen Auffassungen in der Welt. Und es gibt auch irgendwie eine ganze Reihe von Labour Abgeordneten, die es genauso sehen. Ich versuche nicht, die Bedeutung dieser Auseinandersetzungen unterzubewerten, sie sind wichtig für die Zukunft der Partei, allerdings läuft das nicht so, wie es dargestellt wird. Es wird wirklich so dargestellt, als gäbe es eine rechts-links-Spaltung. Die Frage ist, sind wir *eine* Partei, die Parlamentarier, die Gewerkschaften und die aktiven Mitglieder im Lande, oder sind wir *zwei* Parteien, mit den Leuten im Parlament, die sagen, naja, wir sind anders, wir sind frei, wir sind unabhängig, und die Partei im Lande ist nicht mehr als ein Unterstützungsverein für eine Fußballmannschaft! Und wir müssen das hinkriegen, denn historisch sind wir eine sehr mächtige Partei. Wir sind eine richtige sozialistische Partei aus Begeisterung, und dann, wenn man sich anguckt, was passiert ist, haben wir sehr wenig an den Machtstrukturen in Großbritannien geändert. Warum? Weil die Parlamentspartei zum Teil gesagt hat, ah, jetzt regieren wir das Land, und wenn sie die Leiter hochgeklettert und an der Macht sind, stoßen einige von ihnen die Leiter weg. Und das können wir uns nicht leisten.

spw: Im Augenblick startet die Thatcher-Regierung eine ökonomische und politische Offensive, zum Beispiel die Kürzungen in allen Bereichen der sozialen Sicherheit und öffentlichen Dienstleistungen. Welches sind die Konsequenzen dieser Kürzungen für die britische Ökonomie und vor allen Dingen für die Menschen? Wie reagieren die Gewerkschaften auf diese Offensive?

Benn: Zunächst einmal vergessen wir die Regierung für einen Augenblick. Der britische Kapitalismus ist seit hundert Jahren am Absteigen. Es ist ein langsamer Verfall. Er war aus zwei Gründen nicht in der Lage zu investieren: Erstens glaube ich, haben wir sehr starke Gewerkschaften, die Profite drücken können, und zweitens haben wir öffentliche Ausgaben, die Profite wiederum ausschließen. Und so wurde ein geschwächter britischer Kapitalismus ernster bei dem Einbruch getroffen, der sich innerhalb der kapitalistischen Welt ereignete, als irgendein anderes Land. Japan, West-Deutschland, die besser ausgerüstet sind, können sowas besser handhaben. Oder Amerika, das weniger abhängig ist vom Welthandel, kann es besser handhaben. Und auf diese Weise hat man sich in erster Linie selbst zu fragen: Was ist die britische Position? Die britische Position ist die eines stetig verfallenden Kapitalismus, fürchterlich gehindert von Weltkrisen, sehr schnell abwirtschaftend: Und deshalb ist der Spielraum für jede Regierung, konservativ oder Labour, sehr begrenzt, wenn man im Rahmen des Internationalen Währungsfonds oder des Gemeinsamen Marktes oder der internationalen kapitalistischen Mächte verbleiben will. Naja, die Labour Party hat versucht, die Leute so gut wie möglich zu schützen. Jetzt haben wir eine Regierung, die das nicht versuchen will. Und deshalb antworten sie auf die Krise, indem sie kürzen, kürzen, kürzen, und der Effekt davon ist, die britische Ökonomie in den Abgrund zu manövrieren. Und das wiederum hat einen erheblichen Effekt auf die britische Arbeiterbewegung. Nicht unbedingt auf die militante Strömung, die Linken, wenn man so will, die Ultra-Linken in der Labour Party. Aber der größte Teil der aktiven,

pragmatischen, männlichen, mittel-alterlichen Gewerkschafter, die sehr viel über sozialistische Theorien nachgedacht haben, und die jetzt die Errungenschaften von dreißig Jahren, siebzig Jahren zerstört sehen: ihre Versicherung, geringere soziale Sicherheit. Und da gibt es eine immense Radikalisierung. Das passiert gerade. Es ist in der Tat sehr wichtig. Ich habe das in dieser Weise nicht mehr erlebt seit 1945, als ich von der Air Force kam und Wahlkampf für eine Labour Regierung machte. Es war zum Ende des Krieges, und die Leute sagten, daß wir nie wieder zu den Einbrüchen der 30er Jahre zurückkehren werden. Jetzt sagen sie, naja, es ist wieder passiert, und sie sind genauso entschlossen. Deshalb ist es eine sehr wichtige Periode. Und der Grund, warum die Innerparteiliche Demokratie hier von Bedeutung ist, ist der, daß wenn die Partei auf die Krise antwortet, bringt die Politik der Regierung eine radikale Programmatik hervor. Sie wollen sicher sein, daß sie die Wahlen gewinnen. Diese Programmatik ist durchgesetzt. Deshalb ist der Zusammenhang zwischen der Krise in Britannien, dieser Politik der Regierung und der internen Demokratiestruktur in der Labour Party, dieser Zusammenhang ist sehr stark.

spw: Die Löhne der Stahlarbeiter fielen real um 23% in den Jahren 1971 bis 1978. Hat der Stahlstreik lediglich die Intention, die Löhne anzuheben, oder gibt es noch andere Gründe, beispielsweise die beabsichtigte Reprivatisierung der BSC (British Steel Corporation, das staatliche Stahlunternehmen, das bestreikt wird) oder um das Verlagern großer Teile der Stahlproduktion auf den Privat-Sektor zu vermeiden, wo ja wohl auch der Gemeinsame Markt eine besondere Rolle spielt?

Benn: Offiziell geht es bei diesem Stahlstreik um Bezahlung. Aber sie wollen die Löhne nicht anheben, sondern sie vor Kürzung bewahren, weil die Inflation 18% erreicht hat und auf 20% steigen wird. Und den Stahlarbeitern wurden zuerst 2% angeboten, so daß in der Tat das erste Angebot der Steel Corporation gemäß Regierungsinstruktion den Sinn hatte, die realen Löhne der Stahlarbeiter empfindlich zu kürzen. Und sie waren eine gemäßigte Gewerkschaft, sie haben seit 1926 nicht mehr gestreikt. Sie waren nicht bereit, das zu akzeptieren. Aber inzwischen zusätzlich deshalb, weil das Teil der Antwort auf die Politik der De-Industrialisierung geworden ist, die Leyland verkleinert, so daß weniger Nachfrage nach Stahl herrscht. Ein Stahlarbeiter kann sich kein Auto leisten, deshalb gibt es weniger Nachfrage nach Autos. Bei der Bergbau-Industrie, die Stahl mit Kohle versorgt, werden Minen geschlossen. Die Schiffbau-Industrie erlebt einen Niedergang, das bedeutet weniger Stahl. Und der wirklich wichtige Teil dieses Disputes ist, jenseits von der Bezahlung, die Frage der Arbeitsplatzsicherung für die Stahlarbeiter sowie die Zukunft der Stahlindustrie. Es soll verhindert werden, daß die Regierung ihre Politik durchsetzt, die bedeutet, alle profitablen Bereiche zu verkaufen und alle unprofitablen zu schließen. Ich glaube, das ist die richtige Erklärung.

spw: Vor kurzem wurde vom Court of Appeal⁴ ein Urteil gefällt, das der privaten Stahlindustrie eine Verfügung gegen die Iron and Steel Trades Confederation (ISTC — Stahlarbeitergewerkschaft) gewährte, und deren Versuch, den Stahlstreik auf den privaten Sektor auszudehnen, verbot. Das House of Lords nahm daraufhin einen anderen Standpunkt ein. Was passierte eigentlich, und was bedeutet das?

Benn: Wenn wir sagen 'House of Lords', muß man wissen, daß es in unserer komischen britischen Verfassung eigentlich gar nicht das House of Lords ist. Es sind die Juristen. Das höchste Gericht in Britannien wird das House of Lords genannt. Diejenigen Leute, die im House of Lords für diese Dinge sitzen, sind Richter, deshalb ist es das höchste Gericht.

Und wirklich entschied es, daß das Urteil von Lord Denning⁵ falsch sei. Naja, was Lord Denning meinte, war, man könnte nur diejenigen bestreiten, mit denen man in (Tarif-)Auseinandersetzungen stünde. Das bedeutet, daß er tatsächlich die Idee des Sympathiestreiks angriff. Und um einen Sympathiestreik handelte es sich wirklich, was die Stahlarbeiter machten. Naja, das House of Lords sagte, das Urteil entspräche nicht dem Recht. Das höchste Gericht sagte, das entspricht nicht dem Recht, und sie revidierten Lord Dennings Urteil. Und die Leute sagten, aha, die Richter sind fair. Aber nach meiner Meinung sagte das House of Lords, daß diese Änderung, wenn sie gemacht würde, auf dem Wege der Gesetzesänderung und nicht der Interpretation des alten Gesetzes zu geschehen habe. Nun, die Strategie der Regierung ist sehr einfach: Sie erkennen den Verfall des Kapitalismus, und sie erkennen den Einfluß der Gewerkschaften und öffentlichen Ausgaben im Hinblick auf den Stillstand im kapitalistischen System. Deshalb sagen sie, wir müssen die Profite erhöhen, deshalb müssen wir die Löhne kürzen, deshalb müssen wir die öffentlichen Ausgaben kürzen, und dann wenn sie überlegen, wie machen wir das, stoßen sie auf die britische Gewerkschaftsbewegung, die sehr stark ist und sehr einig im Weg steht. So, sagen sie dann, wir müssen die Macht der Gewerkschaften eliminieren, und sie tun es auf drei Weisen: zunächst einmal über die Arbeitslosigkeit, weil eine Reservearmee von Arbeitslosen den Machtapparat der Gewerkschaften reduziert. Zweitens durch Gesetzgebung, die den Effekt haben soll, gewerkschaftliche Aktivitäten nur möglich zu machen, wenn sie ineffektiv sind. Wenn es effektiv wird, muß es illegalisiert werden. Und drittens durch die unheimliche Propaganda oder Medien gegen Gewerkschaften, die der britischen Bevölkerung erzählen, Gewerkschaften sind ein Feind der Demokratie, ein Feind der Freiheit, ein Feind des Staates und so weiter. Und diese drei Methoden werden alle von der Regierung benutzt, und die Gewerkschaftsbewegung brandmarkt dies genauso wie 1972 bei der Heath-Gesetzgebung. Eine sehr wichtige Kampagne im Prozeß der Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung und der gesamten Arbeiterbewegung. So, das ist im Groben der Zusammenhang des Urteils mit dem Streik.

spw: Die Tory-Regierung plant, einen neuen Gesetzentwurf zum Arbeitsrecht durch das Parlament zu jagen. Was beinhaltet das Arbeitsgesetz, und was geschieht in der Parlamentspartei und in der Arbeiterbewegung, um es zu verhindern?

Benn: Naja, das Arbeitsgesetz ist im Endeffekt ein Gesetzentwurf, um die Macht der Gewerkschaften einzuschränken, und es wird dies tun, indem es das Gesetz in Hinsicht auf die Sekretäre, die Streikposten und viele andere Dinge ändern wird. Im Effekt ist geplant, den rechtlichen Status der Gewerkschaften zu verringern, so daß sie nicht in der Lage sein werden, der Kampagne für höhere Gewinnspannen entgegenzutreten. Das ist die Absicht. Nun, die Parlamentspartei wird dagegen opponieren, das National Executive Committee hat den parlamentarischen Vorstand gebeten zu sagen, daß sie es widerrufen werden, falls wir an die Macht kommen ... Die Gewerkschaften werden dagegen opponieren. Und in der Tat, wenn das wirklich zu einer Konfrontation zwischen Gewerkschaftsbewegung und Regierung führen sollte, dann würde die Regierung mit den Konsequenzen konfrontiert werden. Dann kommt man in eine mörderische Situation wie die 1974, als Heath in einen Konflikt mit den Bergarbeitern verstrickt war. Und als das passierte, gab es eine Wahl und so weiter ... Es ist voller Gefahr, aber es ist ein direkter Angriff auf die Gewerkschaften, und wir werden sehen, was passiert, falls es durchkommt.

spw: Diese Situation erinnert, wie Du schon erwähnt hast, an 1974, als die Heath-Regierung an den Streiks der Bergarbeiter scheiterte. Er versuchte ebenfalls, einen Gesetzentwurf durchzusetzen, der die Rechte der Gewerkschaften beschnitt. Gibt es wirklich Ähnlichkeiten?

Benn: Ja, die gibt es. Ich bin nicht der Richtige, um Euch die Details für einen exakten Vergleich zwischen beiden zu geben. In mancher Hinsicht ist die Gesetzgebung reaktionärer als die von Heath, aber sie ist schlauer eingefädelt. Aber es gibt keinen Zweifel, daß es in jedem Fall zu furchtbarem Ärger führt. Und schließlich kann man kein gemäßigtes Land regieren, das von einem allgemeinen Konsens, arbeiten zu wollen, abhängt. Auf dieser Basis, die Gewerkschaftsbewegung so zu behandeln, als wäre sie eine feindliche Kraft, das kann man nicht machen. Und deshalb wird es scheitern. Aber es könnte unter Bedingungen scheitern, wo die Regierung sagen würde: dies ist eine Krise von Recht und Ordnung. Und wenn es tatsächlich soweit kommen würde, dann würden sich da Stimmen erheben, die nach einer härteren Politik rufen, die eine Menge Polizei und Armee im Hintergrund haben wird. Und wenn sie sagen, man müsse eine nationale Regierung haben, dann kommt man in eine Lage, die potentiell noch schwieriger ist. Vor kurzem habe ich 'Mein Kampf' gelesen, das ich 1938 kaufte, als ich 13 war, glaube ich. Und einige von den Dingen, die Hitler in 'Mein Kampf' über die Gewerkschaftsbewegung sagt, sind den Äußerungen der Rechten Britanniens über die Gewerkschaftsbewegung sehr ähnlich. Ich glaube nicht, daß es Parallelen gibt, aber ich sage durchaus, daß jede moderne freie Gesellschaft auf den legitimen Rechten der Gewerkschaftsbewegung, die Arbeiter zu organisieren, aufgebaut sein muß. Und man muß eben sehr vorsichtig sein, daß die Entwicklung nicht in die falsche Richtung kippt. Ich glaube nicht, daß es letztlich der Fall sein wird, und ich glaube nicht, daß es umkippen kann, aber jeder, der beobachtet, was los ist, muß ein Auge auf die 30er Jahre haben, weil eine Menge furchtbarer Dinge sich damals ereigneten, weil die Entscheidungen, die getroffen wurden, falsch und gefährlich waren.

spw: Es gab Anfang März einen Mißtrauensantrag im House of Commons, der keine Chance hatte, durchgesetzt zu werden. Was war die Intention eines solchen Antrags?

Benn: Das hatte seinen Sinn, im Parlament deutlich zu machen, was außerhalb des Parlaments getan wird, weil im Augenblick überall in Britannien enorme Demonstrationen im Gange sind. 57000 kamen im November in London zu einer Demonstration gegen die Kürzungen. Da waren nahezu eine Viertel Million in Wales Anfang Februar. Ich habe an der Stahlarbeiter-Demonstration in Stanford letzten Freitag teilgenommen, wo 7000 waren. 6000 demonstrierten in Manchester, 7000 Lehrer in Bristol. Kommenden Sonntag (9. März) wird eine riesige Demonstration in London stattfinden, die von den Gewerkschaften organisiert ist, und ich glaube, die Parlamentarische Labour Party-Führung war der Auffassung, es sei an der Zeit, dies im Parlament deutlich zu machen. Nun hat die Regierung die Mehrheit, und wir verlieren alle Abstimmungen, weil jede Abstimmung bei den vorausgegangenen Wahlen entschieden wird, aber zur gleichen Zeit bringt man seine Kritik zum Ausdruck, man zwingt die Regierung zu erklären, was sie macht, man gibt den Konservativen Gelegenheit zu sagen, was sie denken, und das ist eine nützliche Sache. Parlament bedeutet nicht nur, jede Abstimmung zu gewinnen. Parlament ist auch ein Forum, es ist das Zentrum der nationalen Debatte und sollte als solches genutzt werden. Das tun wir ganz bestimmt.

spw: Letzte Frage zu einem anderen Thema: In der Bundesrepublik werden im Oktober Wahlen stattfinden. Wie schätzt Du die Chancen für Franz Josef Strauß ein, Kanzler zu werden? Was glaubst Du, würde passieren, wenn er Erfolg hätte?

Benn: Nun, das ist schwierig, weil ich Deutschland nicht sehr gut kenne. Ich beobachte Vorgänge in Deutschland sehr aufmerksam und interessiert, genauso wie ich es mit Amerika, Frankreich und so weiter tue. Das muß sein, weil wir Teile derselben Welt sind. Ich glaube, was in den letzten Jahren seit dem Krieg passiert ist, ist folgendes: Der Kapitalismus wurde durch den Krieg unterbrochen. Er wurde wiederbelebt, weil eine große Nachfrage nach Waffen vorhanden war, was Vollbeschäftigung brachte, eine voll ausgelastete Volkswirtschaft. Der Kapitalismus war in der Lage, den Wohlfahrtsstaat zu finanzieren, und deshalb sah der Kapitalismus aus, als würde er erfolgreich sein.

Aber im weiteren Verlauf gelang es nicht, den Kapitalismus für die Mehrheit der arbeitenden Menschen akzeptabel zu machen. In Deutschland: die SPD mit dem Godesberger Programm, in Britannien die Wilson- und Callaghan-Regierungen, in Canada Trudeau, in Amerika Carter und Lyndon Johnson, in Schweden Olaf Palme. Kapitalismus wurde regiert von Sozialdemokraten. Das ist natürlich nicht richtig. Warum wurden wir eingesetzt? Wir wurden nicht eingesetzt, um den Kapitalismus zu regieren. Aber so ist es gelaufen. Aber natürlich ist es für die Unternehmen, die vom Kapitalismus leben, sehr attraktiv, weil, wenn der Kapitalismus zu ungerecht wird, appellieren die Sozialdemokraten an die Arbeiterklasse und sie sagen, ihr müßt die Arbeiter-Regierung unterstützen. Aber was wirklich passiert, ist das Verwalten des Kapitalismus heute.

Als der Kapitalismus krisenhafter wurde, wurden die sozialdemokratischen Regierungen geschlagen: in Australien, Olaf Palme in Schweden, Trudeau ging und kam jetzt wieder, Thatcher schlug Callaghan in England. Ein zusammenbrechender Kapitalismus, der regiert wird von solchen, die an ihn glauben. Sie sind sehr viel rauher, und sie haben nichts, womit sie die Loyalität der Arbeiterklasse gewinnen könnten. Auf diese Weise wird die ganze Sache immer gefährlicher und, wie ich schon erwähnte, wenn es falsch läuft, geht es noch weiter nach rechts. Nun, wichtig ist jetzt, was in Deutschland und Amerika passieren wird. Es kann sein, daß in diesem Jahr, wo die Krise sich verschärft, die Leute von der Rechtsentwicklung Abstand nehmen und, statt Kanzler Franz Josef Strauß und Präsident Ronald Reagan, Carter und Schmidt wiedergewählt werden. Jeder muß das hoffen.

Denn eine Welt, eine westliche Welt, regiert von Leuten, die versuchen, die Marktgesetze wiederzubeleben, geschwächte Gewerkschaften, zunehmende Ungleichheit und die Vorbereitung für eine Kalte Kriegs-Politik anstelle von Entspannung wäre sehr, sehr gefährlich. Deshalb beobachten wir mit Interesse... aber es kann sein, nachdem Trudeau zurückgekommen ist, nachdem Frau Gandhi zurückgekommen ist und Schmidt und die SPD in Deutschland massive Unterstützung aus der Öffentlichkeit zu haben scheinen, und Carter einige Situationen noch gemeistert hat, wenn auch vielleicht bis zu einem gewissen Grad falsch, kann es sein, daß wir Ende des Jahres sehen, daß die Zeiten sich ein wenig in Richtung auf Sozialdemokratie und sozialdemokratischer Führung gewendet haben. Nun ist das Problem natürlich, daß das nicht reicht, selbst dann nicht, wenn man eine sozialdemokratische oder liberale Führung des Kapitalismus hat. Das 'System' wird weiterhin krisenhaft sein. Und dann muß man sich fragen, was passiert, wenn man die sozialdemokratische Führung radikalisiert. Worum es also geht, ist die Auseinandersetzung innerhalb

der SPD, innerhalb der britischen Labour Party, innerhalb der amerikanischen Demokratischen Partei.

Im Dezember findet immerhin eine Sozialistische Konferenz in Washington statt, zu der ich mit François Mitterand, Willy Brandt und mit Olaf Palme eingeladen worden bin. Und in den Vereinigten Staaten fängt die Auseinandersetzung über die Frage, wie weit wir unsere sozialdemokratischen Institutionen radikaliseren sollten auch bereits an, Effekte zu zeigen, ein klein wenig irgendetwas, und das ist sehr ermutigend.

Anmerkungen

- 1 Die Tribune Group hat sich Mitte der 60er Jahre als loser, informativer Zusammenschluß linker Parlamentsabgeordneter gebildet. Die Gruppe benannte sich nach der schon 1935 gegründeten sozialistischen Wochenzeitung »Tribune«.
- 2 Parlamentarische Labour Party oder Parlamentspartei bezeichnet die Fraktion der Labour Party im House of Commons, dem Unterhaus. Die Bezeichnung deutet bereits die relative Eigenständigkeit der Parlamentspartei gegenüber der Labour Party insgesamt an. Es gibt kaum einen organisatorischen oder legitimatorischen Zusammenhang. Die Abgeordneten, einmal von ihren Wahlkreisparteien zum Parlament nominiert, sind bei allen folgenden Wahlen automatisch wieder Kandidaten der Wahlkreise. Sie sind so nach einer einmaligen Wahl der Partei von ihr völlig unabhängig und ihr praktisch nicht mehr verantwortlich. Der Parteivorsitzende wird nur von der Fraktion, d.h. der Parlamentspartei gewählt. Beide Faktoren führen u.U. zu einer inhaltlichen Spaltung zwischen der politischen Programmatik der Partei einerseits und der tatsächlichen Politik der Parlamentspartei, insbesondere dann, wenn die Labour Party die Regierung stellt. Konflikt brachte diese Situation besonders in den Jahren 1974-79, der Zeit der Callaghan-Regierung. Siehe dazu auch die Frage/Antwort zum Labour Parteitag 1979, S.95.
- 3 Aneurin Bevan (1899-1960), 1945-50 Gesundheitsminister in der Labour Regierung Attlee. Er trat 1950 aus Protest gegen die pro-amerikanische Politik der Regierung Attlee und die Wiederaufrüstung nicht wieder in das Kabinett ein.
- 4 Court of Appeal: zweithöchste Gerichtsinstanz in Großbritannien. Über dieser Instanz gibt es nur noch das House of Lords als höchstes Gericht, zu dem aber nur diejenigen Fälle gelangen, die von allgemeiner Bedeutung sind.
- 5 Lord Denning: einer der berühmtesten Richter Großbritanniens, der sich durch seine eigenwillige und häufig mehr an pragmatischen als juristischen Überlegungen orientierten Urteilen hervorgetan hat. Er hat auf diese Weise in seinen über 40 Jahren Berufspraxis als Richter großen Einfluß auf die Entwicklung des common law, des Richterrechts, das seinen Ausdruck in der Rechtsprechung findet, ausgeübt. Lord Denning war kurze Zeit Mitglied im House of Lords als Richter, ging dann aber auf eigenen Wunsch wieder zum Court of Appeal zurück, dem er vorsitzt. Bei dieser aktuellen Entscheidung ging Denning in der Frage der Kompetenzen der Richter bei der Auslegung von Gesetzen zu weit.

Landtagswahlen 1980: Überraschung in Baden-Württemberg?

Für alle diejenigen, die noch immer nicht das Wahlergebnis von Baden-Württemberg kennen, hier noch einmal die Prozentzahlen (in Klammern der Vergleich zu den letzten Landtagswahlen): CDU 53,4 (-3,3), SPD 32,5 (-0,8), FDP 8,3 (20,5), Grüne 5,3.

In diesen Ergebnissen verdeutlicht sich auch die bundespolitische Relevanz dieser Wahl:

- die Grünen sind erstmals im Landesparlament eines Flächenstaates
- Erhard Eppler konnte mit seinem betont ökologischen Kurs keine zusätzlichen Wähler für die SPD gewinnen, doch mit 38 % (Grüne und SPD) wird sein politischer Kurs gleichzeitig bestätigt;
- die FDP konnte Stimmen gewinnen, indem sie keine Koalitionsaussage machte.

Damit reicht die Bedeutung dieser Landtagswahl seit langem einmal wieder über die Landesgrenzen hinaus, muß aber durch einige landesspezifische Besonderheiten relativiert werden.

CDU-Hochburgen ergeben sich wie im übrigen Bundesgebiet in traditionell stark katholisch, ländlich dünn besiedelten Gebieten mit geringer Mobilität, während die SPD ihre Hochburgen in stark protestantisch, vom Dienstleistungsgewerbe und hohem Bildungsniveau geprägten städtischen Ballungs- und Verdichtungsräumen haben. Klassische SPD-Hochburgen in Baden-Württemberg sind daher der Stuttgarter, Mannheimer und Freiburger Raum. Ein Widerspruch besteht nur in diesem Land zwischen der rapiden Industrialisierung und dem bisher mäßigen Abschneiden der SPD bei sämtlichen Landtagswahlen, bestes Ergebnis 1972 mit 37,6%, wobei Bundestagswahlen seit 1972 mehr Stimmen für die SPD bringen als Landtagswahlen. Ursache hierfür ist die wahlsoziologische Teilung der Arbeiter in zwei Gruppen: die SPD profitiert in erster Linie von Arbeitern der »klassischen« Industrien im Stahl- und Metallbereich, die in Großbetrieben tätig sind, die CDU hingegen besonders von den in klein- und mittelständischen Betrieben beschäftigten Arbeitern »moderner« Industriebereiche. Gerade aber letztere prägen die baden-württembergische Wirtschaft, dieses Land ist von der Sozial- und Wirtschaftsstruktur her ein Gegenbild zur SPD-Hochburg Nordrhein-Westfalen. Deutlich wird diese Tendenz auch im Gegensatz der gewerkschaftlichen Kämpfe der Lohnabhängigen in diesem Lande und ihrem Wählerverhalten. Es sei nur an die Streiks der IG Metall erinnert, die u.a. zum erstenmal in der BRD nicht ausschließlich wegen Lohnverbesserungen, sondern wegen Humanisierungsforderungen am Arbeitsplatz in Baden-Württemberg erfolgreich geführt wurden. Viele Arbeiter, vor allem auch in der Metallbranche, sind neben ihrem Job als Facharbeiter Nebenerwerbslandwirt und damit bisher nicht so empfindlich von der Wirtschaftskrise betroffen. Außerdem haben es die verantwortlichen Gewerkschaftsführer, die Eppler sehr stark in diesem Wahlkampf unterstützten, aber auch die SPD bisher nicht vermocht, diesen Widerspruch zwischen gewerkschaftlichem Engagement und Wählerverhalten der Arbeitnehmer zugunsten der SPD deutlich zu machen. Dabei hat gerade im Bereich der Humanisierung des Arbeitsplatzes diese Landes-SPD verglichen mit der Bundespartei Vorbildliches geleistet.

Als weitere Spezialität dieses Bundeslandes dürfte Baden-Württemberg als »Stammland der (konservativ) Liberalen« bekannt sein. Wahlergebnisse zwischen 14 bis 18% mit eini-

gen Direktmandaten waren in den 50er und 60er Jahren eine Selbstverständlichkeit. Die FDP, diesmal ausdrücklich nicht unterstützt von den Judos, erhielt aufgrund ihrer fehlenden Koalitionsaussage aus ihrem konservativ-liberalen Wählerstamm wieder mehr Stimmen und ließ damit ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis bei den letzten Landtagswahlen vergessen.

Das Wahlsystem selbst kennt im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine Landeslisten der Parteien, die Verteilung der Zweitmandate erfolgt über den komplizierten Auszählmodus auf der Ebene der vier Regierungsbezirke, wobei es dabei auf die Größe des Wahlkreises und die absolute Stimmenzahl ankommt. Dies führte bei den letzten Wahlen zu der paradoxen Situation, daß Eppler aufgrund seines »kleinen« Wahlkreises nur knapp in den Landtag kam. Bei dieser Wahl hätte das überdurchschnittlich gute Abschneiden der Grünen im südbadischen Regierungsbezirk beinahe verhindert, daß Eppler in den Landtag zieht.

Die diesjährigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg zeigten nun, daß die CDU auch bei Stimmenverlusten weiterhin gut in ihren Hochburgen abschneidet, die FDP ebenfalls, während die SPD starke Einbrüche in ihren Hochburgen mit wenigen Ausnahmen zu verzeichnen hat. Dies lag einmal an der niedrigen Wahlbeteiligung, insbesondere bei SPD-Stammwählern, und an Stimmengewinnen der Grünen, die auch in diesem »schwarzen« Bundesland mehr von der SPD als von der CDU profitierten. Erreichten die Grünen bei den Europawahlen in diesem Bundesland schon 4,5% und zogen sie nach den letztjährigen Kreistagswahlen im Kreis Tübingen mit 11,7% und im Landkreis Lörrach mit 10,8% in diese Regionalparlamente ein, so übersprangen sie jetzt mit 5,3% knapp die Hürde in den Landtag. Dieser Wahlerfolg der Grünen beruht im wesentlichen auf zwei Trends:

— Erfolge in den Universitätsstädten Tübingen, Heidelberg, Freiburg, Stuttgart und Konstanz;

— Erfolge in Regionen mit langjährigen Auseinandersetzungen der Bürger mit diesem Staat im Umwelt- und Energiebereich: einmal in der sogenannten Rheinschiene, insbesondere des südlichen Oberrheins mit dem geplanten Kernkraftwerk in Whyl und weiteren auf der schweizer Seite des Rheins, dem bestehenden französisch-elsäßischen Kernkraftwerk Fessenheim, das wenige Tage vor der Landtagswahlen aus »technischen« Gründen abgeschaltet werden mußte; zum weiteren aus lokalen Konflikten, wie z.B. der überzogenen Autobahnplanung von Bund und Land im Bodenseegebiet, dem Giftmüllskandal in Grenzach-Wyhlen bei Lörrach, der Flughafenerweiterung in Stuttgart.

Vielfach überlagerten sich diese Komponenten, so z.B. in Tübingen, wo die dortigen Bürgerinitiativen im letzten Jahr erfolgreich ein Bürgerbegehren gegen weitere Straßeneubaumaßnahmen durchbringen konnten, in Freiburg mit den dort angrenzenden Kernkraftwerken und in Konstanz mit der stadterstörenden Autobahnplanung.

Die Wähler der Grünen setzen sich in Baden-Württemberg zusammen aus 1/3 Erstwähler, 1/6 ehemalige Nichtwähler, 1/6 ehemalige CDU/FDP-Wähler und 1/3 SPD-Wähler. 11% der Jungwähler entschieden sich für die Grünen, 10% für die FDP, 38% für die SPD und immerhin 41% für die CDU. Der Anteil von Akademikern war bei den Wählern der Grünen überdurchschnittlich hoch, während die SPD gleichzeitig hohe Stimmenverluste in diesem Bereich hinnehmen mußte. Nur bei den Arbeitern hatte die SPD mit 0,3% einen schwachen Stimmenzuwachs, der die Argumentation widerlegt, daß Eppler mit sei-

ner Politik beim Arbeiter nicht ankommt. Zwischen den etablierten Parteien gab es kaum Stimmenverschiebungen. Die SPD mußte mehr Wähler an die Grünen abgeben, als sie von der CDU gewinnen konnte.

Der diesjährige Wahlkampf wurde im Gegensatz zum letzten vor vier Jahren, wo Alt-Nazi Filbinger sein »Freiheit statt Sozialismus«-Gift verspritzte, betont sachlich geführt. Zwar drosch anfangs die CDU auf Eppler persönlich ein, doch kurz vor der Wahl änderte sich diese Taktik, wohl schon in weiser Voraussicht auf das Wahlergebnis. 30% der Wähler interessierten sich für den Umweltschutz, 25% für das Problem der Kernkraftwerke, 21% für die Schulpolitik, 11% für den Radikalenerlaß und 4% für das Asylrecht. Damit bestimmte die SPD mit ihren Themen den Wahlkampf, den sie betont sachlich, argumentativ und reformorientiert — z.T. sogar mit Juso-Positionen — führte. Allerdings wurde unter ihren Wahlslogan »Für ein bißchen mehr Menschlichkeit« nicht nur Gutes subsummiert. So konnte Ex-Juso Wolfgang Roth mit seiner zustimmenden Haltung zu den Aufrüstungsbeschlüssen der SPD, die im Gegensatz zu Eppler stehen, durch die Lande ziehen. Als Fazit des Wahlkampfes kann polemisch gesagt werden: die SPD führte einen guten Wahlkampf, die CDU errang die meisten Stimmen!

Unterstützt wurde Eppler von einer Wählerinitiative mit Prominenten aus dem Umweltschutzbereich, die allerdings mehr Chaos als Wähler für die SPD brachte!.

Die Jusos selbst führten einen unterschiedlichen Wahlkampf, der auf die momentane Strukturkrise nicht nur dieses Landesverbandes zurückzuführen ist. Während die Jusos in ländlichen Regionen in letzter Zeit sich organisatorisch und politisch verstärken konnten, liegt die politische Arbeit der Jusos in den Großstädten fast völlig darnieder. Besonders guten Anklang fand eine Juso-Wahlkampfzeitung, die sich wohltuend von der *Bild*-Imitation der ZAS (Zeitung am Sonntag — Wahlzeitung der SPD, erstmals bei den Landtagswahlen in NRW vor vier Jahren erschienen) unterschied, sowie eigene Plakate gegen den Paragraphen 218, Kernenergie und Radikalenerlaß, für Gesamtschule und selbstverwaltete Jugendzentren, für eine Verbesserung des Jugendarbeitsschutzes. Das Plakat gegen den Paragraphen 218 erregte die Öffentlichkeit sowohl im überwiegend ländlich-katholischen Gebieten wie auch die evangelischen Synodalen. Kurz vor der Wahl wurde deshalb die Weiterverbreitung des Plakats durch Eppler verboten.

Der Wahlkampf der Grünen führte zur Ernüchterung vieler Linker (Sozialdemokraten). Der baden-württembergische Landesverband der Grünen gehört im Gegensatz zum Hamburger und Berliner zum konservativeren Teil dieser Bewegung. Sie stellen auch in diesem Bundesland keine homogene politische Gruppe dar, sondern sind ein Sammelbecken von Rechten und Linken (NPD bis K-Gruppen), von aufrechten Umweltschützern, schwäbischen Eigenbrödlern und Tüflern, sowie Anthroposophen. Letztere besitzen mit ihrem »Achberger Kreis« eine dominante Rolle in diesem Landesverband der Grünen, wollten sie doch ursprünglich die Grünen in Baden-Württemberg als Konkurrenz zur CDU gegründet wissen! Zwar hatten die Grünen ein ausführliches Wahlprogramm verabschiedet, das in weiten Teilen auch für Linke als progressiv zu bezeichnen ist, doch genauso wenig wie sich dieser Landesverband der Grünen an seiner Bundesprogrammatis orientiert, hielten sich prominente und örtliche Vertreter der Grünen an die Aussagen ihres Wahlprogramms. Als Resultat ergaben sich erschreckend konservative Aussagen vor allem im Familienbereich (§ 218), Bildungsbereich (gegen Gesamtschulen), Wirtschaftspolitik (Mittelstandsförderung), die auch in Zukunft besser in der CDU aufgeho-

ben wären. Die Gründe für den Wahlerfolg der Grünen sind daher nicht so sehr bei ihrer Programmatik zu suchen, sondern in der Unglaubwürdigkeit der SPD-Politik. Zwar wurde Eppers Meinung als persönlich glaubwürdig und ehrlich von den meisten Wählern angenommen, doch seiner Partei wurde in Baden-Württemberg nicht getraut. Dies fängt bei einigen unteren Parteigliederungen an, die zum geringen Teil Eppers Politik jahrelang unausgesprochen sabotierten. Dies wird fortgesetzt von der rechts von der baden-württembergischen Parteimehrheit stehenden Landtagsfraktion, die nach dem Berliner Parteitag über die »Schwarze« Presse Eppler zu einem Ja für den Bau des Kernkraftwerks Wyhl zwingen wollte und wird schließlich konterkariert von der Schmidt-Politik in Bonn. So war es innerhalb der Partei schon lange vor diesen Landtagswahlen ein offenes Geheimnis, daß Atomminister Volker Hauff der Spitzenkandidat für die SPD im Landtagswahlkampf 1984 sein soll. Diese Unglaubwürdigkeit der SPD führte auch dazu, daß insbesondere die Jungwähler und die kritischen Wähler, die 1969 und 1972 Willy Brandt unterstützten, emotional von den Grünen leichter angesprochen werden konnten als von der SPD. Nicht *weil* Eppler der Spitzenkandidat war, sondern *obwohl* Eppler der Spitzenkandidat war, verlor diese Landes-SPD die Wahlen, und es ist wahrscheinlich, daß ein Parteirechter noch mehr Stimmen verloren hätte.

Auch den Jusos mangelte es an einer ausreichenden Unterstützung für Eppler: Es wurde kein eigenes Wahlprogramm verabschiedet, und es wurde versäumt, mit den Grünen inhaltlich über Bereiche, die über den Umweltschutz hinausgehen, zu diskutieren. Eine solche Diskussion hätte verdeutlicht, daß die Grünen in Baden-Württemberg für Linke keine Alternative darstellen, sondern im Gegenteil in Teilen ihrer Wahlaussagen hinter Vorstellungen der SPD und der Jusos zurückfallen.

Für die Zukunft bedeutet dieser Wahlkampf und sein Ergebnis für die Parteilinke: Es muß Druck auf die Partei ausgeübt werden, damit die innerparteiliche Arbeit solidarischer wird und die inhaltlichen Aussagen der Partei wieder glaubwürdig mit der Programmatik abgestimmt werden. Darüberhinaus muß die Partei aber auch mehr Offenheit nach außen zeigen, Jungsozialisten sollten verstärkt in Initiativen mitwirken. Auf diese Weise könnte die Sozialdemokratie Ansprech- und Diskussionspartner für Initiativen bleiben bzw. werden. Ihre Forderungen würden in die innerparteiliche Diskussion Eingang finden, auf der anderen Seite würden die Initiativen aber mit der Politik und den Positionen von Sozialdemokraten konfrontiert und müßten sich mit ihnen auseinandersetzen. Sozialdemokratische Politik kann sich so als glaubwürdig und überzeugend darstellen.

Die Grünen stellen für die Parteilinke in bestimmten Bereichen Bündnispartner dar, sind aber gleichzeitig auch politische Konkurrenz. Eine verstärkte inhaltliche Auseinandersetzung mit den Grünen muß deutlich machen, daß sie noch heterogener als die SPD sind und inhaltlich in vielen Bereichen eine konservativere Alternative zur SPD darstellen. Auch den Grünen muß deutlich werden, daß längerfristig eine 40%-Parteitagsminderheit der SPD auch im Umweltschutz und Energiebereich mehr bewegen kann, als eine knapp unter oder über 5%ige Grüne-Fraktion im oder außerhalb des Bundestages. Auch den Grünen muß in Hinblick auf die Bundestagswahlen klar gemacht werden, daß sie nicht nur Strauß helfen, sondern ihre eigene Umweltschutzpolitik total verhindern, wenn sie mit knapp 5% in den Bundestag einziehen, was allerdings aufgrund der eindeutigen lokalen Begrenztheit der Grünen auch in Baden-Württemberg fraglich erscheint. Es hilft nichts: Nicht nur Linke, auch Grüne müssen im Herbst SPD wählen!

Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen

Eine »Testwahl« — so hört man — soll es nicht sein, wenn am 11. Mai im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen der Landtag neu gewählt wird. So leicht man noch einsehen mag, daß die von der Baden-Württemberg-Wahl aufgeschreckten Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr wenig Neigung verspüren, neben dem Risiko einer Unionsregierung in Düsseldorf auch noch die Bürde einer ausschlaggebenden Vorentscheidung für die Bundestagswahl zu tragen, so schwer fällt es, die Parallelen von der Sache her zu leugnen.

Schon ein vordergründiger Vergleich läßt Übereinstimmungen deutlich werden. Die parlamentarischen Konstellationen in Düsseldorf sind jenen in Bonn vielleicht stärker verwandt als die irgendeines anderen Bundeslandes: Relativ knappe Mehrheitsverhältnisse, eine sozialliberale Koalition, die sich von jener im Bund vornehmlich durch ihr höheres Alter unterscheidet und auch zukünftig fortgesetzt werden soll, schließlich eine oppositionelle Union, die in Gestalt des (selbständigen) Landesverbandes Westfalen-Lippe über eine eigene »CSU« verfügt und in Gänze als preußischer Wegbereiter des Bayern Strauß angesehen werden muß.

Die Leugnung des Testwahlcharakters befremdet umso mehr, als sich die hiesige SPD keinerlei Mühe zu geben scheint, im Wahlkampf spezifisch landespolitische Akzente zu setzen. Deren gäbe es indes genug. So liegt die Arbeitslosenquote in NRW deutlich über dem Bundesdurchschnitt; strukturbestimmende Wirtschaftssektoren, wie z.B. die Stahlindustrie, befinden sich in einer schweren Krise, die die betroffenen Arbeitnehmer erheblichen Belastungen aussetzt; die Belastungen der natürlichen Umwelt ist nach wie vor enorm; energiepolitisch ließe sich hier der häufig postulierte »Vorrang für die Kohle« am ehesten durchsetzen; medienpolitisch beständen in NRW die besten Aussichten, die fortwährenden CDU-Attacken gegen den »Rotfunk« WDR offensiv zurückzuschlagen; schließlich könnte die Gesamtschule, die vor einem positiven Abschluß ihres Versuchsstadiums steht, zum verbindlichen Programm erhoben werden. Die Vielzahl landespolitischer Anlässe für eine vorwärtsweisende sozialdemokratische Positionsbestimmung wird jedoch nicht genutzt. Johannes Rau muß vielmehr deshalb Ministerpräsident bleiben, weil dann »auch Helmut Schmidt seine Politik der sozialen Sicherheit und des äußeren Friedens fortführen« kann, wie es das Landtagswahlprogramm verrät. So richtig wie es ist, daß ein CDU-Sieg in NRW eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat für die Union bedeutet, so richtig ist es sicherlich auch, daß dieser Appell allein kaum ausreichend viele SPD-Wähler an die Urne bringen wird.

Es wäre allerdings ungerecht, wollte man den nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten unvermittelt wahltaktische Hilflosigkeit zum Vorwurf machen, denn die landespolitische Enthaltensamkeit hat ihre Gründe. Sozialliberale Regierungspolitik in Düsseldorf ist seit Jahren nurmehr Krisenmanagement und Rückwärtsverteidigung. Die wirtschaftliche Krise des Landes und seines industriellen Zentrums, des Ruhrgebiets, wird mehr schlecht als recht verwaltet, mit Milliardenhilfen werden die Kassen der Konzerne, vor allem der Montanindustrie, saniert; jene marktwirtschaftlich-kapitalistische Eigendynamik, von deren Förderung man den ökonomischen Aufschwung erwartet, wird in diesem Jahr nach Ansicht des Landesarbeitsamtes 300000 Arbeitslose produzieren. Die strukturelle Ent-

wicklung Nordrhein-Westfalens bleibt weiter privater Profitlogik überantwortet, konzeptionelle Vorstellungen reichen kaum über ein »Wiederflottmachen in alten Gleisen« hinaus. Jugendarbeitslosigkeit und Misere der beruflichen Bildung sind als gesellschaftliche Tatbestände weitestgehend akzeptiert; ernsthaft bekämpft werden sollen nur noch ihre Folgewirkungen mit Hilfe einer »Jugendpolizei«. In der Bildungspolitik hat die Landesregierung mit der »Kooperativen Schule« sozialdemokratische Reformvorstellungen im Schulsystem zunächst unerträglich deformiert und dann selbst hiermit Schiffbruch erlitten; ein halbherziges Taktieren bestimmt auch den gegenwärtigen Kurs in den Auseinandersetzungen um die integrierte Gesamtschule, die man nur noch als »Angebotsschule« versteht. Die Berufsverbotepraxis findet auch in Nordrhein-Westfalen ihre Fortsetzung; Urteile auf Einstellung in den öffentlichen Dienst, die von vielen Arbeitsgerichten gefällt wurden, werden nicht akzeptiert, stattdessen schleift man die Opfer bis in die letzte Instanz. Medienpolitisch kommt man gegenwärtig reaktionären Angriffen der CDU dadurch zuvor, daß man beim Westdeutschen Fernsehen kritische Sendungen absetzt und beim Westdeutschen Rundfunk die Kontrolle der Redaktion der fortschrittlichen Jugendsendung »Radiothek« verschärft. Unlängst mußten die Jugendlichen und ihre Verbände in NRW die Hoffnung auf das seit Jahren versprochene Jugendbildungsgesetz endgültig begraben; stattdessen besteht für die Schüler die Aussicht der völligen Entmündigung ihrer gewählten Vertreter durch den Entzug des Rechts auf jede politische Meinungsäußerung überhaupt.

Man könnte die Liste noch beliebig verlängern, deutlich geworden sein sollte aber, daß die Sozialdemokratie zwischen Rhein und Weser vor keinem andere Dilemma steht als woanders auch: es nämlich einerseits durch keine Verschärfung des Anpassungskurses fertigzubringen, der Rechtsopposition das Wasser abzugraben, andererseits aber gerade durch diese Politik jenen Mangel an Unterscheidbarkeit zu fördern, der der Union Auftrieb verschafft und die eigenen Wähler demobilisiert. Die Stimmenverluste, die bei den letztjährigen Kommunalwahlen gerade in SPD-Hochburgen zu verzeichnen waren, signalisieren diesen Trend in auffälliger Weise.

Man kann nicht sagen, daß die Parteiführung nicht wüßte, wo die Gefahren für die kommende Wahl liegen. Wenn Plakate und andere Wahlkampfmaterialien vor den Konterfeis von Schmidt und Rau den Slogan »Wählen gehen!« verkünden, so zeugt dies von einigem Problembewußtsein. Denn in der Tat besteht das eigentliche Risiko bei den kommenden Wahlen in NRW in einer zunehmenden Wahlenthaltung ehemals sozialdemokratischer Wähler; zwar nicht zu vernachlässigen, aber doch weniger bedeutsam sind die hiesigen Grünen, die wohl über lokale Hochburgen verfügen, jedoch kaum an das baden-württembergische Ergebnis werden anknüpfen können, zumal sie mit internen Fraktionsauseinandersetzungen beschäftigt sind. Inwieweit die fortschreitende programmatische Entfremdung zwischen SPD und DGB, dessen 1979 vorgelegte Konzeption »Vollbeschäftigung für Nordrhein-Westfalen« sich so gut wie überhaupt nicht in der Landespolitik wiederfindet, wahlwirksam wird, kann nicht abschließend beantwortet werden, ist aber zu befürchten. Mitglieder und Sympathisanten der zahlreichen Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich schließlich dürften sich auch nach dem mittlerweile erklärten Verzicht auf einen weiteren Ausbau der Kernenergie in NRW nur schwer für die Wahl der SPD mobilisieren lassen, durften sie doch die Erfahrung machen, daß sich Unterschiede in ihrer Behandlung durch christdemokratische und sozialliberale Regierungen darauf reduzieren, in Gorleben von niedersächsischer Polizei niedergeritten, in Kalkar dagegen von nordrhein-

westfälischer Polizei »nur« aus Bussen gezerrt und durchsucht zu werden.

Eine grundlegende politische Neuorientierung der nordrhein-westfälischen SPD ist insgesamt nicht in Sicht. Die Fortsetzung der Regierungspragmatik ist im Landeswahlprogramm bereits angelegt, der Kompromiß mit der FDP teilweise vorweggenommen. Auf der Basis eines Grundwertekatalogs, dessen beliebige Ausfüllbarkeit durch die Ersetzung von »Solidarität« durch »Sicherheit« auf die Spitze getrieben wird, erfolgt eine Aufgabenbestimmung für die 80er Jahre, die in weiten Passagen inhaltsleer und unverbindlich bleibt. Kostprobe: »Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch politisch verantwortbar.« Oder: »Eine Straße weniger kann mehr sein als eine Straße zuviel.« Die Mitbestimmung will man ausbauen, das Attribut »paritätisch« sucht man vergebens; das Wohnumfeld soll verbessert werden, konkrete Schritte zur Rettung der Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet werden nicht angekündigt. Vereinzelt finden sich auch klare sozialdemokratische Positionsbestimmungen, so etwa die Forderung nach einem Aussperrungsverbot, das — wenngleich nicht inhaltlich ausgefüllt — Bekenntnis zur staatlichen Vollbeschäftigungs-garantie oder die Ablehnung kommerzieller Sender.

Wenngleich man die zweifellos vorhandenen Ansätze fortschrittlicher Programmatik nicht unterbewerten darf, zumal sie zum Teil innerparteilich erkämpft werden mußten, kann doch nicht übersehen werden, daß ihre Realisierung schon im Programm in das Belieben der künftigen Landesregierung gestellt wird. Wenn in der offiziellen Wahlaussage den »Aufgaben der 80er Jahre« ein zweites Kapitel mit der Überschrift »Handeln für unser Land« folgt, also der Unterschied zwischen politischer Aufgabenstellung und tatsächlicher Praxis bereits festgeschrieben wird, so ist damit der »Persilschein« ausgestellt und unterschrieben. Die letzten Festlegungen schließlich gibt man preis, wenn man unter der an Unklarheit kaum noch zu überbietenden Maxime »Die Finanzen müssen stimmen« die eigene Politik dem Primat »geordneter Staatsfinanzen« unterwirft. Es bleibt das Geheimnis des SPD-Landesvorstandes, warum er das Kapitel zur Finanzpolitik an den Schluß des Programms gestellt hat; von dessen Logik her müßte es am Anfang stehen.

Dokumentation

Axel Horstmann

Die Aufgaben der Jungsozialisten im Bundestagswahlkampf 1980

Referat auf der Landeskonzferenz der Berliner Jungsozialisten am 15. März 1980

I

Als die Jungsozialisten im Bundestagswahlkampf 1976 die Parole vom »Statthalter Kohl« ausgaben, taten wir dies aus der Überzeugung, daß die Entlarvung der Union als einer heimlich von Strauß geführten Partei bereits die »halbe Miete« zum Wahlsieg sei. Wir konnten damals nicht wissen, daß wir drei Jahre später in dieser Frage von der Geschichte eingeholt werden würden, indem sie uns so schnell die Aufgabe abnahm, Strauß als die wahre Führungsfigur der CDU/CSU herauskehren zu müssen. Heute kämpft die bundesdeutsche Rechte mit offenem Visier: Strauß ist Kanzlerkandidat. Leichter geworden ist unsere politische Aufgabe dennoch nicht. Auch Helmut Schmidt hat seine vorschnelle These vom Wunschgegner aus Bayern inzwischen revidiert. Der von vielen erwartete »Aufschrei« hat trotz aller bekannten Skandale und Machenschaften des Unionskandidaten nicht stattgefunden. Viele scheinen nach der Nominierung von Strauß schnell zur Tagesordnung übergegangen zu sein. Dies gilt nicht nur für die breite Öffentlichkeit, sondern auch für gewerkschaftliche und den Gewerkschaften nahestehende politische Kräfte. So erwecken die Gewerkschaften nach außen hin gegenwärtig den Anschein, stärker mit sich selbst als mit Strauß beschäftigt zu sein. Die SPD kam auf ihrem Dezember-Parteitag in Sachen Bundestagswahl über die scharfsinnige analytische Bemerkung des Kanzlers: »Strauß darf nicht ans Ruder« kaum hinaus. Für die Jungsozialisten schließlich ist festzustellen, daß auch ihre Wahlkampf vorbereitungen bisher kaum jenen Stand erreicht haben, der angesichts der Tragweite der diesjährigen Entscheidung verlangt werden muß. Ihrem Vorstand ist der Vorwurf nicht zu ersparen, keine inhaltlich ausreichend fundierte und damit auf dem Bundeskongreß verabschiedungsfähige Wahlkampfplattform erstellt zu haben; außerdem läßt die Herausgabe der einzigen bisher erschienenen »Argumentationshilfe 1« zum Thema »Anti-Strauß-Komitees« den Verdacht aufkommen, als solle mit dieser Stellungnahme zu einem umstrittenen Thema primär ein Beitrag zur innerverbandlichen Auseinandersetzung geleistet und weniger auf den Kampf gegen Rechts orientiert werden.

II

Die Aufgaben der Jusos zu bestimmen heißt zunächst, jene gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich in der eben skizzierten Bestandsaufnahme widerpiegeln, richtig zu verstehen und unverklärt zum Ausgangspunkt der eigenen Überlegungen zu machen. Hierzu ist es erforderlich, daß man sich fragt,

- wie ist es möglich, daß Strauß vom Drahtzieher in der 2. Reihe zum Vorzeigekandidaten der Union avancieren konnte,
- wie es möglich ist, daß ein Mann, dem HS 30-Affäre, Starfighter-Affäre, Fibag-Affäre, Spiegel-Affäre und vieles andere mehr an den Fersen kleben, heute mit ernster Aussicht auf Erfolg die Machtfrage stellen kann,
- wie es möglich ist, daß jemand, über dessen reaktionäre Absichten es in der Arbeiterbewegung seit Sonthofen keinen Zweifel mehr geben kann, für die knappe Hälfte der Bundesbürger als Kanzler vorstellbar geworden ist?

Die vorläufige Antwort hierauf ist ebenso einfach wie für sich genommen unbefriedigend: Die Straußkandidatur ist alles andere als der märchenhafte Aufstieg eines »Dämonen«. Sie ist nicht, wie bürgerliche Erklärungsansätze es uns glauben machen wollen, ein wahltaktisches, rational ausgeklügeltes Manöver der Unionsparteien und auch nicht die unausweichliche Folge des unbändigen »Machtwillens« der Person Franz Josef Strauß. Sie ist der personal-politische Ausdruck einer Rechtsentwicklung in der Union und der Gesellschaft insgesamt, einer Rechtsentwicklung, die in dieser an reaktionären Kurswechseln ohnehin nicht eben armen Republik bislang noch ohne Parallele ist.

Diese Rechtsentwicklung — das muß man erkennen — droht uns nicht erst wenn Strauß Kanzler wird. Sie ist heute, unter anderen politischen Mehrheitsverhältnissen, in vollem Gange. Bereits Strauß' Kandidatur treibt sie voran, und man kann nur ahnen, welche zusätzlichen Impulse sie von seiner Kanzlerschaft empfinde. Die Spuren dieser Rechtsentwicklung sind überall identifizierbar:

— Die politische Kultur dieser Gesellschaft läßt es inzwischen zu, daß Abtreibung mit Völkermord und Sozialismus mit Faschismus gleichgesetzt wird. — Das Recht der freien Meinungsäußerung ist bereits heute durch politische Bevormundung in den Medien, durch Absetzung kritischer Sendungen und durch die Zerschlagung ganzer öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten untergraben. — An Schulen und Hochschulen nehmen Duckmäusertum und Selbstzensur in erschreckendem Maße zu. — Eine der größten demokratischen Errungenschaften dieser Republik, die Einheitsgewerkschaft, sieht sich ständigen Angriffen ausgesetzt, die bereits in ihrer Binnenstruktur deutliche Spuren hinterlassen haben. — Gesinnungsschnüffelei und Überwachung breiten sich aus wie ein Krebsgeschwür. Bekanntgewordene Geheimdienstskandale und Berufsverbotsfälle markieren sicherlich nur die Spitze dieses Eisbergs.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, ohne auf Dinge zurückgreifen zu müssen, die irgendetwas jemandem von uns unbekannt wären. Deutlich werden soll folgendes: Diese Prozesse vollziehen sich — ohne daß Strauß die Regierungsmacht schon ausübt — ohne über erste Ansätze hinausgehenden Widerstand der Sozialdemokratie in ihrer Gänze, teilweise (wie die Berufsverbotspraxis in sozialdemokratisch geführten Ländern zeigt) unter ihrer Mithilfe. — Und nicht selten (man denke nur an die auf ideologische Verdrehungen aufbauende These von den angeblichen »Grenzen des Sozialstaats« und ihre praktisch-politischen Ausflüsse) in unkritischer Hinnahme oder gar unter Zustimmung großer Bevölkerungsteile, die objektiv an einer solchen Entwicklung gar kein Interesse haben können.

III

Die Jungsozialisten werden der irrigen Auffassung entgegentreten müssen, eine Unionsregierung unter Strauß müsse geradezu zwangsläufig der Linken in der BRD Auftrieb verschaffen. Diese These ist völlig abwegig, weil ihre Gültigkeit an Voraussetzungen gebunden ist, von deren Existenz man nicht überzeugt sein kann, und von denen auch wir Jungsozialisten nicht ausgehen können. So kann eine im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Entfaltung der Klassenauseinandersetzungen für unsere Gesellschaft von niemandem bestritten werden und dies, obwohl wir uns seit nunmehr 6 Jahren in einer kapitalistischen Dauerkrise mit Massenarbeitslosigkeit befinden. Bei aller angemessenen Vorsicht kann dies interpretiert werden als Beleg dafür, daß die Arbeiterklasse in der BRD weit entfernt davon ist, sich aus jener Umklammerung zu befreien, die Wolfgang Abend-

roth einmal als das alte Dilemma aller sozialen Unterschichten bezeichnet hat: dem Umstand nämlich, daß diese dazu neigen, sich den Integrationsideologien der sie beherrschenden Kräfte zu unterwerfen, bevor sie die Schwelle von der »Klasse an sich« zur »Klasse für sich« überschreiten. Seine kaum übersehbare Widerspiegelung findet dieses Phänomen in der gegenwärtigen innergewerkschaftlichen Diskussion. Positionen, die die Gewerkschaften als Klassenorganisationen der abhängig Beschäftigten begreifen wollen und sozialpartnerschaftliche Vorstellungen entschlossen zurückweisen, befinden sich in der Gesamtbeurteilung nach wie vor im Entwicklungsstadium. Deutlich wird dies am DGB-Beschluß der Nichtteilnahme am 8. März, dem Internationalen Frauentag, in der polemischen Debatte um den Kollegen Plumeyer von der IG Chemie, in Disziplinierungstendenzen im Jugendbereich sowie nicht zuletzt in der Diskussion um eine angebliche kommunistische Unterwanderung, um nur an die jüngsten Schlagzeilen zu erinnern.

Wirft man schließlich einen Blick auf die SPD, so ist unschwer erkennbar, daß diese weit davon entfernt ist, sich zum handelnden und Klasseninteressen formulierenden Subjekt in den gesellschaftlichen Kämpfen aufzuschwingen. So, als habe sie aus ihrer Geschichte nichts gelernt, setzt sie ihren Anpassungskurs fort, fördert jene politische Desorientierung, die uns heute in Gestalt der Grünen und Bunten leibhaftig gegenübertritt und kann nicht begreifen, daß ihr politisches Vorwärtstommen in nicht unerheblichem Maße von ihr selbst blockiert wird, indem sie sich darauf beschränkt, den Bewußtseinsstand der lohnabhängigen Schichten auf jeder Stufe seiner Entwicklung nur widerzugeben und damit zu verfestigen, oder gar hinter ihn zurückzufallen, anstatt ihn durch eine objektiv klassenorientierte Politik zielstrebig fortzuentwickeln. Die SPD-Mehrheit versteht dabei nicht, daß keine wirtschaftspolitische Entscheidung prokapitalistisch genug sein kann, um ihr nicht von rechts den Vorwurf »ruinöser« und »dirigistischer« Politik einzutragen, daß kein Mitbestimmungskompromiß faul genug sein kann, um nicht vom Verfassungsgericht verboten zu werden, daß schließlich kein Aufrüstungsbeschluß sie davor schützt, als Verein vaterlandsloser Gesellen denunziert zu werden.

IV

Es kann nicht darum gehen, die Analyse der politischen Kräfteverhältnisse vom skeptischen Standpunkt aus zu betreiben und großzügig darüber hinwegzusehen, daß in wichtigen gesellschaftlichen Konfliktfeldern fortschrittliche Ansätze existieren, die von der politischen Einflußnahme demokratischer, linker und auch klassenbewußter Kräfte zeugen und an denen anzuknüpfen und sie fortzuentwickeln unsere Aufgabe nicht zuletzt im Wahljahr ist. Dies gilt — für die partiell fortschreitende klare Formulierung gewerkschaftlicher Positionen und die vielfältigen Ansätze ihrer entschlossenen Umsetzung in an Härte zunehmenden sozialen und politischen Konflikten — für die Artikulation alternativer Konzeptionen in wichtigen Politikbereichen, etwa auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik — für das seit langer Zeit erstmalige Sichtbarwerden relevanter und offensiv agierender Minderheiten innerhalb der SPD, die auf dem letzten Bundesparteitag in entscheidenden Überlebensfragen der Gesellschaft in Erscheinung traten — für eine in den vergangenen Jahren stärker gewordene, gegen den herrschenden Machtblock gerichtete alternative Kulturbewegung im Umwelt der Gewerkschaften und Bürgerinitiativen.

Diese und andere vorwärtsweisende Entwicklungen dürfen nicht als Randerscheinungen einer ansonsten unbefriedigenden Gesamtlage aus dem Blickfeld verbannt werden. Sie

zu fördern und zielgerichtet fortzuentwickeln ist Aufgabe der Jungsozialisten; wir sollten dazu nicht zuletzt den Bundestagswahlkampf und die Landtagswahlkämpfe dieses Jahres nutzen.

V

Worum es 1980 geht, ist in den letzten Monaten und Wochen hinreichend häufig deutlich gemacht worden. Um die Tragweite der Entscheidung zu verstehen, reicht es fast schon aus, in programmatischen Dokumenten der Union einfach nachzulesen. Insbesondere Strauß hat die Öffentlichkeit eigentlich nie darüber im Unklaren gelassen, was er will. Es geht um die politische Alternative im Grundsätzlichen, um die reaktionäre Wende im Allgemeinen.

Die ökonomische Stagnationsphase, in die die BRD-Volkswirtschaft 1974 eingetreten ist und die nach wie vor andauert, verlangt aus der Sicht des Großkapitals nach einer grundlegenden Krisenlösung. Die in den letzten Jahren vollzogene Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen, die im staatlichen Bereich von Sozialdemokraten maßgeblich mitverantwortet ist, hat sich trotz ihrer Massivität als nicht ausreichend erwiesen, um auch nur kurzfristig wieder eine Phase ökonomischer Prosperität einzuleiten.

Diese wichtigen Strategieelemente will Strauß gründlicher anpacken: Verschärfung der unsocialen Stabilitätspolitik — Abbau sozialstaatlicher Leistungen — massive Aufrüstung und rücksichtsloser Ausbau profitbegünstigender menschengefährdender Technologien.

Zur Durchsetzung dieses Programms bedarf es politischer Maßnahmen, die die möglichen Zentren des Widerstands gegen diese reaktionäre Krisenlösung von vornherein schwächen und möglichst sogar ausschalten sollen. Diesem Ziel dienen die fortwährenden Attacken gegen die Einheitsgewerkschaft, die Drohung mit einem Verbändegesetz, nicht zuletzt auch das Vorgehen gegen die demokratische Intelligenz. Nicht weniger wichtig zur Vorbereitung und Absicherung Strauß'scher Politik als die Ausübung materieller Gewalt sind jene ideologischen Kampagnen, mit denen die Rechtskräfte seit einiger Zeit das Land überziehen.

Ich meine damit: den Abbau herkömmlicher und den Aufbau neuer Feindbilder, die einerseits durch »Hitlerwelle« und Aufwertung faschistischer Regime und andererseits durch militanten Antisozialismus geleistet wird — die fortgesetzte Uminterpretation des Grundgesetzes im reaktionären Sinne und seinen damit verbundenen Aufbau zur Generalklausel gegen jede fortschrittliche Politik sowie den Versuch, gesellschaftliche Frontstellungen zu konstruieren, die mit den realen Klassenverhältnissen nicht das geringste zu tun haben, etwa nach der Machart: Wir, die »Volksgemeinschaft« (noch wählt man meist andere Begriffe) gegen das Gewerkschaftsmonopol, gegen gesellschaftliche Randgruppen, gegen die ausbeuterische Steuerpolitik der Sozialdemokratie, gegen linke Spinner, Ratten und Schmeißfliegen, und was man sich sonst noch alles vorstellen kann.

Diese Dinge sind hinreichend bekannt, und daß es bei der Bundestagswahl um mehr geht als eine nur kurzfristig interessante Entscheidung, wird von niemandem bestritten. Was die Situation so schwierig macht, ist der Tatbestand, daß in der konkreten Tagesauseinandersetzung häufig nicht deutlich wird, was vom Grundsätzlichen her auf dem Spiel steht. Hierzu trägt unsere Partei in nicht unerheblichem Maße bei, wenn sie sich in ihrer Politik immer weniger von der Union unterscheiden läßt und geradezu darauf bedacht zu sein scheint, Übereinstimmungen mit bürgerlichen Kräften herauszustellen.

Dieser Umstand macht den Jungsozialisten die Mobilisierung für die SPD schwer. Tagespolitische Begründungen für ihre Wahl sind wohl möglich, aber in den seltensten Fällen nachhaltig zu verankern. Es wirkt nun einmal wenig überzeugend, dem fortschreitenden Abbau demokratischer Rechte in unionsregierten Ländern die »liberalere« Berufsverbotspraxis unter sozialdemokratischer Mitverantwortung gegenüberzustellen oder dem drohenden Abbau sozialer Errungenschaften unter einer Strauß-Regierung mit der Alternative sozialliberaler Sparpolitik entgegenzutreten. Diese Unterschiede wirken graduell, existieren zwar, mobilisieren aber niemanden.

VI

Ähnlich sieht es aus mit Argumentationsschienen zur Unterstützung der SPD, die auf reiner Wahlarithmetik beruhen. Selbstverständlich kann man die Auffassung vertreten, nur die Stimmabgabe für die Sozialdemokratische Partei verhindere Strauß. Der springende Punkt ist aber, daß man dies durch ein bloßes Jonglieren mit Prozentzahlen kaum schlüssig belegen kann. Jeder Anhänger der Grünen wird uns entgegenhalten, es komme darauf an, diese Partei mit aller Kraft über die 5-Prozent-Hürde zu heben, um nicht 3 oder 4 Prozent Stimmen gegen Strauß wirkungslos verfallen zu lassen. Dem kann man natürlich wiederum mit guten Argumenten entgegenzutreten. Worauf es aber ankommt ist, daß derartige Diskussionen viel zu kurz greifen und immer weniger überzeugen.

So schwer es fällt und ist, wir müssen schon inhaltlich argumentieren — was im übrigen im Fall der Grünen nach deren jüngster Parlamentspraxis in Bremen leichter fallen dürfte. Wir müssen die in den gängigen Argumentationsschienen zum Ausdruck kommende Hilflosigkeit überwinden, schon im Interesse unserer eigenen politischen Perspektive als sozialistischer Jugendverband wie als sozialistischer Richtungsorganisation in der SPD. Es führt kein Weg daran vorbei, wir müssen deutlich sagen, warum wir in dieser Partei arbeiten und auf sie orientieren:

Wir müssen sagen: Die ist die Partei, die trotz ihres gegenwärtigen Erscheinungsbildes über jene soziale Verankerung verfügt, die erforderlich ist, um Veränderungen mit sozialistischer Perspektive einzuleiten. Dies ist die Partei, die — ob sie will oder nicht — rückbezogen bleibt auf die Interessen und den Bewußtseinsstand jener sozialen Klasse, bei der sich als einziger Betroffenheit von der kapitalistischen Krise und Fähigkeit zur Einleitung einer grundlegenden gesellschaftlichen Neuorientierung miteinander verbinden, nämlich der Arbeiterklasse.

Wir müssen erklären, daß die SPD aus eben diesem Grund keine bürgerliche Partei ist und sein kann, obwohl sie in ihrer Praxis beständig diesen Eindruck erweckt, und daß nur eine starke Arbeiterpartei in der Lage ist, jenes Veränderungspotential zu mobilisieren, ohne daß gesellschaftlicher Fortschritt nicht denkbar ist.

Und wir müssen darauf hinweisen, daß Wille und Fähigkeit zur politischen Erneuerung nicht »spontan« und »von selbst« entstehen, sondern einer politischen Organisation bedürfen, die eine konsequent sozialistische Politik formuliert und einleitet, und daß es deshalb illusorisch ist, auf die »große Krise« der SPD, die nachfolgende »Ernüchterung« und eine dann vermeintlich einsetzende abrupte Neuorientierung zu setzen, sondern daß es darauf ankommt, den Kampf in dieser Partei heute aufzunehmen und zu führen, den Kampf, der weder durch den stummen Protest der politischen Verweigerung noch durch Grüne und Alternative ersetzt werden kann.

Dies alles ist nicht nur die Begründung für unsere Mitgliedschaft in der SPD. Es ist vor allem auch die Begründung unseres eigenständigen Wahlkampfbeitrags für diese Partei.

- Dies heißt, wir dürfen uns gerade im Wahlkampf nicht einpassen in die eine Seite zweier tagespolitisch wenig unterscheidbarer Alternativen.
- Wir müssen unsere eigenständige Identität hervorheben und jenen Genossen, die dies für schädlich halten, sagen, daß es nur so möglich ist, für die Wahl der SPD zu mobilisieren, insbesondere in unseren wichtigsten Zielgruppen.
- Wir müssen gerade jetzt eine alternative sozialdemokratische Politik formulieren, die deutlich macht, daß die gegenwärtige Regierungspolitik nicht aufgrund vermeintlicher Sachzwänge so ist, wie sie ist, und daß es somit realistisch ist, für ihre Änderung zu streiten.
- Wir dürfen mit unseren sozialistischen Positionen nicht hinter dem Berg halten; wir müssen sie offensiv vertreten, auch wenn in der BRD der Kampf um den Sozialismus nicht an oberster Stelle der Tagesordnung steht.

Vom Standpunkt eines eigenständigen Wahlkampfbeitrages ist es schädlich, in »kleineren« und »größeren« Übeln zu denken. Es ist inhaltlich falsch, hilft auch kurzfristig nicht weiter und bietet vor allem keine Perspektive über den Wahltag hinaus. Deshalb kommt es darauf an, den Wahlkampf nicht als lästiges Übel zu begreifen, in dem man es gerade als linker Sozialdemokrat schwer hat, seine Position zu vertreten und sich als »verkappter« Apologet der Regierungspolitik beschimpfen lassen muß. Stattdessen werden wir den Wahlkampf nutzen für die Stärkung der Jungsozialisten durch offensives Auftreten, für unsere politische Verankerung als eigenständiger Faktor in den der Bundestagswahl vorausgehenden Auseinandersetzungen und Konflikten in dieser Gesellschaft, für die breitestmögliche Mobilisierung aller Zielgruppen, sei es durch deren eigenständigen Einsatz, sei es im Rahmen von sozialdemokratischen Wählerinitiativen oder überparteilichen Bürgerinitiativen, für die Herausbildung einer Gemeinsamkeit all jener demokratischen Kräfte, die bereit sind, mit uns den Kampf gegen Strauß aufzunehmen. Die Rechtskräfte in dieser Republik stellen die Machtfrage nicht nur am Wahltag. Die Gefahren, die uns drohen, sind mit einer Stimmzettelniederlage der Rechten nicht gebannt. Darauf haben wir uns einzustellen.

Rezensionen

Georg W. Alsheimer: Eine Reise nach Vietnam, Suhrkamp Taschenbuch ST 628, Frankfurt/M. 1979, 233 S., DM 7,— (I)

Georg W. Alsheimer: Vietnamesische Lehrjahre, Suhrkamp Taschenbuch ST 73, 2. verbesserte Aufl., Frankfurt/M. 1972, 488 S., DM 8,— (II)

Um Vietnam war es still geworden — seit den letzten Tagen des amerikanischen Kreuzzuges. Für die »Werte« der westlichen Demokratie. Als die »Viet Cong« Saigon einnahmen, das über ein Jahrzehnt Etappe und Metropole des amerikanisierten Krieges gewesen war, floh das US-Botschaftspersonal mit dem Hubschrauber aus dem eingekreisten, zum Bunker umgebauten Hauptquartier, dem Leitstand der Völker mordenden Kriegsmaschinerie. — Die Niederlage der Kapital-Schutzmacht USA ließ auch das Interesse der »freien« Presse an den Hinterlassenschaften des Vietnam-Krieges einschlafen. Die baumwipfellosen »Free-Fire-Zones« der US-Armee, die von Herbiziden zerstörten Wälder und Reiskulturen, die Blindgänger auf den Feldern, die noch heute Bauern das Leben kosten, sind zu deutliche Beweise für die Unmenschlichkeit eines Regimes, das zur Erhaltung seiner Ordnung zum Völkermord greifen muß.

Die westlichen Regierungen knüpften in Aussicht gestellte Hilfeleistungen an immer neue Bedingungen, obwohl die zu Kriegswaisen und Krüppeln gebombten Menschen dringend Hilfe brauchten. Eine auf Luxusgüter und Bau von Militär-Anlagen ausgerichtete Kriegswirtschaft, in deren Klima Schieberei, Klientel, Bordellkulturen, Ämterpatronage gediehen, mußte auf die Produktion von elementar notwendigen Gebrauchsgütern umgestellt werden. Arbeitslose und Prostituierte, Flüchtlinge, Kollaborateure, die ihre soziale Identität eingebüßt hatten und zwangsweise aus den Bahnen des vietnamesischen Lebens geschleudert worden waren, mußten ernährt und in die neue Gesellschaft integriert werden.

Die Solidaritäts-Bewegung geriet in die Krise. War Vietnam einst das »Spanien unserer Generation« (Enzensberger), Kristallisationspunkt der sozialen Bewegungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, so feierte man zwar den Sieg des »Viet Cong«. Die Solidarität mit dem das Land wieder aufbauenden Menschen aber blieb kleinen Komitees, Gruppen und Freundeschaftsgesellschaften überlassen. — Zu Jahresbeginn geriet abrupt in die Schlagzeilen der Weltpresse: Vietnamesische Truppen in Kambodscha — Sturz von Pol Pot — Krieg zwischen China und Vietnam — Flüchtlinge im Südchinesischen Meer! Dank der chinesischen Annäherung an die USA stand der Schuldige fest: das sozialistische Vietnam.

Die soziale Bewegung war unvorbereitet, der Informationsstand über die vietnamesischen Verhältnisse mehr als dürftig. Die Ideologen der Herrschenden suchten aus dieser Schwäche »Kapital« zu schlagen. Begriffe wie »Umerziehungslager«, »Menschenrechtsverletzungen« sollten ihre Sprengkraft innerhalb der sozialen Bewegung entwickeln: Vietnam von seinen Freunden getrennt werden. Die politischen Kräfte, die den Vietnam-Krieg bis zuletzt als Akt der Menschlichkeit gerechtfertigt hatten, fragten hämisch: »Warum schweigt die Linke zu Vietnam?«

CDU-Abgeordnete machen sich nach Indochina auf, um das Flüchtlingseland für billige Public-Relation zu nutzen. Der Politologe Kurt Sontheimer kommentiert im CDU-Organ »Die politische Meinung« (Nr. 185) unter dem Titel »Vietnam und die Linken«: »Wo sind sie geblieben, die sich damals so stark machten für das Recht des vietnamesischen Volkes, seine Zukunft selbst zu bestimmen?« »Auch Schweigen kann beredt sein«, zieht er die Schlinge enger. »Vietnam ist für sie kein Thema mehr.« Seine Begründung: »Dies nährt die Vermutung, daß es den Schriftstellern ... schon damals weniger um das Schicksal des weitab lebenden vietnamesischen Volkes ging als um die Kritik und Verurteilung des eigenen politischen und wirtschaftlichen Systems.« Er wirft Intellektuellen Volksverachtung vor, reduziert den Vietnam-Protest auf den Spleen einiger weniger.

Kurt Sontheimer muß den ehemaligen Studenten-Rebellen Daniel Cohn-Bendit vor Augen gehabt haben. Im »Kursbuch 57« (219) übt Cohn-Bendit in einer Diskussion zum »Mythos des Internationalismus« Selbstkritik: »Für mich ist radikale Selbstkritik oder die radikalste Position heute dies: von den real existierenden sozialistischen Ländern und den real kämpfenden Parteien erwarte ich mir nur eine reale Unterdrückung aufgrund der geschichtlichen Erfahrung, die wir gemacht haben. Auch wenn sie im heroischen Kampf gegen den Imperialismus stehen.«

Cohn-Bendit ist für Solidarität mit den Opfern. Sollten die Opfer sich organisieren, zu Herren ihrer eigenen Lage werden, ist er ihr Gegner. Unterdrückungsapparat wird nur gegen Unterdrückungsapparat ausgetauscht. Die Macht-an-sich ist böse, damit auch Gegenmacht. Unterschiedliche verschwimmen ihm vor den Augen. Seine Solidarität ist die des Spießers, der sein gutes Gewissen bewahren will. Der Effekt: Die unten sind, bleiben unten. Solidarität ohne Perspektive. Mehr können auch Sontheimers von Cohn-Bendit nicht erwartet haben. — Gegen diese abstrakte Negation des befreiten Vietnam setzt die kommunistische Presse die ihr eigene Solidarität. Sie besteht darin, wider besseres Wissen die Linie Hanoi als bare Münze zu verkaufen. Im DKP-Organ »Unsere Zeit«: »Die Wahrheit ist: Es gab keinen vietnamesischen Einmarsch in Kampuchea.« (20.2.79) Man braucht kein CIA-Agent zu sein, um zu wissen, daß zigtausende vietnamesischer Soldaten in Kampuchea stationiert sind. Man kann diese Tatsache verständlich und einsehbar machen, gute Argumente vortragen, wer aber zu Lügen greift, macht sich und die Sache, die er verteidigt, selbst unglaubwürdig, liefert sich dem Gegner aus. Die abstrakte Negation wird mit einer abstrakten Bejahung beantwortet.

Die eine wie die andere Haltung fügt der Solidarität mit Vietnam großen Schaden zu. Solidarität ohne Perspektive auf Veränderung ist sinnlos, ist die Caritas der Herrschenden. Solidarität, auf Lügen gegründet, überzeugt niemanden, hat ebenfalls keine Perspektive, läßt die »Tatsachen« für den Gegner sprechen. Es ist politisch lebenswichtig, Solidarität und kritische Analyse der sich entwickelnden sozialistischen Verhältnisse nicht zu Gegensätzen verkommen zu lassen. — Diese Haltung versucht sich der Psychiater Erich Wulff zu erkämpfen. Er arbeitete von 1961 bis 1967 als Arzt und Hochschullehrer in Südvietnam, unterstützte den »Viet Cong« — soweit für einen gefährdeten Ausländer möglich — durch publizistische Arbeiten im Ausland. — 1966 veröffentlichte er die Studie »Amerikaner in Vietnam«, die in der Zeitschrift »Das Argument« erschien und in international renommierten Zeitschriften übernommen wurde. Um seine Arbeit in Südvietnam nicht zu gefährden, schrieb er unter dem Pseudonym Georg W. Alsheimer.

1967 verließ Wulff Vietnam, um vor dem Russel-Tribunal auszusagen. Danach konnte er nicht wieder in seine »Wahlheimat« zurück. Er unterstützte die Solidaritätsbewegung in Amerika und Europa, wurde 1971 Mitglied der Internationalen Kommission zur Untersuchung der US-Kriegsverbrechen in Indochina, seit 1973 ist er Sprecher des »Antimperialistischen Solidaritätskomitees mit Afrika, Asien und Lateinamerika, seit 1976 Vorsitzender der »Deutsch-vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft. Heute lebt er in Hannover als Professor für Sozialpsychiatrie, ist Mitdirektor der psychiatrischen Klinik an der dortigen Medizinischen Hochschule und arbeitet zu Fragen der Ethno-Sozialpsychiatrie.

Zwölf Jahre nach der schmerzlichen Trennung von seinen südvietnamesischen Freunden, mit denen ihn der Kampf gegen die Amerikaner und ihre einheimischen Statthalter verband, darf er nach zähen Verhandlungen im Anschluß an einen Kongreß in Hanoi für wenige Tage in den Süden. Von dieser Reise handelt die kürzlich erschienene »Reise nach Vietnam«. Wulff geht es darum, Freundschaften zu erneuern, Erinnerungen und Erfahrungen wiederzubeleben, nicht zuletzt, um aus diesen Begegnungen neue Kraft für die Solidaritätsarbeit zu ziehen. Seine Reisebegleiter aber versuchen ihn systematisch von den alten Freunden abzuschirmen. Für Wulff bricht die »rosarote Postkartenidylle« vom sozialistischen Vietnam zusammen. Er gerät mit seiner ganzen Persönlichkeit in die Strudel der sozialistischen Umgestaltung, lernt deren Widersprüche, Schwächen, Abgründe kennen. Er gerät in eine Krise. Die Reise wird zum »Horrortrip«. Sein politisches Engagement wird fragwürdig, mit ihm der Sinn seines politisch-bewußten Erwachsenenlebens.

Vom dem langen Marsch, auf dem er sich dieses politische Bewußtsein mühsam erarbeitete, berichtet er in den »Vietnamesischen Lehrjahren: Als er, eher zufällig als Arzt nach Vietnam kam, hatte er nur einen Wust liberaler Gesinnung im Kopf, geriet als Privilegierter zunächst in die Parasitenkultur der kolonialen Gesellschaft. Der bundesdeutsche Botschafter führte ihn die die Welt der Bordelle ein, machte ihn zum Mitwisser und Nutznießer des Regimes.

Durch sein Engagement als Arzt, der nach den gesellschaftlichen Gründen für die Krankheiten der Menschen im kolonisierten Vietnam zu suchen begann, wird er immer stärker in die »inneren Angelegenheiten« dieses Landes »hineingezogen«, muß selbst politische Stellung nehmen. Der Lernprozeß mündet schließlich in die aktive Unterstützung des Kampfes gegen ein überlebtes Feu-

dalregime und die es abstützende konterrevolutionäre Strategie des amerikanischen Imperialismus.

Gerade heute, in einer Zeit, in der das Subjekt gegen »die Politik« auszuspielen versucht wird, sind die »Vietnamesischen Lehrjahre« Dokument dafür, wie sehr die Entfaltung subjektiver Fähigkeiten, die Entwicklung der Sensibilität mit der aktiven Anteilnahme an den sozialen Kämpfen verwoben ist.

Diese Erfahrungen bringt Wulff in seinem Reisegepäck mit. Sie werden auf die Probe gestellt. In Ho-Chi-Minh-Stadt, dem ehemaligen Saigon, trifft Wulff Hoa, die frühere Gesundheitsministerin der revolutionären provisorischen Regierung Südvietnams und ihren Mann Nghi, Wulffs Kontaktmann zur Befreiungsfront. Beide sind heute ohne Funktion. Um ihr Gespräch den Ohren des allgegenwärtigen Polizisten zu entziehen, müssen sie französisch sprechen. Der Revolutionär Tuong sei im Gefängnis, der Süden vom Norden beherrscht, alle wichtigen Ämter seien mit Funktionären Hanois besetzt. Der vom Krieg aufgeblähte Handelssektor sei zu plötzlich verstaatlicht worden. Flüchtlingsströme seien die Folge. Jeder sei verdächtig, Mißtrauen beherrsche das Verhalten. — Wulff macht diese Erfahrungen selbst. Auf Spaziergängen durch Saigon verfolgen ihn Schatten, Geheimpolizisten, die alles registrieren. Wulff übermannt der Verfolgungswahn. Der Logik des Verdachts folgend, vermutet er hinter jeder Aktion seiner Betreuer einen Angriff auf sich.

Das offizielle Besuchsprogramm führt ihn in eine »Schule der Würde der Frau«, ein ehemaliges Waisenhaus, in dem Prostituierte umerzogen werden. Mai, die Leiterin der Schule, ist ehemalige Widerstandskämpferin. Sie verkörpert in ihrer mütterlichen Wärme die pädagogische Art des Klassenkampfes. Sie nimmt die Menschen ernst, sucht sie für die neue Ordnung zu gewinnen. Ihre Gegenspielerin ist Mao, einstige Directrice des Waisenhauses. Ihr Blick ist vom Sühnegedanken beherrscht, mit ihr lebt die katholische Inquisition im sozialistischen Vietnam weiter.

Ähnlich auf der Kippe steht die Sache des Sozialismus in einer Huêr Stickerei. Mädchen fertigen Wandbehänge für den Export in die Sowjetunion. In Vietnam kann sich zur Zeit niemand diese traditionellen Kulturgüter leisten. Eine Fortsetzung des Kultur-Imperialismus? Wulff schildert die gespannte Atmosphäre: Kinder der einstigen Oberschicht müssen ihren Lebensunterhalt erstmals durch ihrer eigenen Hände Arbeit bestreiten.

In Huê, seiner alten Heimat, darf Wulff die Klinik, die er selbst mitaufbaute, nicht besuchen. Dennoch werden die aus Saigon mitgebrachten Eindrücke und Informationen korrigiert. Tuong, von dem es in der Gerüchteküche Saigons noch hieß, er säße im Gefängnis, begegnet Wulff — wenn auch erst nach Interventionen von Freunden mit Beziehungen. Einige seiner alten Freunde trifft er an, darf mit ihnen essen, wie in alten Zeiten.

»Dies Buch ist eine Liebeserklärung an das Vietnam der Befreiung, an das befreite Vietnam. Eine etwas ungewöhnliche Liebeserklärung, gewiß. Ich mache sie, indem ich alles, was ich dabei empfand, hier sage, nichts verleugne, nichts zu beschönigen suche. Die rosaroten Schleier der Verliebtheit mußten dazu fallen, wie stets, wenn Verliebtheit in ein engeres Zusammenleben münden soll. Das war schmerzlich, führte mich in eine Krise. Übriggeblieben ist eine unerschütterliche Zuneigung, die nun auch die Schwächen und Gefahren sehen kann, ohne daran zu zerbrechen. So ist es wenigstens bei mir,« schreibt Erich Wulff in der »Gebrauchsanleitung für verschreckte Leser« (I,7).

Die »Reise nach Vietnam« ist ein erster Schritt, Solidarität nicht als Brett vor dem Kopf zu tragen, sich dadurch nicht selbst um elementare, politisch überlebenswichtige Einsichten zu bringen, langfristig nicht an der Beschränkung der eigenen Wahrnehmung irre zu werden oder aber in das Lager der Gegner überzulaufen. Diese Haltung hat exemplarischen Charakter, nicht nur für die Solidarität mit Vietnam.

Helmut M. Bien (Berlin/West)

Gerd Würzberg, Kultur und Politik. Der Beitrag Antonio Gramscis zur theoretischen Grundlegung der politisch-kulturellen Transformation Italiens, Rita G. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1978 (268 S., DM 25,—).

Das Buch von Gerd Würzberg hält mehr, als sein Titel verspricht. Würzberg geht darin nicht nur auf die kulturellen Aspekte im Werk Antonio Gramscis ein, sondern er liefert zunächst eine fundierte Zusammenfassung von Gramscis politischer Theorie. Auf Grundlage der zentralen Begriffe in Gramscis Werk werden die Prinzipien der von Gramsci entwickelten westlichen Revolutionsstrategie, des »Stellungskriegs«, dargelegt. Würzberg zeigt die verschiedenen Phasen im Denken

Gramscis. Sehr anschaulich wird, wie der Hegemoniebegriff, den Gramsci in den Kerkerheften erarbeitet hat, über Lenin hinausgeht (vgl. 34ff.). Die Hegemonie der Arbeiterklasse darf sich nach Gramsci nicht nur taktisch im von ihr geführten Klassenbündnis erschöpfen. Wichtigster Unterschied zu Lenin: Die neue politisch-kulturelle Hegemonie muß schon *vor* der Revolution aufgebaut sein.

Ein sehr interessantes Kapitel widmet Würzberg Gramscis Aussagen über die Intellektuellen (vgl. 111ff.). Gramsci bestimmt die Intellektuellen nicht nach ihrer sozialen Stellung, sondern nach ihrer Funktion. Intellektuelle sind Träger und Vermittler von Bewußtsein. Welchen Beruf der so definierte »Intellektuelle« ausübt, ist gleichgültig. Jeder Mensch ist zumindest ein »potentieller Intellektueller«. Jede Klasse, jede Bewegung verfügt über »Intellektuelle«. Der Arbeiterklasse muß es darauf ankommen, möglichst viele »Intellektuelle neuen Typs« herauszubilden, die den »traditionellen Intellektuellen« der herrschenden Klasse entgegentreten und den »Geist der Abspaltung« auch in deren Reihen tragen können. Die organischen Intellektuellen der »Neuererklasse« spielen eine zentrale Rolle im politisch-kulturellen Veränderungsprozeß, sie sollen in allen gesellschaftlichen Bereichen die neue Hegemonie aufbauen und so die »molekulare Veränderung« herbeiführen.

Dieser Definitionsansatz kann mögliche Auswege aus der in viele Sackgassen geratenen Diskussion über Intellektuelle und Klassenkampf anbieten. Die Debatte über »Klassenlage der Intelligenz« kann neue Denkanstöße wahrlich gut benötigen.

Im kürzeren zweiten Teil untersucht Würzberg Gramscis Beiträge zur Literaturkritik. Anhand dieser Beiträge zeigt Würzberg die mögliche Überwindung eines mechanistischen Verständnisses der Beziehung von Politik — Kunst (Beispiel: Die Stalinsche Kulturpolitik) auf. Der Forderung Gramscis nach »konkreter Historisierung der Philosophie« kann Würzberg im Rahmen seines Buches nicht in ausreichendem Maße nachkommen. Der historische Rahmen von Gramscis Wirken und Denken wird nur andeutungsweise ausgeleuchtet. Wünschenswert bleibt ferner eine Beurteilung der konkreten Verwirklichungsmöglichkeiten der gramscianischen Strategie der »intellektuellen und moralischen Reform« zur Erringung der Hegemonie der Neuererklasse als Voraussetzung einer revolutionären Veränderung.

Alfred Georg Frei (Konstanz)

Satzfehlerkorrektur:

In dem Artikel »Kernenergie Diskussion auf dem Bundesparteitag der SPD und ihre Konsequenzen für die Partei-Linke« von Dieter Scholz in *spw* 6 muß es auf Seite 58 unten heißen: »Denn wer — wie anders als mit seiner Sprache — auf 'nicht ganz richtig gestellte Fragen' Antworten gibt, kann wohl *nicht* von der Richtigkeit seiner Antworten ausgehen.«

Grüne und die Linke



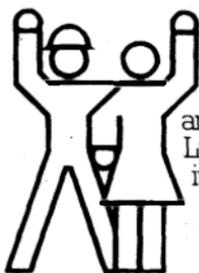
- Interview mit der AL Berlin
- Ökologie und Marxismus, Teil 2
- Kritik an Gruhl und Harich

in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus No. 2/80

Ein Beitrag zur Verständigung der Linken auf eine konkrete politische Alternative

Sozialistische
Studiengruppen

Sozialistische Wirtschafts- und Sozial- politik



Programma-
tische Leitsätze
und Kapitalismus-
analyse der
Linksozialisten
in der BRD

VSA

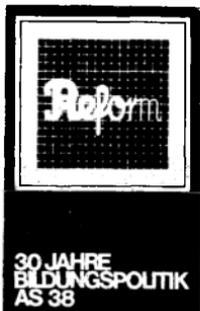
nur 5,80

195 Seiten; DM 5,80

VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
2000 Hamburg 50

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65



Niederes Schulwesen und niedere Erziehung, Schulreform. Lehrpläne Geschichte, Chemie. Bildungschancen, Sonderpädagogik. VHS, Weiterbildung. Politische Bildung: Gesellschaftsbilder
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Kritische Psychologie — Handlungsstrukturtheorie. Kritik: Rogers, Ottomeyer. Wundts Kritik am Experiment. Werkstattpapiere: Alkoholismus - Heroinsucht - Jugend
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo 12,80/11,-)



W. Haug: Ideologie/Warenästhetik/Massenkultur
Thesen über Ideologie. Kritische Psychologie und Ideologie-Theorie. Thesen zur ästhetischen Erziehung.
SH 33 4,00 DM.

Autorenverzeichnis

Benn, Anthony Wedgewood (Tony), geb. 1925, Studium der Politik und Ökonomie, 1964-69 verschiedene Ministerien in der Regierung Wilson. 1972 Vorsitzender des Exekutivkomitees der Labour Party, 1974 Industrieminister, 1975 zusammengelegt mit Energieministerium. 1977 Präsident des europäischen Ministerrates.

Brögeler, Robert, geb. 1947; Dipl.-Soziologe, Doktorand an der FU Berlin, Mitglied der GEW und der SPD

Deißler, Rüdiger, geb. 1956, gelernter Großhandelskaufmann, z.Zt. Speditionsangestellter, ÖTV, DFG-VK, VVN, Vorsitzender SJD — Die Falken, Unterbezirk Frankfurt/Main.

Frank, Rainer, geb. 1951, angehender Diplom-Verwaltungswissenschaftler für die Kommunal- und Regionalpolitik, Mitglied der SPD seit 1972, ÖTV, SJD — Die Falken, Mitglied des Landesvorstandes der Jungsozialisten in Baden-Württemberg.

Frei, Alfred Georg, geb. 1954; Student der Geschichte und der Politischen Wissenschaft an der Universität Konstanz. Veröffentlichung: *Antonio Gramsci — Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus* (1978), Mitglied der SPD und der ÖTV sowie des Kreisvorstandes der Jungsozialisten Konstanz.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Studium der Geschichte und Politik an der Freien Universität Berlin. Mitglied der GEW und der SPD, Landesdelegierter der Berliner Jungsozialisten, Mitglied und Sekretär der *spw*-Redaktion.

Hindels, Josef, geb. 1916; illegaler Widerstand 1934-38, Emigration nach Skandinavien. Nach 1945 Bildungsobmann der Sozialistischen Jugend Österreichs, Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten, heute Vorstandsmitglied des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer. Verfasser zahlreicher Bücher über Grundsatzfragen des Sozialismus.

Horstmann, Axel, geb. 1954; Dipl.-Volkswirt an der Universität Bielefeld; stellv. Landesvorsitzender der Jungsozialisten NRW, Mitglied des SPD-Ortsvereins- und Stadtverbandsvorstandes sowie Stadtrat in Enger (Kreis Herford); Mitglied der GEW, der SJD — Die Falken und der DFG-VK.

Karnatz, Michael, geb. 1955; Studium der Mathematik und Physik an der FU Berlin, Mitglied der SPD, GEW.

Kratke, Michael, geb. 1949; Dipl.-Politologe und wiss. Ass. an der Universität Bielefeld. Veröffentlichungen: *Krise und Kapitalismus bei Marx* (mit V. Bader, J. Berger, 1975); *Victor Agartz — Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik* (mit V. Gransow, 1978); *Thesen zur politischen Theorie im Austromarxismus* (in *Argument-Sonderband 44*; mit V. Gransow, 1979). Mitglied in SPD und ÖTV.

Krusewitz, Knut, geb. 1941; Dr. rer.pol., wiss. Assistent am Institut für Landschaftsplanung der TU Berlin, SPD, ÖTV, BdWi, Öko-Institut Freiburg.

Mackenthun, Gerald, geb. 1950; Dipl.-Politologe, Journalist, Mitglied der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier und der SPD.

Pollmeyer, Bernhard, geb. 1955; Sozialwissenschaftler an der Universität Bielefeld; SPD-Ortsvereinsvorsitzender, Stadtrat und Schulausschußvorsitzender in Harsewinkel (Kreis Gütersloh); stellv. Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe; Mitglied der GEW und der SJD — Die Falken.

Rix-Mackenthun, Christiane, geb. 1953, Dipl.-Politologin, wiss. Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Mitglied der GEW im DGB und der SPD seit 1972, Mitglied des Landesvorstandes der Berliner Jungsozialisten 1976-78.

Zens, Michael, geb. 1954; Studium der Rechtswissenschaft und Politik an der FU Berlin, Mitglied der ÖTV und SPD.

Zofka, Stan, geb. 1947; Zeithistoriker, SPD, AWO, ÖTV, Stellv. Kreisvorsitzender München-Neuhausen.

D. Albers/H. Lienker/K. Neumann/A. Wehr:

Antwort an die Kritiker.

Wolfgang Krumbeln/Gerhard Schröder:

Zwei Schritte Vorwärts — ein Schritt zurück.

Die »Herforder Thesen« und die Stamokap-Theorie bei den Jusos.

D. Gatzmaga/V. Lakemeinen/K. Rave:

Hier stehe ich — ich kann auch anders.

Anmerkungen zu einem ostwestfälischen Manifest.

Sozialistische Studiengruppen (SOST):

Herforder Thesen — Ein Programm zur Arbeit von Marxisten in der SPD?

Sozialistischer Hochschulbund (SHB):

Beschluß der 19. o. Bundesdelegiertenversammlung zu den »Herforder Thesen«.

E. Einemann/H.W. Franke/K. Kunick/H. Scherf/Th. von der Vring u.a.:

Wider das Rechthabenwollen eines marxistischen Pfaffentums.

Kritische Anmerkungen Bremer Linker in der SPD zur Stamokap-Position am Beispiel der »Herforder Thesen«.

Josef Hindels:

Bemerkungen zu den »Herforder Thesen«.

Paul Oehke:

Immer wieder Stamokap.

Zur Kritik Bremer Sozialdemokraten an den »Herforder Thesen«

Preis: 6,80 DM/ÖS 50,— (über sozialdemokratische Organisationen:

5,— DM/ÖS 35,— zuzügl. Versand)

Bestellungen über: spw-Vertrieb · Moltkestr. 21 · D-1000 Berlin 45

**FÜR
EINE
SOZIALISTISCHE
PERSPEKTIVE**

**ZUR DISKUSSION
UM DIE
HERFORDER THESEN-
POSITION UND
GEGENPOSITION**

Bestellungen über: spw-Vertrieb, Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45
Einzelverkauf DM 6,80 (Organisationspreis DM 5,—)